



"Kulturwissenschaften" in der Schweiz?

Erkundigungen zur Situation der Geisteswissenschaften und der Theologie im Jahr 2000

Peter Stücheli

Zur Geschichte der involvierten Institutionen und deren Rolle in diesem Papier

- Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) hat Ende 1999 durch seine Präsidentin die damalige Geschäftsstelle ersucht, den vorliegenden Bericht in Auftrag zu geben.
- Per 1.1.2000 wurde der Schweizerische Wissenschaftsrat in Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR) umbenannt.
- Per 5.7.2000 wurde aus der Geschäftsstelle des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates einerseits das Zentrum für Technikfolgenabschätzung (ZTA), andererseits das Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien (CEST) gebildet.
- Herausgeber des Berichtes ist das CEST, die materielle Verantwortung für den Text liegt beim Autor.

Über den Autor

Peter Stücheli-Herlach, Dr. phil. I, geboren 1967, studierte Philosophie, Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft und Politologie an der Universität Zürich und an der Freien Universität Berlin. Lizentiat 1993, Promotion 1998 mit einer Dissertation über die Wirkung von Friedrich Nietzsches Philosophie des Pathetischen auf die Literatur des deutschen Expressionismus (Bern u. a., 1999). Seit 1987 Tätigkeit als Journalist und Public-Relations-Berater in Zürich. Seit 1995 im Redaktionsstab der "Neuen Zürcher Zeitung", seit 1998 als zeichnender Redaktor. Tätig im Ressort "Zürich und Region" und für die Beilagen "Bildung und Erziehung" sowie "Studium und Beruf".

Postadresse: Bläsistrasse 43, 8049 Zürich.

E-Mail: p.stuecheli@nzz.ch

ISBN-Nr.: 3-908194-16-4

Vorwort

In welcher Situation befinden sich die Geisteswissenschaften und die Theologie in der Schweiz, zwei Jahre nach der zwischen 1994 und 1998 durchgeführten Evaluation dieses Wissenschaftsbereiches durch die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), die Schweizerische Hochschulkonferenz, den Schweizerischen Nationalfonds und den damaligen Schweizerischen Wissenschaftsrat (SWR, heute: Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat)?

So lautete die Ausgangsfrage für den vorliegenden Bericht. Die Situation dieses wissenschaftlichen Bereiches konnte allerdings nicht noch einmal, wie das im Zuge der Evaluation geschehen war, umfassend recherchiert und beurteilt werden. Auch stand nicht zur Diskussion, eine Evaluation der seinerzeitigen Evaluation durchzuführen. Vielmehr entschloss sich die Geschäftsstelle des SWR im Jahr 1999 dazu, Erkundigungen bei interessierten Vertreterinnen und Vertretern einzuholen.

Zwei Arten solcher Erkundigungen liegen dem vorliegenden Bericht zu Grunde: Einerseits eine schriftliche Umfrage der Geschäftsstelle des SWR gegen Ende des Jahres 1999 unter Vertreterinnen und Vertretern der Geisteswissenschaften und der Theologie, andererseits telefonische Einzelgespräche des Autors mit Vertreterinnen und Vertretern der Fachgesellschaften der SAGW, meist mit deren Präsidentinnen oder Präsidenten.

Entsprechend dokumentiert der Bericht keine objektive Bestandaufnahme, sondern hat jeweils subjektive Beurteilungen der Situation durch interessierte Vertreterinnen und Vertreter dieses wissenschaftlichen Bereiches zum Gegenstand. Alle Aussagen sind unter diesem Vorbehalt zu verstehen.

Von „Kulturwissenschaften“ in der Schweiz ist deshalb die Rede, weil sich der SWR in seinen – im Anschluss an die Evaluation abgegebenen – Empfehlungen an die Fachgesellschaften und die Forschenden dieses Etiketts bedient hatte, um die Stossrichtung der von ihm anvisierten wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Entwicklung zu bezeichnen. Das Etikett ist zwar einer innerwissenschaftlichen Diskussion über die Zukunft der Geisteswissenschaften zu verdanken, steht aber weder für ein durchwegs stringentes noch für ein allgemein anerkanntes Konzept. Noch weniger ist es als Leitbegriff für eine zentrale staatliche Wissenschaftssteuerung zu verstehen. Vielmehr bezeichnet es den Versuch einer Neudefinition der Rolle und Bedeutung der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft, der das Stadium der Diskussion noch nicht verlassen hat.

„Kulturwissenschaften“ in der Schweiz? Mit dieser Frage hat sich der Autor, anknüpfend an die Ergebnisse der Evaluation, in erster Linie nach dem transdisziplinären Verständnis und den interdisziplinären Arbeitsweisen, nach dem jeweils leitenden Kulturbegriff und damit nach den Gegenstandsbereichen, nach dem Gegenwartsbezug und der internationalen Orientierung der geisteswissenschaftlichen Fachgebiete erkundigt. Es handelt sich um wichtige Themen auch der oben erwähnten Diskussion über die Zukunft der Geisteswissenschaften. Im Zentrum des Interesses für den vorliegenden Bericht stand zudem die Situation des geisteswissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz.

Fragestellungen und Ergebnisse sind auf den folgenden Seiten nachzulesen. Der Autor hofft, Aussagen in allen Fällen akkurat wiedergegeben zu haben und dankt allen Beteiligten für die Bereitschaft zum Gespräch. Herrn Prof. Dr. Christian Simon vom Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien ist er für die Leitung, Begleitung und Unterstützung des Vorhabens zu Dank verpflichtet.

Zürich, im August 2000

P. St.

Inhalt

Über den Autor	2
Vorwort	3

Erster Teil: Evaluation und Umfrage

1. Rückblick: Die Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz	
1.1 Ziele der Evaluation	7
1.2 Phasen der Evaluation	7
1.3 Ergebnisse der Evaluation	7
A) <i>Fragmentierung der Forschung</i>	8
B) <i>Misere beim Mittelbau</i>	8
C) <i>Thematische Tendenzen</i>	8
1.4 Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates	8
A) <i>Empfehlungen an die Fachgesellschaften und die Akademie</i>	9
B) <i>Empfehlungen an die Forscherinnen und Forscher</i>	9
2. Zur Fragestellung und Methode dieses Berichts	
2.1 Thema: Die Situation der Geisteswissenschaften nach der Evaluation	11
2.2 Journalistische Methode und "Objektivität"	11
2.3 Die spezifische Optik dieses Berichts	12
2.4 Entwicklung der "Kulturwissenschaften"	13
3. Auswertung der schriftlichen Umfrage des Schweizerischen Wissenschaftsrates	
3.1 Die Fragen und die Antwortenden	15
3.2 Auszählung inhaltlich vergleichbarer Aussagen	16
3.2.1 Veränderungen im Bereich der Geisteswissenschaften und der Theologie	17
3.2.2 Derzeit wichtigste Probleme in den Geisteswissenschaften und der Theologie	20
3.2.3 Wirkungen der Evaluation	23
3.3 Prägnante Bemerkungen und Anregungen	25
3.3.1 Zur Nachwuchsförderung	25
3.3.2 Zu institutionellen und politischen Aspekten	25
3.3.3 Zum wissenschaftlichen Selbstverständnis	26
3.3.4 Zur Tätigkeit des Schweizerischen Wissenschaftsrates.....	26
3.4 Schlussfolgerungen	27

Zweiter Teil: Interviews und ein Fazit

1. Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Fachgesellschaften	
1.1 Zum Vorgehen	31
1.2 Gesprächsberichte	31
1.2. 1 Religionswissenschaft	31
1.2. 2 Theologie	33
1.2. 3 Judaistik	34
1.2. 4 Philosophie	35
1.2. 5 Germanistik	36
1.2. 6 Romanistik	37
1.2. 7 Rätoromanische Studien	39
1.2. 8 Hispanistik	39
1.2. 9 Anglistik	40
1.2.10 Nordamerikanistik	42
1.2.11 Altertumswissenschaften	43
1.2.12 Altorientalistik	44
1.2.13 Slavistik	45

1.2.14 Skandinavistik	46
1.2.15 Islamwissenschaft	47
1.2.16 Linguistik	48
1.2.17 Semiotik	49
1.2.18 Komparatistik	50
1.2.19 Geschichte	51
1.2.20 Ethnologie	52
1.2.21 Volkskunde	53
1.2.22 Asienwissenschaften	54
1.2.23 Amerikanistik	55
1.2.24 Afrika-Studien	56
1.2.25 Kommunikations- und Medienwissenschaft	57
1.2.26 Musikwissenschaft	58
1.2.27 Kunstgeschichte	60
1.2.28 Archäologie	61
1.2.29 Kulturgüter	62
2. Ein Fazit: Der Aufbruch der “Kulturwissenschaften” stösst an Grenzen	
2.1 Der Ruf nach Leuchttürmen	63
2.2 “Kulturwissenschaften” als Schlagwort	64
2.3 Grenzen der “Kulturwissenschaften”	65
2.4 Die Zukunft der Wissenschaft des Kulturellen	66
Literatur	69

ERSTER TEIL: EVALUATION UND UMFRAGE

1. Rückblick: Die Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz

1.1 Ziele der Evaluation

Die geisteswissenschaftliche Forschung in der Schweiz war in den Jahren 1994 bis 1998 Gegenstand einer Evaluation, die im Rahmen einer Zusammenarbeit der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Schweizerischen Hochschulkonferenz, des Schweizerischen Nationalfonds und des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR; die damalige Bezeichnung) durchgeführt wurde. Ziel des Prozesses war es im Wesentlichen, Grundlagen für eine schweizerische Wissenschafts- und Forschungspolitik in diesem Bereich zu erarbeiten, Organisation und Qualität der Forschung im internationalen Rahmen zu beurteilen und die Geisteswissenschaften zu ihrem gesellschaftlichen und regionalen Umfeld in Beziehung zu setzen.¹ Gegenstand der Evaluation waren nicht die Leistungen einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sondern qualitative, quantitative, strukturelle und organisatorische Aspekte der Forschung in der Schweiz insgesamt.

1.2 Phasen der Evaluation

Die Evaluation erfolgte in drei Phasen. Zunächst wurde, in einer ersten Phase ab 1994, eine Bestandesaufnahme in einzelnen geisteswissenschaftlichen Disziplinen durch die jeweiligen Fachgesellschaften erarbeitet ("Selbstevaluation").² Diese Arbeit wurde für die Germanistik, die Romanistik, die Slavistik, die Musikwissenschaft, die Philosophie, die Afrika-Studien, die Altertumswissenschaften, die Kunstgeschichte, die Geschichtswissenschaft, die Theologie und Religionswissenschaft und die Archäologie geleistet. Diese Disziplinen waren deshalb auch Gegenstand des weiteren Prozesses. In einer zweiten Phase diskutierte eine internationale Expertengruppe diese sogenannten "Grundlagenberichte" und erörterte die Situation der geisteswissenschaftlichen Forschung in drei Runden mit den Beteiligten selber. An einer Schlusskonferenz wurden diese Ergebnisse im Sinne einer Aussprache und Vernehmlassung am 15. Februar 1997 im Beisein der Expertengruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Geisteswissenschaften und anderen Interessierten diskutiert.³ Im Anschluss daran wurden die Berichte und Empfehlungen der Expertinnen und Experten dann publiziert.⁴ Der SWR verfasste schliesslich in einer dritten Phase seinerseits eine Broschüre mit Ergebnissen, Kommentaren und Empfehlungen für eine Politik zur Förderung der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz.⁵

1.3 Ergebnisse der Evaluation

Der SWR betrachtete die Ergebnisse der Auswertungen bezüglich der elf erwähnten Disziplinen als exemplarisch für "das gesamte Feld der Geisteswissenschaften".⁶ Bereits die internationale Expertengruppe hatte für ihre – auf die elf Disziplinen bezogene – Arbeit den Anspruch

¹ FOP 50/1998, S. 5.

² Eine Übersicht über die Publikationen im Rahmen der Evaluation in FOP 50/1998, S. 95ff.

³ Die Diskussionen an der Tagung wie auch schriftlich eingereichte Stellungnahmen sind separat dokumentiert in FOP 42/1997.

⁴ FOP 41/1997.

⁵ FOP 50/1998.

⁶ FOP 50/1998, S. 5.

erhoben, generalisierende Schlüsse ziehen zu können: "Nicht jedes Problem wirkt sich an jeder Universität in gleicher Weise und in gleichem Mass aus; was wir hier zusammenfassend anführen, kennzeichnet jedoch die Lage im ganzen", heisst es etwa in den Schlussfolgerungen zu einer ersten Gesprächsrunde.⁷ Über die Erkenntnisse einer zweiten Runde wird gesagt: "The points are highlighted thematically to bring out cross-disciplinary and cross-institutional weaknesses that appear to be of a systemic nature."⁸ Bezüglich einer dritten Serie von Schlussfolgerungen ist in gleichem Sinne die Rede von "systemic issues, having to do with the situation generally."⁹ Der damalige Präsident der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften verteidigte die Generalisierung der Erkenntnisse unter anderem mit dem Argument, "generelle Aspekte aus nichtevaluierten Fächern" seien in die Empfehlungen der Experten einbezogen worden.¹⁰

Die Qualität der geisteswissenschaftlichen Forschung wurde als zwar unterschiedlich, doch allgemein befriedigend eingeschätzt. Die Evaluation förderte aber verschiedene Schwachpunkte zu Tage, die hier zusammenfassend noch einmal in Erinnerung gerufen seien:

A) Fragmentierung der Forschung:

Die Forschung ist zu stark in Projekte einzelner Individuen zersplittert und findet in übermässig voneinander abgegrenzten Disziplinen, Institutionen, Sprachräumen und Kantonen statt. Dies hat eine isolierte Darstellung auch der Forschungsergebnisse, die ungenügende Nutzung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit und nicht zuletzt eine mangelnde "Sichtbarkeit" für eine breitere Öffentlichkeit zur Folge.

B) Misere beim Mittelbau:

Die Feststellung, die Lage des akademischen Mittelbaus sei misslich, zieht sich wie ein roter Faden durch die Berichte über die Evaluation. Der Verlust an Talenten infolge fehlender Karriereperspektiven vor allem wegen des Mangels an Stellen zwischen Doktorat und Berufung, uneinheitliche Kriterien der Förderung und Qualitätssicherung und in der Folge ein allgemeiner längerfristiger Bedeutungsverlust der "einheimischen" Forschung sind drei der gravierendsten Folgen. Die angesprochenen Probleme stellen sich gemäss den Ergebnissen für Frauen in besonderer Schärfe.

C) Thematische Tendenzen:

Bezüglich des Aufgreifens von Themen, die für Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft aktuell drängend sind, diagnostiziert die Evaluation ein Defizit – dies vor dem Hintergrund der Vorstellung, dass Geisteswissenschaften als "Kulturwissenschaften" einen wichtigen Beitrag zur Lösung von Gegenwartsfragen leisten und den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit fördern könnten. Als besonderes Versäumnis wurde bezeichnet, dass ein entschlossenes Untersuchen der spezifischen schweizerischen Kultursituation bisher ausgeblieben sei. Eine solche Erforschung des schweizerischen "Modellfalls" des Zusammenlebens und -wirkens verschiedener Kulturen könnte nach Ansicht der Evaluationsgruppen Ergebnisse von europäischer oder gar weltweiter Relevanz hervorbringen.

Der SWR forderte ausdrücklich zur Behebung dieser Schwächen in der schweizerischen Forschung auf, ansonsten sich "die Qualität rasch verschlechtern wird", wie es im Schlussbericht – in Übereinstimmung mit der Haltung der Expertengruppe – heisst.¹¹

⁷ FOP 41/1997, S. 195

⁸ FOP 41/1997, S. 217

⁹ FOP 41/1997, S. 225

¹⁰ FOP 42/1997, S. 5

¹¹ FOP 50/1998, S. 23

1.4 Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates

Bereits die Expertengruppe verknüpfte ihre Evaluationsbefunde mit Empfehlungen zur Verbesserung der Situation.¹² Kurz zusammengefasst seien hier aber lediglich die Empfehlungen, die der SWR abgab, wobei er sich massgeblich auf die Vorarbeit der Expertinnen und Experten stützte. Diese Empfehlungen, so hielt das Beratungsorgan des Bundesrates fest, galten "nicht nur für die evaluierten elf Fachrichtungen, sondern für alle geisteswissenschaftlichen Disziplinen".¹³ Mit Blick auf die Stellungnahmen einzelner Forschender und seitens der Fachgesellschaften der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, die Gegenstand des vorliegenden Berichtes sind, seien hier nur die Empfehlungen an diese beiden forschungspolitischen Partner in Erinnerung gerufen:¹⁴

A) Empfehlungen an die Fachgesellschaften und die Akademie:

- Fachgesellschaften wie Akademie sollten eine aktive Rolle in der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit spielen.
- Als repräsentative Organe der wissenschaftlichen Gemeinschaft sollten sie einerseits ihre Disziplinen in einer von aussen sichtbaren Weise vertreten und andererseits als Anlaufstelle für die Öffentlichkeit dienen.
- Langfristig angelegte Projekte von rund 6 Jahren Dauer sollten weitergeführt bzw. initiiert werden und bei der Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften angesiedelt werden.
- In die disziplinspezifische Umsetzung der Empfehlungen sollten auch die Fachbereiche einbezogen werden, die nicht Gegenstand der Evaluation waren.

B) Empfehlungen an die Forscherinnen und Forscher:

- Die Zusammenarbeit innerhalb der schweizerischen Hochschul- und Forschungslandschaft sollte enger werden.
- Den Nachwuchsforscherinnen und -forschern sollten Zugänge zu nationalen und internationalen Netzwerken eröffnet werden.
- Die Geschlechterperspektive sollte in die Forschung stärker einbezogen werden.
- Die Forschung sollte vermehrt "kulturwissenschaftlich" orientiert sein; der Wissenschaftsrat verstand darunter den Einbezug sozialer Kontexte und empirischer Methoden, Interdisziplinarität und eine Hinwendung zu sogenannten Gegenwartsfragen.
- Die spezifischen Merkmale der schweizerischen Kultur und Gesellschaft sollten vermehrt Gegenstand der Forschung sein.
- Neue Kommunikationstechnologien und rechnergestützte Forschungsinstrumente sollten vermehrt benützt werden.
- Für die Umsetzung dieser Empfehlungen sollte ein Engagement entwickelt werden.

¹² Siehe vor allem FOP 41/1997, S. 195ff.

¹³ FOP 50/1998, S. 27

¹⁴ Nachfolgend gemäss FOP 50/1998, S. 36f. bzw. S. 43f.

2. Zur Fragestellung und Methode dieses Berichts

2.1 Thema: Die Situation der Geisteswissenschaften nach der Evaluation

Im Jahr 1999 hat die damalige Geschäftsstelle des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) dem Autor den Auftrag erteilt, einen Bericht zu verfassen, der auf die in den Jahren 1994 bis 1998 durchgeführte Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz Bezug nimmt. Der Bericht sollte gemäss dem Auftrag über jüngste Entwicklungstrends in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen, über die derzeitige Situation letzterer und über allfällige Effekte der Evaluation und der im Anschluss seitens des damaligen Wissenschaftsrates abgegebenen Empfehlungen Auskunft geben.

Diese Aufgabe sollte durch zwei Arbeitsschritte erfüllt werden:

- Auswertung einer von der Geschäftsstelle durchgeführten Umfrage bei interessierten Kreisen;
- Interviews mit Persönlichkeiten aus den geisteswissenschaftlichen und theologischen beziehungsweise religionswissenschaftlichen Fächern, namentlich mit Präsidenten der entsprechenden Fachgesellschaften.

2.2 Journalistische Methode und "Objektivität"

Angesichts der Tatsache, dass es sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der erwähnten Umfrage nicht um eine – im statistischen Sinne – repräsentative Gruppe handelt und angesichts des Gewichts, das den Gesprächen mit jeweils einzelnen Fachvertreterinnen und -vertretern beigemessen wird, lässt sich das Vorgehen nicht an demjenigen für eine empirische sozialwissenschaftliche Untersuchung messen. Andererseits liegt auch keine wissenschaftstheoretische, wissenschaftshistorische oder hermeneutische Studie vor.

Es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche, sondern um eine journalistische Arbeit, der "handwerkliche" Regeln für eine qualitätsbewusste Publizistik zu Grunde liegen. Dies heisst nicht, dass nicht versucht worden wäre, Grundsätze der wissenschaftlichen Auswertung empirischer Ergebnisse zu befolgen. Die Antwort, die auf eine – von praxisbezogenen Interessen geleitete – Fragestellung mit begrenzten zeitlichen und instrumentellen Ressourcen gegeben wird, ist aber nicht als erhärtete Behauptung objektiver Sachverhalte zu verstehen, sondern als Diskussionsbeitrag aus einer bestimmten Perspektive mit dem Anspruch, vor dem Hintergrund der eingeholten Stellungnahmen plausibel zu sein. Das Publikum, das damit angesprochen werden soll, wird als ein prinzipiell unbegrenztes imaginiert. Es wird also beispielsweise keine Kenntnis bestimmter Fachbegriffe oder methodologischer Verfahren vorausgesetzt.

Mit anderen Worten: Bei der "Objektivität" der Aussagen in diesem Bericht handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Objektivität, sondern um eine journalistische. Die "Lehrbuch-Regeln", die Günter Bentele kürzlich für das journalistische Handwerk zusammengetragen hat, geben die Kriterien an, an denen diese "Objektivität" gemessen werden kann:¹⁵

- Wahrheit (die "Fakten stimmen", Aussagen sind akkurat wiedergegeben);
- Vollständigkeit der Information in Bezug auf den dargestellten Sachverhalt;
- Trennung von Deskription und Bewertung;¹⁶

¹⁵ Günter Bentele: Objektivitätsanspruch und Glaubwürdigkeit von Medien. In: Otfried Jarren (Hg.): Medien und Journalismus. Eine Einführung. Bd. 1, Opladen 1994, S. 307ff

¹⁶ Im vorliegenden Bericht durch die Aufteilung in die berichtenden Kapitel einerseits und das wertende Kapitel im zweiten Teil („Ein Fazit“) andererseits verwirklicht.

- Transparenz bezüglich der Quellen;
- Sachlichkeit der "Nachrichten" und Neutralität der gewählten Begriffe;
- Unabhängigkeit der Darstellung vom persönlichen (politischen) Standpunkt des Autors.

Diese "Objektivität" muss insofern relativiert werden, als sie infolge einer begrenzten Zeit, begrenzter Mittel und eines begrenzten Umfangs der Darstellung immer nur annäherungsweise erreicht werden kann; jede journalistische Berichterstattung ist ein Resultat von Vereinfachungen und Verkürzungen. Bentele zufolge ist es deshalb in erster Linie die Nachprüfbarkeit der Aussagen, welche die "Objektivität" einer journalistischen Arbeit im Sinne eines "Metakriteriums" ausmacht;¹⁷ sie ist auch beim vorliegenden Bericht in Bezug auf die zentralen Kriterien der Richtigkeit (also der akkuraten Wiedergabe von Aussagen und Sachverhalten) und der Vollständigkeit der Informationen bezüglich der geschilderten Sachverhalte gegeben. Der Anteil an "Subjektivität", der bei der Konstruktion dieser "Objektivität" im Spiel gewesen war – Bentele zufolge sogar zwingend im Spiel gewesen sein muss¹⁸ – kann dadurch von Dritten immerhin ermessen werden.

2.3 Die spezifische Optik dieses Berichts

Aus den vorhergehenden Überlegungen kann geschlossen werden, dass die Recherchen nicht auf eine umfassende Darstellung der Situation der Geisteswissenschaften in der Schweiz zielen konnten, sondern sich auf die Aspekte konzentrierten, die das heutige Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien besonders interessieren dürften: die Fragmentierung der Forschung, die Misere beim Mittelbau und die thematischen Tendenzen.

Die schriftliche Umfrage enthielt ausschliesslich recht offen formulierte Fragen. Die mündlichen Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fachgesellschaften wurden jeweils mit offenen Fragen nach den Entwicklungen in den einzelnen Fachgebieten während der letzten rund fünf Jahre, nach den derzeit wichtigsten Problemen und nach allfälligen Wirkungen der Evaluation eröffnet. Danach aber befragte der Interviewer die Interviewten zusätzlich hinsichtlich konkreter Probleme, die im Zuge der Evaluation in allgemeiner Form oder spezifisch auf die jeweilige Disziplin bezogen zur Sprache gekommen waren. Vorgängig erhielten die Interviewpartner die wichtigsten Ergebnisse der schriftlichen Umfrage in zusammengefasster Form zugestellt.

Grundsätzlich handelte es sich bei der schriftlichen Umfrage also um eine relativ offene Situation, während bei den mündlichen Gesprächen eine Mischung zwischen offenem und teilstrukturiertem Gespräch mit einer relativ starken Initiative seitens des Interviewers gewählt wurde.¹⁹ Weil die Interviewten über die Stichworte und die wichtigsten Ergebnisse im Vorfeld informiert waren, beeinflussten die Intentionen des Interviewers die Interviewten aber vermutlich schon bei ihren Antworten auch auf die offenen Fragen in wesentlichem Ausmass.

Zusammenfassend kann folgendes gesagt werden: Dieser Bericht antwortet auf die Frage nach der Situation der Geisteswissenschaften zwei Jahre nach der Evaluation mit besonderer Berücksichtigung der durch den damaligen SWR aufgeworfenen Probleme.

¹⁷ Ebda., S. 309

¹⁸ Ebda., S. 309

¹⁹ Begriffe zur Kennzeichnung der Befragungsform nach Atteslander (1984), S. 105

2.4 Entwicklung der "Kulturwissenschaften"

Wie kann die spezifische Optik des Berichts noch genauer charakterisiert werden? Es besteht Grund zur Annahme, dass die Empfehlungen der Expertengruppe wie auch des Rates selber Vorstellungen folgen, die sich mit dem Etikett "Kulturwissenschaft" bzw. "Kulturwissenschaften" versehen lassen. So schreiben die Expertinnen und Experten der Evaluation in ihrem Bericht: "(...) our thesis is that the process of modernization which challenges the humanities appears in part to play itself out at a meta-theoretical level in the struggle over intellectual self-identities, Geisteswissenschaft contra Kulturwissenschaft."²⁰ "Kulturwissenschaften" charakterisieren diese Autorinnen und Autoren unter anderem als selbstreflexive, hermeneutische, das soziale Handeln einbeziehende Wissenschaften, die sich mit Kommunikationssystemen wie Wörtern, Kunstwerken oder Zeichen beschäftigen und dadurch einen Beitrag zur persönlichen Bildung und zum kulturellen Bewusstsein der Gesellschaft leisten.

Demgegenüber hat sich der damalige Wissenschaftsrat bei seinen Empfehlungen an die Fachgesellschaften und die Forscherinnen und Forscher des Etiketts entschlossener bedient, heisst es doch wörtlich in der Kurzfassung der Empfehlungen: "Die geisteswissenschaftliche Forschung soll sich vermehrt kulturwissenschaftlich orientieren (Einbezug sozialer Kontexte und empirischer Methoden, Interdisziplinarität, Problemorientierung). Es sollte eine stärkere Hinwendung auf die Forschung zur Gegenwartskultur und die aktuelle Lage der Gesellschaft (mit dem notwendigen Einbezug der historischen Perspektiven) erfolgen."²¹

Zusammenfassend gesagt, sollten Geisteswissenschaften nach Auffassung des Rates den Blick vor den Kontexten künstlerischer Werke nicht verschliessen, in sowohl methodischer als auch thematischer Hinsicht ins interdisziplinäre Gespräch treten und einen Bezug zwischen ihren Erkenntnissen und den aktuellen Fragen herstellen, welche die Öffentlichkeit beschäftigen. Tun sie dies, so können sie – müssen aber nicht unbedingt – als "Kulturwissenschaften" bezeichnet werden.

Mit dem Gebrauch des Etiketts schlossen die Expertengruppe und der Wissenschaftsrat an eine innerwissenschaftliche Diskussion über das Selbstverständnis der Geisteswissenschaften und deren mögliche Zukunft als Kulturwissenschaften an. Kennzeichen dieser Diskussion ist dabei, dass der Begriff Kulturwissenschaften "(...) nicht so sehr eine Realität bezeichnet als vielmehr ein Programm oder – noch vorsichtiger – den Versuch einer Neuorientierung", um mit den Organisatoren einer wissenschaftlichen Tagung zum Thema in St. Gallen von 1998 zu reden.²² Zu den Merkmalen dieser Neuorientierung gehören laut diesen Autoren unter anderem das Infragestellen des herkömmlichen Kanons, die thematische und geographische Öffnung des den Untersuchungen zu Grunde liegenden Kulturbegriffs, ein Interesse an theoretischer Reflexion wie auch ein Interesse an mediengeschichtlichen und medientheoretischen Fragestellungen. Die Autoren stellen auch fest, dass ein stärker gewordener Legitimationsdruck zu den massgeblichen Ursachen für diesen Versuch der Neuorientierung gehöre.

Jürgen Mittelstrass hat die Stossrichtung eines solchen Wissenschaftsverständnisses anzugeben versucht, indem er zur Überwindung des Mythos von den "zwei Kulturen" – der naturwissenschaftlichen und der geisteswissenschaftlichen – aufrief. Eine Ausweitung des geisteswissenschaftlichen Betätigungsfeldes vollzieht sich gemäss dieser Auffassung wie folgt: "Die Geisteswissenschaften beziehen sich forschend, analysierend, beschreibend nicht nur auf ein kulturelles Teilsystem, sie vermitteln auch nicht nur affirmativ und ‚kompensierend‘ Modernisierungsprozesse ihnen fremder Art; ihre Optik geht vielmehr auf das kulturelle Ganze, auf Kultur als Inbegriff der menschlichen Arbeit und Lebensformen, naturwissenschaftliche und

²⁰ Hier und für das Folgende siehe FOP 41/1997, S. 26ff.

²¹ FOP 50/1998, S. 43

²² Andereg/Kunz (1999), S. 9

andere (soziale, mediale usw., d. Verf.) Entwicklungen eingeschlossen, auf die kulturelle Form der Welt.”²³

Der Abstraktionsgrad dessen, was man unter einer Kulturwissenschaft zu verstehen hätte, ist demnach relativ hoch, die mit dem Begriff bezeichneten wissenschaftlichen Tendenzen sind vielfältig, wenn nicht allenfalls sogar widersprüchlich. “Kultur” und “Kulturwissenschaften” sind selbst nach einem wissenschaftlichen Verständnis, wie ein Germanist an der erwähnten St.Galler Tagung zutreffend sagte, “von der Dehnbarkeit eines Hosenträgers.”²⁴

So drängt es sich auf, klar zu sagen, wofür das Etikett “Kulturwissenschaften” in diesem Bericht stehen soll: Es werden damit jene Tendenzen zusammengefasst, die vom damaligen Wissenschaftsrat – durchaus anknüpfend an innerwissenschaftliche Diskussionen – als für die Zukunft sinnvoll angesehen wurden und die die Stellung der Geisteswissenschaften im sozialen, politischen und wissenschaftlichen Kontext stärken sollten. Die Ausweitung des Themenfeldes, das interdisziplinäre Gespräch und das transdisziplinäre Forschen gehören dazu, aber auch ein aktiver Austausch mit der Öffentlichkeit über die Forschungsergebnisse und die Intensivierung der internationalen Vernetzung.

Eine detaillierte, damit auch stringentere Definition des Begriffes steht hier nicht zur Diskussion und war seitens des Auftraggebers wohl auch nicht beabsichtigt. Die Evaluation kann, mit anderen Worten, nicht als ein Versuch gesehen werden, den geisteswissenschaftlichen Bereich mit dem Mittel einer staatlichen Steuerung stärker zu regulieren, wobei der Begriff “Kulturwissenschaften” die näheren Kriterien für diese zentrale Steuerung abgegeben hätte. Die Rede von “Kulturwissenschaften” erfolgte vielmehr im Sinne eines Etiketts, das als Sammelbezeichnung für verschiedene Entwicklungen und Tendenzen zu verstehen ist, deren Weiterverfolgung oder gar Verstärkung der Rat als sinnvoll erachtete.

Der vorliegende Bericht knüpft einerseits an die wissenschaftliche Diskussion über die Kulturwissenschaften an und übernimmt andererseits diesen Begriff, der im Sinne eines Kürzels für die Empfehlungen des damaligen SWR stehen soll.²⁵ Durch die Verwendung des Etiketts für die wichtigsten Empfehlungen des SWR erhält dieses ein Gewicht, das ihm in den Berichten über die Evaluation der Geisteswissenschaften nicht in dem Masse beigemessen wurde. Die vorliegende Verwendung fällt deshalb ausschliesslich in die Verantwortung des Autors und geschieht aus Gründen der journalistischen Knappheit und Prägnanz.

²³ Jürgen Mittelstrass: Die Geisteswissenschaften im System der Wissenschaft. In: Frühwald et. al. (1991), S. 40f.

²⁴ Anderegg/Kunz (1999), S. 95

²⁵ Ist von dem etikettenartigen Konzept von “Kulturwissenschaften” die Rede, das aus den Berichten des Wissenschaftsrates eruiert werden kann, steht das Begriffswort in diesem Bericht jeweils immer in Anführungszeichen. Wird mit dem Wort auf den wissenschaftlichen Begriff beziehungsweise die innerwissenschaftliche Diskussion darüber verwiesen, ist es jeweils ohne Anführungszeichen verwendet. In diesen Fällen muss die genauere Bedeutung, die sehr unterschiedlich sein kann, jeweils aus dem näheren Kontext erschlossen werden. “Kulturwissenschaften” und Kulturwissenschaften sind in dieser Weise – zum Zwecke der besseren Verständlichkeit – im Rahmen des Berichts unterschieden, obwohl sie, wie in diesem Kapitel skizziert, durchaus miteinander verwandt sind.

3. Auswertung der schriftlichen Umfrage des Schweizerischen Wissenschaftsrates

3.1 Die Fragen und die Antwortenden

Die damalige Geschäftsstelle des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) hat am Ende des Jahres 1999 eine schriftliche Umfrage unter Vertreterinnen und Vertretern der Geisteswissenschaften und der Theologie zur gegenwärtigen Situation dieses wissenschaftlichen Bereiches durchgeführt. Angeschrieben wurden rund 700 Personen. Ihre Adressen wurden der Geschäftsstelle im Laufe des Evaluationsprozesses zwischen 1994 und 1998 bekannt. Es handelt sich unter anderem um Personen, die Evaluationsberichte verfassten, um Mitglieder von Evaluationsgremien, um beigezogene externe Expertinnen und Experten, um Bestellerinnen und Besteller der Evaluationsberichte und um Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Schlussstagung. Das Ziel war nicht die Befragung einer statistisch repräsentativen Stichprobe, sondern das Gespräch mit an der Fragestellung möglicherweise interessierten Vertreterinnen und Vertreter der geisteswissenschaftlichen Disziplinen. Letzte Frist für die Rücksendung der Antworten war der 25. Januar 2000. Bis zu diesem Datum trafen 145 ganz oder teilweise ausgefüllte Fragebogen bei der Geschäftsstelle ein, die Gegenstand der nachfolgenden Auswertung sind.

Es wurden die folgenden Fragen gestellt, wobei die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten wurden, "mit kurzen, persönlichen Stichworten" zu antworten:

1. Welches sind die entscheidenden Veränderungen in Ihrem Fachgebiet oder in den Geisteswissenschaften/in der Theologie insgesamt in den letzten fünf Jahren (Lehre, Forschung, Schweiz, international)?
2. Welches sind gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Ihrem Fachgebiet oder in den Geisteswissenschaften/in der Theologie insgesamt in der Schweiz?
3. Welche Wirkungen hatte Ihrer Ansicht nach die 'Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung (GEWI)', die der Schweizerische Wissenschaftsrat in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Schweizerischen Hochschulkonferenz und dem Schweizerischen Nationalfonds vor einiger Zeit durchgeführt hat?
4. Bemerkungen, Anregungen.

Gemäss der Auswertung der Geschäftsstelle verteilen sich die Antwortenden wie folgt in der universitären Hierarchie:

<i>Antwortende</i>	<i>Stellung</i>
75	Professorinnen und Professoren
60	Angehörige anderer universitärer Gruppen bzw. Inhaberinnen und Inhaber ausseruniversitärer Stellen
<hr/>	
135	Zuordnungen
10	nicht Zugeordnete

Das Verhältnis zwischen der zahlenmässigen Vertretung der Professorinnen und Professoren und der Vertretung anderer universitärer Gruppen unter den Antwortenden ist damit zugunsten der Professorenschaft verschoben, zieht man die zahlenmässigen Verhältnisse an den Universitäten zum Vergleich heran. Unter den Antwortenden, die nicht der Professorenschaft angehören, bilden die Vertreterinnen und Vertreter des unteren und oberen Mittelbaus die grosse Mehrheit. Studierende haben an der Umfrage keine teilgenommen. Die Vertrautheit der Antwortenden mit den institutionellen Verhältnissen dürfte demnach sehr gross sein. Die Ant-

worten geben darüber hinaus im wesentlichen eine "Innensicht" der Geisteswissenschaften wieder.

Gemäss der gleichen Auswertung verteilen sich die Antwortenden auf die einzelnen Fächer wie folgt:

<i>Antwortende</i>	<i>Fachgebiete</i>
24	Geschichte
21	Germanistik
18	Archäologie
10	Theologie
10	Romanistik
9	Philosophie
7	Slavistik
7	Kunstgeschichte
6	Klassische Philologie
4	Musikwissenschaften
3	Hispanistik
3	Bibliotheken/Archive
3	Wissenschaftspolitische Instanzen
2	Religionswissenschaften
2	Medienwissenschaften
2	Vergleichende Indogermanische Sprachwissenschaft
1	Afrika-Studien
1	Anglistik
1	Vergleichende Literaturwissenschaft
<hr/>	
136	Fächerzuordnungen
9	nicht Zugeordnete

Die Tatsache, dass Vertreterinnen und Vertreter der Fächer Geschichte und Germanistik unter den Antwortenden am häufigsten zu finden sind, widerspiegelt die gemessen an den Studierendenzahlen und der Zahl der Universitätsangehörigen starke Stellung dieser Fächer in der schweizerischen Universitätslandschaft. Die Fächerbezeichnungen geben allerdings keine Auskunft über die zahlenmässige Vertretung beispielsweise diachronisch bzw. synchronisch arbeitender Forschungszweige oder über die Vertretung von Literaturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler einerseits und Linguistinnen und Linguisten andererseits.

3.2 Auszählung inhaltlich vergleichbarer Aussagen

Die Auszählung von Aussagen in den Antwortbögen, die inhaltlich vergleichbar sind, erschien angesichts der Ausgangslage als die geeignetste Auswertungsmethode. Es konnten natürlich keine völlig identischen Aussagen mehrmals gefunden werden. Vielmehr wurde versucht, plausible Antwort-Cluster zu bilden: Die vorangestellte allgemeine Kennzeichnung bzw. Kategorisierung stammt vom Autor dieses Berichts, während für die nachfolgenden Erläuterungen auf Ausführungen zurückgegriffen wurde, die in den Antwortbögen zu finden sind. Die Erläuterungen stecken jeweils die – weder gewichteten noch geordneten - semantischen Merkmale des entsprechenden Clusters ab.

Antworten, die sich in detaillierter Form mit ausschliesslich fachspezifischen Fragen auseinandersetzen, wurden bei der Zählung nicht erfasst. Pro Antwort auf eine Frage wurden teilweise mehrere Aussagen bzw. Nennungen gezählt. Zu beachten ist aber auch, dass aus Gründen der Systematik Aussagen als Nennungen jeweils nur dann gezählt wurden, wenn sie auch wirklich zu der jeweils gestellten Frage gemacht wurden. Die Antworten sind nachfolgend nach ihrer

Häufigkeit aufgeführt, das heisst, die Cluster sind nach ihrem quantitativen Umfang, gemessen an der Anzahl von Nennungen, geordnet.

3.2.1 Veränderungen im Bereich der Geisteswissenschaften und der Theologie

Die folgenden Aussagen zur Frage nach den Veränderungen in den Fachgebieten oder in den Geisteswissenschaften oder in der Theologie insgesamt in den letzten fünf Jahren fanden sich gehäuft:

Entwicklung in inhaltlicher Hinsicht zu einer Kulturwissenschaft²⁶ mit transdisziplinären Fragestellungen: 40 Nennungen
(*Forschung/Methoden/Themen/Fragestellungen*)²⁷

Antworten auf die erste Frage, welche die zahlenmässig grösste Gruppe bilden, machen auf die Entwicklung der Geisteswissenschaften hin zu einer Kulturwissenschaft aufmerksam, welche sich von transdisziplinären Fragestellungen leiten lässt. Demnach wird die Bedeutung der Kultur zunehmend in allen Bereichen des Lebens erkannt und erforscht; dies teilweise auch als Antwort auf eine wachsende "Nachfrage" seitens von Wirtschaft und Politik, weshalb häufig sogenannte "Gegenwartsfragen" untersucht würden. Als Stichworte zur Bezeichnung der Entwicklung werden unter anderem die Ausdrücke "kulturalistische Wende" (2), "allgemeine Kulturwissenschaft" (14), "cultural studies" (49), "Wiedereinbettung der Geisteswissenschaften in die Lebenswissenschaften" (63), "cultural turn" (75), "Kulturwissenschaften" (110) gebraucht.²⁸ In einer Antwort ist von einer "Öffnung der Berufsfelder hin zu 'Wissensarbeitern' in Medien und PR" die Rede (106), die sich im Zuge dieser Entwicklung vollziehe. Typisch für die hier zur Diskussion stehende Art von Wissenschaft ist die Transdisziplinarität, also die Verwischung von herkömmlichen Grenzen zwischen Disziplinen und Gegenstandsbereichen durch die Forschung bzw. die darin verwendeten Begriffe selber. So bewege sich die Forschung beispielsweise in den "Interferenzbereichen" – wie ein Antwortender schreibt – von Sprache und Literatur oder von Kultur und Medien (27). Auch innerhalb der Fächer, so wird gesagt, gälten herkömmliche Grenzziehungen immer weniger; als Beispiele werden die Abkehr von einem als zu starr oder zu eng empfundenen Textkanon genannt, aber auch das zunehmende Überwinden der Einteilung verschiedener Textsorten oder der Unterscheidungen zwischen Literatur und Nichtliteratur sowie zwischen Hoch- und Populärkultur. Im Bereich der Theologie wird die Entwicklung hin zur Kulturwissenschaft mit der Säkularisierung des wissenschaftlichen Selbstverständnisses und der Hinwendung zu religionswissenschaftlichen Ansätzen identifiziert. Thematisch werden oft mediengeschichtliche oder -theoretische Fragestellungen in den Vordergrund gerückt, aber auch Fragen nach dem Multikulturellen. Genannt werden unter anderem gender studies, Jewish Studies, die Geschichtsbildforschung, Probleme von Minderheiten und Randgruppen usw.

²⁶ Zur Begriffsverwendung siehe Anm. 25

²⁷ Diese kursiven Angaben beziehen sich jeweils auf eine Kategorisierung des Zentrums für Wissenschafts- und Technologiestudien zwecks interner Weiterverarbeitung und Überprüfung.

²⁸ Die Ziffern in Klammern beziehen sich auf eine interne Numerierung der Antwortbögen durch das Zentrum für Wissenschafts- und Technologiestudien und werden angegeben, um eine Nachprüfung zu ermöglichen.

Wachsende Bedeutung der Interdisziplinarität: 35 Nennungen
Publikation/Kommunikation/Interdisziplinarität/Technologie

Ein enger Zusammenhang besteht, folgt man den Antworten auf die Umfrage, zwischen der Entwicklung hin zur Kulturwissenschaft und der wachsenden Bedeutung interdisziplinären Arbeitens. In einer grossen Zahl von Antworten werden diese beiden Aspekte zusammen – oft sogar in demselben Satz – genannt. Aus diesem Grund sind die Grenzen zwischen "inhaltlicher" Transdisziplinarität und "institutionell gelebter" Interdisziplinarität fließend. Die Interdisziplinarität ist dabei ein Phänomen, das in der Forschung und in der Lehre gleichermaßen beobachtet wird. Ebenso bezieht sie sich auf die Zusammenarbeit zwischen einzelnen geisteswissenschaftlichen Disziplinen wie auf die Zusammenarbeit dieser Disziplinen mit den Sozialwissenschaften oder den Naturwissenschaften. Institutionell findet sie gemäss den Antworten innerhalb von forschenden Teams, aber auch zwischen Fakultäten, Universitäten und im internationalen Kontext statt. Beobachtet werden auch eine wachsende Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen vor allem im Bereich der Musik sowie die Zusammenarbeit mit ausseruniversitär betriebener Forschung. Das Phänomen einer "reunification of sciences" (101) wird allerdings nicht überall positiv beurteilt.

Verbreitung neuer Medien und anderer elektronischer Hilfsmittel: 35 Nennungen
Publikation/Kommunikation/Interdisziplinarität/Technologie

Ebenso häufig wie auf die wachsende Bedeutung interdisziplinären Arbeitens verweisen die Antwortenden auf die Verbreitung neuer Medien und anderer elektronischer Hilfsmittel in Forschung und Lehre, die in den letzten fünf Jahren stattgefunden habe. Sie erleichtern den Zugang zu den Bibliotheken und einen schnelleren Austausch unter den Forschenden, führen aber, wie gesagt wird, auch zu einer grösseren Abhängigkeit von technischen Hilfsmitteln. Hingewiesen wird auf die Entwicklung neuer Publikationsformen, die durch den Computer ermöglicht wurde ("collective volumes"). Bemerkenswert und exemplarisch für die Beurteilung dieser Entwicklungen ist die folgende Antwort: "Die praktische Anwendung (und Vernetzung) der elektronischen Mittel; sie verlangen nicht nur grosse Anstrengungen, bis sie nutzbar sind, sondern sie fordern den/die Einzelne noch mehr heraus, seine Daten auch 'mit dem eigenen Kopf' und in eigener Verantwortung zu selektionieren." (72)

Verschlechterung der materiellen Bedingungen: 23 Nennungen
Finanzen/Ressourcen

Ebenfalls recht häufig ist von einer Verschlechterung der materiellen Bedingungen in Forschung und Lehre in den letzten fünf Jahren die Rede. Verknappt haben sich gemäss diversen Antworten das zur Verfügung stehende Geld und die Dotierung an Stellen. Diese Entwicklung ist besonders gravierend, wenn man die in den letzten Jahren teilweise stark gestiegenen Studierendenzahlen bedenkt, bzw. die Entwicklung ist durch dieses Wachstum bedingt.

Internationalisierung des Forschungsgeschehens: 22 Nennungen
Publikation/Kommunikation/Interdisziplinarität/Technologie

Zahlreiche Antworten verweisen auf die Internationalisierung des Forschungsgeschehens. Diese Entwicklung hängt dabei zusammen mit der Verbreitung der elektronischen Hilfsmittel. So spricht ein Antwortender von einer "sehr raschen und effizienten Zusammenarbeit mit Forschern aus aller Welt" (51). Zu diesem Phänomen gehört, dass wissenschaftliche Karrieren öfter ins Ausland führen. In einer Antwort wird auf den abnehmenden "Lokalcharakter" der Universitäten hingewiesen. Der Wettbewerb unter den Forschenden verschärft sich. Einzelne Antwortende haben eine Ausbreitung des Englischen als Publikationssprache und eine Verbreitung der angloamerikanischen Forschungskultur beobachtet.

Schlechtere Voraussetzungen bei den Studierenden: 14 Nennungen
Lehre/Studierende/Unterrichtsmethoden/Prüfungen

Mehrere Antwortende berichten, die Vorbildung von Studierenden habe sich verschlechtert. Oft beziehen sich diese Beobachtungen auf den Bereich der alten Sprachen; die Rede ist aber auch – wenn auch weit weniger häufig – von schlechteren Deutschkenntnissen. Etliche Male wird die neue Maturitätsanerkennungsverordnung für diese Entwicklung verantwortlich gemacht. Wenn nicht die Vorbildung als mangelhaft bezeichnet wird, so wird doch von ungünstigen Voraussetzungen für ein Studium gesprochen: Unklare Ziele gehören dazu, allgemein eine fehlende "Geduld zuzuhören, zu notieren und zu lesen" (116) oder eine zunehmende visuelle Orientierung des Bewusstseins. Bemerkenswert bezüglich des letzten Punktes ist, dass ein Professor ausgerechnet in einem Proseminar zur "Einführung in die Kunstgeschichte" – also in ein visuell orientiertes Fach – ein "weitaus höheres Niveau" festgestellt hat als in früheren Jahren (140).

Wachsende Spezialisierung und Diversifizierung: 14 Nennungen
Forschung/Methoden/Themen/Fragestellungen

Etliche Antwortende halten – meist ohne eigene Wertung – fest, dass sich in ihren Fachbereichen die Spezialisierung und in der Folge die Diversifizierung von Forschungsrichtungen verstärkt habe. Dies bringe es mit sich, so wird unter anderem festgehalten, dass die Anforderungen an den Einzelnen und an die Einzelne wüchsen, dass die Koordination unter den Forschenden schwieriger werde und die Isolation zunehme.

Neue Leistungsmaßstäbe: 10 Nennungen
Öffentlichkeit/Politik/Medien

Beobachtet wird auch, dass in letzter Zeit neue Leistungsmaßstäbe auf die Geisteswissenschaften angewandt worden sind, wobei diese Entwicklung meist negativ beurteilt wird. Die Instrumente oder Kriterien, an denen die Geisteswissenschaften vermehrt gemessen würden, seien zu stark ökonomisch oder allgemein zu stark quantitativ ausgerichtet oder sie seien in Anlehnung an die Naturwissenschaften entwickelt worden, was den Geisteswissenschaften ebenfalls nicht gerecht werde. Nicht immer fällt die Beurteilung derart negativ aus wie bei jenem Antwortenden, der von einer "Kannibalisierung der phil.-hist. Fächer" spricht im Zuge der Orientierung von Politik und öffentlicher Meinung am "anwendungsbezogenen wirtschaftlichen Mehrwert"(66). Befürwortend wird diese Entwicklung von den Antwortenden aber dennoch nicht verfolgt.

Weniger als zehnmals wurde auf diese erste Frage wie folgt geantwortet:

- Statusverlust der Geisteswissenschaften, steigender Legitimationsdruck und Akzeptanzprobleme in der Öffentlichkeit: 7 Nennungen
- Als negativ empfundenen Übergewicht "relevanter Fragen" unter Vernachlässigung anderer Themen (Beispiele: gender studies, Weltkriegsgeschichte) und/oder unverhältnismässige Betonung der Teamarbeit: 7 Nennungen
- Verbesserte Nachwuchsförderung: 7 Nennungen
- Gleichbleibend hohe administrative Belastung oder deren Zunahme: 6 Nennungen
- Stärkung der gender studies: 6 Nennungen
- Verschlechterung der Bedingungen für den akademischen Mittelbau: 4 Nennungen
- Verbesserte Kommunikation mit der Öffentlichkeit, mehr Transparenz bezüglich der Leistungen von Forschung und Lehre sowie bessere "Sichtbarkeit": 3 Nennungen
- Grössere Mobilität unter Studierenden: 2 Nennungen

3.2.2 Derzeit wichtigste Probleme in den Geisteswissenschaften und der Theologie

Gehäuft fanden sich die folgenden Antworten auf die Frage, welches die gegenwärtig wichtigsten Probleme in den einzelnen Fachgebieten oder in den Geisteswissenschaften beziehungsweise in der Theologie insgesamt in der Schweiz seien:

Mangelnde Förderung des Nachwuchses: 49 Nennungen *Nachwuchsförderung*

Am häufigsten wird die mangelnde Förderung des akademischen Nachwuchses als eines der wichtigsten Probleme genannt. Fehlende Stellen im akademischen Bereich, die administrative Überlastung von Assistentinnen und Assistenten, das Fehlen eines Doktorandenstudiums, die schwierige Lage des oberen Mittelbaus, namentlich auch der Privatdozentinnen und -dozenten, der Mangel an geeignetem schweizerischen Nachwuchs für offene Professorenstellen und andere – in der Evaluation des Schweizerischen Wissenschaftsrates zur Genüge diskutierte – Probleme werden auch in dieser Umfrage angeführt, um die Diagnose zu begründen und zu spezifizieren. Dazu gehören auch uneinheitliche Kriterien bezüglich der Beurteilung der Qualität von Leistungen des Nachwuchses und die "Fragmentierung" der Förderungsmassnahmen, das heisst eine negativ beurteilte "Eigenmächtigkeit" von Entscheidungsbefugten. In drei Antworten ist von einer mangelnden Mobilität von Studierenden und von Nachwuchsteilnehmern die Rede – ein Problem, das ebenfalls im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten in der Nachwuchsförderung gesehen werden kann.

"Sparpolitik" bzw. mangelnde materielle Mittel: 34 Nennungen *Finanzen/Ressourcen*

Aus Sicht vieler Antwortenden stellt auch die mangelhafte Verfügbarkeit materieller Ressourcen eines der wichtigen Probleme in diesem wissenschaftlichen Feld dar. Häufig wird dafür der Ausdruck "Sparpolitik" gebraucht. Es fehle die Zeit für die Forschung, es fehle das Geld für Stellen und die technische Infrastruktur lasse zu wünschen übrig, heisst es. Die in den letzten Jahren gestiegenen Studierendenzahlen werden teilweise als Ursache dafür angegeben, dass sich diese Probleme verschärft haben. Auch die hohe oder die gestiegene administrative Belastung findet sich unter den als Problem wahrgenommenen Phänomenen. Hingewiesen wird zudem auf den folgenden Zusammenhang: Da die Mittel, welche die öffentliche Hand zur Verfügung stellt, knapper geworden seien, habe die Unterstützung von Stiftungen wie auch des Schweizerischen Nationalfonds eine grössere Bedeutung erhalten. Um in den Genuss dieser Mittel zu kommen, sei jedoch einiger Aufwand für das Vorbereiten von Bewerbungen und Eingaben nötig, was wiederum die Zeit für die Forschung knapper werden lasse.

Fragmentierung von Forschungsprozessen: 24 Nennungen *Publikation/Kommunikation/Interdisziplinarität/Technologie*

Fragmentierungsphänomene gehören zu den am häufigsten genannten Problemen. Generell ist gemäss den Antworten eine Fragmentierung auf persönlicher Ebene und auf der Ebene einzelner Institute, Fakultäten, Universitäten wie auch im nationalen und internationalen Kontext zu beklagen. Unter den "Fragmentierungs-Diagnosen" bilden Antworten, die man im engeren Sinne auf Prozesse in Forschung und Lehre beziehen kann, die grösste Gruppe. Es wird von einer mangelnden Vernetzung der Arbeit und konkret – sowie am häufigsten innerhalb dieser Gruppe - von einem nicht zufriedenstellenden Anschluss an das internationale Geschehen gesprochen. Symptom für letzteres sei, wie es mehrmals heisst, die Tatsache, dass bei der Besetzung offener Professorenstellen oft nur ausländischer Nachwuchs in ausreichender Qualifikation zur Verfügung stehe. Es stünden auch zu wenig allgemein zugängliche Datenbanken zur Verfügung, und die historischen Buchbestände seien von der elektronischen Katalogisierung ausgeschlossen worden, was entsprechende Probleme mit sich bringe. Eine grosse zentrale Bibliothek ist ein weiteres Desideratum in den Antworten. Auch wird dem

Wunsch nach einer verstärkten allgemeinverständlichen Verbreitung der Ergebnisse Ausdruck gegeben.

Störungen im Verhältnis zur Öffentlichkeit: 23 Nennungen

Öffentlichkeit/Politik/Medien

Die Antwortenden nehmen in gehäufter Zahl Störungen im Verhältnis der Geisteswissenschaften und der Theologie zur Öffentlichkeit wahr. Sie können, folgt man den Antworten, in Form von Schwierigkeiten in der Wahrnehmung des Beitrags der Geisteswissenschaften auftreten oder in einer unklaren Erwartungshaltung an diesen Bereich. Die ausgesendeten politischen Signale an die Wissenschaftler seien unklar, meint ein Antwortender. Es bestehe in der öffentlichen Diskussion ein Zielkonflikt zwischen der Forderung nach fachspezifischer und derjenigen nach berufsspezifischer Ausbildung wie auch zwischen dem Ruf nach Ausbildung und dem Ruf nach Bildung. Diese Störungen finden sich aus Sicht der Antwortenden nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch im "Nahbereich", also zwischen den Universitäten einerseits und den "Abnehmern" der Absolventinnen und Absolventen beziehungsweise den Auftraggebern und den Interessenten für die Forschung andererseits. Schwierig sei zudem die Verbreitung geisteswissenschaftlicher Erkenntnisse: Aufgabe und Problem zugleich sei die Popularisierung der Ergebnisse, ist in den Antworten zu lesen. Für die höchste politische Ebene von Belang ist der Hinweis darauf, dass die "Situierung der Geisteswissenschaften im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamthaushalt in unserem Lande" das "wichtigste Problem" sei (40). Ansehen und Stellung der Geisteswissenschaften wie auch deren mangelnde politische Akzeptanz sieht ein Antwortender als Folge der Tatsache, dass Forschung "weitgehend als Hobby verstanden" werde (7).

Fragmentierung in inhaltlicher Hinsicht: 21 Nennungen

Forschung/Methoden/Themen/Fragestellungen

Die Fragmentierung der Forschung in inhaltlicher Hinsicht bildet die zweitgrösste Gruppe der „Fragmentierungs-Diagnosen“. Die inhaltliche Bandbreite der Antworten, die man zu dieser Gruppe zählen kann, ist relativ gross. Am einen Ende finden sich Hinweise auf sehr ungleiche fachliche Interessen von Exponenten innerhalb eines Fachs und einer weiter fortschreitenden Spezialisierung, die als fachliche Zersplitterung oder gar "Zerstückelung" (26) beziehungsweise als fehlende Überblickbarkeit wahrgenommen wird. Mehrmals taucht als Beispiel für diese Problematik der Hinweis auf eine als unangemessen empfundene Trennung synchronischer und diachronischer Richtungen auf. Auch der Methodenpluralismus wird als Beispiel genannt ("postmoderne Beliebigkeiten", 120). Als Extremfall wird von einem "Elitarismus" im geisteswissenschaftlichen Forschungsfeld gesprochen. Am anderen Ende stehen Diagnosen sehr ungleicher – und damit nicht einsichtiger – Mittelverteilung, die sich auf die Spezialisierung zurückführen lasse. In einer Antwort ist von einer "zu starke(n) Ausrichtung und Honorierung von Einzelleistungen" die Rede (96). Diesbezüglich wird auch auf die Notwendigkeit der Herstellung eines fachspezifischen, aber gesamtschweizerischen Forschungszusammenhangs gesprochen.

Fragmentierung in politisch-struktureller Hinsicht: 14 Nennungen

Öffentlichkeit/Politik/Medien

Fragmentierungsphänomene in politisch-struktureller Hinsicht sind von solchen in prozessualer, in inhaltlicher und in institutioneller Hinsicht (siehe weiter unten) nicht klar zu trennen, werden hier aber im Interesse der Systematik dennoch getrennt behandelt. Hauptproblem in politisch-struktureller Hinsicht scheint das Ausbleiben genügend starker nationaler Impulse in der Wissenschaftspolitik zu sein und damit zusammenhängend das Fehlen nationaler Forschungsinstitute. Die kantonale Universitätshoheit wird in den Antworten teilweise für diesen Umstand verantwortlich gemacht; sie verhindere vor allem eine ausreichende interuniversitäre Zusammenarbeit. Ein für das Land wohl typisches Fragmentierungsproblem spricht jener Antwortende an, der darauf hinweist, dass "die Verhältnisse überall sehr klein sind, so dass auch die Kapazitäten gar nicht ausreichen können, neben dem eigenen,

eigentlichen Fachgebiet noch gross auszugreifen" (116). Als Nachteil der gegenwärtigen Situation nennt ein Antwortender zudem die Auswirkungen des bisherigen auch wissenschafts-politischen Abseitsstehens der Schweiz in EU-Europa. Das strukturelle Problem wird mehrmals auch darin gesehen, dass die Zusammenarbeit zwischen universitären und ausseruniversitären Institutionen (wie Museen) zu wünschen übrig lasse.

Unangemessene Leistungsmaßstäbe: 14 Nennungen
Öffentlichkeit/Politik/Medien

Auch auf die Frage nach den wichtigsten Problemen finden sich wieder zahlreiche Antworten, die von unangemessenen Instrumenten der Beurteilung der Geisteswissenschaften berichten. Es ist auch hier die "Ökonomisierung" dieser Instrumente, die im Zentrum der Kritik steht. Sie seien einseitig quantitativ ausgerichtet und in Anlehnung an naturwissenschaftliche Methoden entwickelt worden, heisst es in den Antworten. "... on met les sciences humaines sur le lit de Procruste des sciences exactes", schreibt ein Antwortender (80). Zusätzlich wird aber auch beklagt, dass die Beurteilung der Forschung sich verstärkt am Teamgedanken und an Projekten orientiere, und dass Aspekte der Kreativität und des selbständigen, kritischen Denkens demgegenüber zu wenig berücksichtigt würden. Der "Zeitfaktor", der für geisteswissenschaftliche Forschung entscheidend sei, werde ebenfalls unterschätzt, ist in den Antworten nachzulesen. Man empfinde ein Gefühl des "Aufgefressenwerdens" durch "Verwaltung, Evaluation, 'Selbstrechtfertigung', Lawine von Umfragen (wie diese!)", notiert ein Antwortgeber (133).

Weniger als zehnmals wurde auf die Frage nach den Problemen folgendes geantwortet:

Zu langsame Entwicklung in Richtung einer transdisziplinär verfahrenen Kulturwissenschaft:
7 Nennungen
Forschung/Methoden/Themen/Fragestellungen

In einigen Antworten heisst es, das Gebiet entwickle sich zu langsam in Richtung einer transdisziplinär und interdisziplinär verfahrenen Kulturwissenschaft. Der mangelhafte Einbezug der gender studies und neuer Theorien ist einer der Aspekte, welche durch diese Kritik genannt wird, aber auch ein zu schwacher Bezug zu den Sozialwissenschaften. Für die Behinderung interdisziplinären Arbeitens werden unter anderem strukturelle Probleme verantwortlich gemacht.

Fragmentierung in institutioneller Hinsicht: 6 Nennungen
Finanzen/Ressourcen

Mehrmals sprechen die Antwortenden Fragmentierungsprobleme an, die sich spezifisch auf institutionelle Aspekte beziehen (auch sie sind mehr aus Gründen der Systematik denn auf Grund inhaltlich präziser Kriterien hier getrennt aufgeführt). Die Gefährdung sogenannter "Orchideenfächer" kann zu diesen Aspekten gezählt werden (z. Bsp. Ägyptologie, Byzantinistik, Mittellatein, Islamistik), die zu wenig Ressourcen erhielten, wie gesagt wird. Eine andere Art von problematischer "Fragmentierung" ortet ein Antwortender in der Tendenz, infolge des Sparzwangs diese Kleinfächer auf wenige oder auf nur eine einzige Universität zu konzentrieren, was die Diskussion zwischen verschiedenen Forschungsrichtungen zum Erliegen bringe. Die "Kleinheit" allüberall wird auch der Diagnose zu Grunde liegen, in den Geisteswissenschaften fänden sich sehr ungünstige "faculty-student-ratios" (117), was unter anderem zu einer Abdeckung zu breiter Gebiete oder zur Beschränkung auf zu kleine Gebiete durch die Professoren führe, zu einer Ferne zwischen Lehrenden und Lernenden, zu einer eingeschränkten Fächerauswahl für die Studierenden, zu einer zu engen "Spitze" unter dem Nachwuchs und mangelnder Konkurrenz. Mehrmals wird Kritik an institutionellen Strukturen geäussert: So diagnostiziert ein Antwortgeber eine "etwas intransparente Forschungsförderung in geschlossenen sozialen Systemen" (12), ein anderer wählt einen härteren Tonfall und spricht von "überholte(n) Strukturen der Ordinarienuniversität, deren vormodern-paternalistischer Aufbau" (50).

Weiter wurden ebenfalls weniger als zehnmal folgende Probleme genannt:

- Markante Zunahme verfügbarer Quellen und Daten: 5 Nennungen
- Zu geringer Frauenanteil/fehlende Gleichstellung der Geschlechter/schwache Stellung der gender studies: 4 Nennungen

3.2.3 Wirkungen der Evaluation

In gehäufte Zahl wurden auf die Frage nach den Wirkungen der Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung die folgenden Antworten gegeben:

Wichtige Standortbestimmung mit wenig konkreten Auswirkungen: 52 Nennungen

Am häufigsten vertreten die Antwortenden die Ansicht, die Evaluation habe zu einer Standortbestimmung für die Geisteswissenschaften geführt. Das Bewusstsein der Situation und der Probleme sei gefördert worden, eine entsprechende "Sensibilisierung" habe stattgefunden, es herrsche nun mehr Transparenz bezüglich der angesprochenen Fragen, es gebe mehr Informationen darüber, und es werde diesen Problemen heute mehr Aufmerksamkeit geschenkt als früher. Stichworte zur Umschreibung dieser Ansicht sind auch "Selbstreflexion", "Diskussion" und "Problembeschreibung". Explizit deutlich gemacht worden sei ein diffus wahrgenommenes Unbehagen. In fast allen Antwortbögen, in denen sich solche Feststellungen finden, sind diese mit der Aussage verknüpft, dass sich praktisch keine bis gar keine realen Auswirkungen aus der Evaluation ergeben hätten. Die folgenden zwei Zitate geben den Tenor dieser Aussagen sehr gut wieder: "Kurzfristig stimulierende Selbstbefragung der geisteswissenschaftlichen Einzeldisziplinen in einer gemeinschaftlichen Perspektive. Leider ist der Effekt (dank eines Blicks von aussen) sehr schnell wieder verpufft." (18) Und: "Die Evaluation hat zu einer wichtigen Bestandesaufnahme, einem internationalen Vergleich und einem Aufdecken der Schwachpunkte geführt. Man muss aber feststellen, dass das politische 'follow up' bislang ausblieb. Vor Ort hat sich gar nichts geändert." (30)

Keine Wirkungen bekannt: 47 Nennungen

Fast ebenso häufig wird diese Frage aber auch unbeantwortet gelassen beziehungsweise es wird ausdrücklich festgestellt, dass die Evaluation keinerlei Wirkungen gezeitigt habe.

Verbesserte Nachwuchsförderung: 15 Nennungen

Immerhin 15 Antwortgeber haben eine Verbesserung der Nachwuchsförderung festgestellt, seitdem die Evaluation durchgeführt wurde. Grund für diese Feststellung ist einigen Antwortenden die Einrichtung von Förderungsprofessuren. In anderen Bögen ist davon die Rede, dass sich die Bedingungen für den unteren Mittelbau verbessert hätten.

Weniger als zehn Nennungen:

Unzufriedenheit mit eingetretenen Änderungen: 9 Nennungen

Einige Antwortende berichten, dass Änderungen der Situation seit der Evaluation zwar eingetreten seien; sie beurteilen diese Änderungen aber negativ. Kritisiert wird beispielsweise die Herausbildung "neuer Seilschaften" (58), welche die freie und innovative Forschung behinderten, oder es werden unklare Strukturen und Zielsetzungen der geforderten interuniversitären Zusammenarbeit bemängelt. Die versuchte Steuerung der Forschung folge einer falschen Methode, wird an einem Ort festgehalten, und in einem anderen Antwortbogen heisst es in ähnlichem Sinne, dass Programmforschung und Projektarbeit, aber auch das Thema

"Nachwuchsförderung" andere Probleme verdrängt hätten. Exemplarisch für diese Haltung ist folgende Feststellung: "Au lieu de porter l'essentiel des efforts financiers sur les grands programmes dans lesquels les recherches risquent de se diluer, il faut soutenir les petites unités spécialisées. Je pratique depuis toujours l'inter/transdisciplinarité et je peux, par expérience, affirmer que chaque noyau disciplinaire doit pouvoir travailler en profondeur et à long terme" (132). Eine negative Wertung jüngster Entwicklungen erfolgt auch durch jenen Antwortenden, der die folgende Bemerkung macht: "Teamarbeit statt Eigenverantwortung u. selbständigem Nachdenken." (54) Einen "Run auf Modethemen" stellt ein anderer Antwortender fest (52).

Zweifel am Verfahren der Evaluation: 7 Nennungen

Sieben Antwortende äussern Zweifel bezüglich des Verfahrens der seinerzeitigen Evaluation. So heisst es, gewisse Fächer seien ungenügend berücksichtigt worden. Vor allem bezüglich der Theologie wird festgestellt, dass die Betroffenen zuwenig befragt und einbezogen worden seien.

Stärkung der interuniversitären Kooperation: 7 Nennungen

Gewisse Antwortende stellen eine Verstärkung der interuniversitären Zusammenarbeit fest und begrüssen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit von Schwerpunktprogrammen gewachsen sei.

Stärkung der kulturwissenschaftlichen Interdisziplinarität: 5 Nennungen

Einige Antwortende sind der Meinung, die interdisziplinäre Zusammenarbeit – meist im Sinne eines kulturwissenschaftlichen Ansatzes verstanden – sei gestärkt worden. Ein Antwortender (117) erwähnt diesbezüglich die Integration der Geisteswissenschaften in das Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften an der ETH Zürich.

Weitere Nennungen betrafen folgende Themen:

- Mehr Mittel bzw. bessere Aufmerksamkeit seitens der Politik für die Geisteswissenschaften: 3 Nennungen
- Stärkung der gender studies oder anderer neuer Richtungen der Forschung: 2 Nennungen
- Verbesserte Kommunikation geisteswissenschaftlicher Institute gegen aussen: 1 Nennung

3.3 *Prägnante Bemerkungen und Anregungen*

Bei diversen Antworten, aber auch bei etlichen unter dem Punkt 4 des Fragebogens angebrachten Bemerkungen und Anregungen lohnt es sich, sie besonders hervorzuheben. Sei es, dass sie gewisse Sachverhalte, die oben bereits zur Sprache gekommen sind, in sehr individueller Weise äusserst pointiert beschreiben, kritisieren oder begrüssen, sei es, dass sie bedenkenswerte Ideen enthalten oder sei es, dass sie auf sonst unerwähnt gebliebene Aspekte der Situation der Geisteswissenschaften hinweisen.

3.3.1 Zur Nachwuchsförderung

Ein Geschichtsprofessor spricht davon, dass die Ausschreibung von Förderungsprofessuren durch den Schweizerischen Nationalfonds eine "bedenkliche Mobilitätsunwilligkeit des qualifizierten Nachwuchses in sämtlichen wissenschaftlichen Bereichen offenbart" habe. Es könne nicht angehen, dass die Nachwuchsförderung auf eine "Institutionalisierung einer Hausberufungspolitik" hinauslaufe; der Professor ist der Ansicht, dass der Nationalfonds bei der nächsten Ausschreibung "entschiedener auf die Mobilitätsanforderung insistieren" sollte (2).

Eine überraschende Sicht auf die Nachwuchsproblematik vertritt jener Titularprofessor für Alte Geschichte, der in wohl durchaus kritischer Absicht festhält: "Die finanziellen Mittel werden weitgehend zur Nachwuchsförderung eingesetzt, andere Forschung ist nur schwer finanzierbar." (7) Ein Schlaglicht auf die Situation im oberen akademischen Mittelbau kann der Antwortbogen jenes Privatdozenten für Germanische Sprachwissenschaft werfen, der schreibt: "Ein existentieller Hilferuf: Bitte lassen Sie nicht eine ganze Generation von Privatdozenten in der Versenkung verschwinden. Nicht einmal einen zweistündigen Lehrauftrag ist man der Universität wert." (8)

3.3.2 Zu institutionellen und politischen Aspekten

Unter den Antworten eines Romanistikprofessors, der sich bezüglich der inneruniversitären Zusammenarbeit und der Nachwuchsförderungspraxis der Universitäten eher kritisch äussert, findet sich die Feststellung: "Es herrscht Egoismus, ja Arrivismus." (19) In institutionenpolitischer Hinsicht interessant ist der Vorschlag eines Archivaren: "Geisteswissenschaften sollten auch auf Fachhochschulniveau präsent(er) sein! Gehört auch zur Allgemeinbildung." (12) Angesichts praktisch ausgebliebener Wirkungen der Evaluation schreibt ein Philosophieprofessor: "Es erweist sich als Nachteil, dass die Universitäten in die fast ausschliessliche Kompetenz der Kantone fallen. Der Bund sollte eine stärkere Rolle spielen und sich auch finanziell stärker engagieren." (30) Im gleichen Sinne ein Westschweizer Professor für Deutsche Sprache und Literatur unter Punkt 4: "Das Beste, was passieren könnte, wäre die Übernahme der Universitäten durch den Bund, damit endlich alle gleich lange Spiesse haben." (133)

Besorgt über die finanzielle Situation und die wissenschaftliche Ausrichtung der Universitäten macht ein Professor für Klassische Philologie folgenden Vorschlag: Es sollte nach seiner Meinung "eine klarere Aufschlüsselung der Universitätsaufgaben und eine mindestens schwergewichtige Überwälzung der Kosten dahin, wo der Nutzen anfällt, angestrebt werden. Beispiele: Für die Ausbildung der Ärzte sollten vermehrt das Gesundheitswesen, Krankenkassen, Pharmaindustrie u.ä. aufkommen, für die der Juristen die Justizdepartemente, Anwaltskammern, für die der Englischlehrer die Schulen (auch private) etc. Die öffentliche Hand könnte sich dann endlich auf die doppelte Aufgabe konzentrieren, die sonst niemand lösen kann, nämlich die Gewährleistung der Grundlagenforschung und der inhaltlichen Breite und Tiefe des Fächerkanons an den Universitäten." (34) Ebenfalls besorgt über die finanzielle Situation, schreibt ein anderer Professor für Klassische Philologie: "Die Politik muss unbedingt davon überzeugt werden, dass sie mit ihren ständigen Sparmassnahmen den Schweizer Geisteswissenschaften (und der Theologie) auf längere Sicht den Garaus machen wird." (111)

Sehr konkrete Vorschläge formuliert ein Professor für Deutsche Literatur unter "Bemerkungen, Anregungen": "Gründung eines (Schweizerischen Bedürfnissen, d. h. auch einer verbesserten Nachwuchsförderung angepassten) Institute of Advanced Studies; Gründung einer Schweizerischen University Press; Finanzierung eines Grossprojekts zur kritischen Durchleuchtung staatlicher Wissenschaftspolitik (Begründungen von Ablehnung/Zusprache individueller und kollektiver Nationalfondsprojekte der letzten 10 Jahre)." (18) Eine andere Stimme, diejenige einer Archäologin aus der Westschweiz, unterstützt einen dieser Vorschläge mit den folgenden Worten: "Publikationen: noch immer ist festzustellen, dass die meisten (sehr guten) Schweizer Publikationen Mühe haben, über die Landesgrenze hinaus bekannt zu werden mangels akad. allg. Vertriebsorganismus." (23) Zur Verbesserung der Publikationsbedingungen und der besseren Kommunikation schlagen gemeinsam antwortende Historiker vor: "Erwünscht wäre eine (Internet)Plattform, auf der laufende Arbeiten (nach Fachbereichen getrennt) mit Titel, Kurzbeschreibung, Terminen, Adressen der bearbeitenden Person und des/der Referenten oder Referentinnen angezeigt werden. Auch ausserhalb des Universitätsbetriebs stehende Personen sollten ihre Arbeiten auf dieser Plattform anzeigen können, sofern sie darin wissenschaftliche Ziele verfolgen." (115) Auf eine Lücke im Ausbildungs- und Bewertungssystem der Geisteswissenschaften weist ein Professor für Griechische Sprache und Literatur hin: "Les chercheurs en lettres ont tendance à travailler seuls, et non en équipe. Un changement ne sera possible que si l'on *valorise* le travail effectué en équipe (possibilité de rédiger une thèse dans le cadre d'un projet collectif, etc.)" (57)

3.3.3 Zum wissenschaftlichen Selbstverständnis

Ein eindeutiges Plädoyer für die Etablierung einer "Kulturwissenschaft" im oben dargestellten Sinn ist im Antwortbogen eines Professors für Klassische Philologie zu lesen: "Die Geisteswissenschaften sollten endlich zu echter Interdisziplinarität gezwungen werden. Dazu gehört bei den Philologien erstens sprach- und kulturübergreifende Kompetenz (z. B. Schaffung von Fächern wie 'Vergleichende Literaturwissenschaft', 'Europäische Kulturgeschichte'), zweitens die konsequente Verknüpfung synchroner und diachroner Betrachtungsweise, drittens die tiefgehende Verknüpfung von Bild (und Ton) mit Text. Profunde Interdisziplinarität in den Geisteswissenschaften ist nicht möglich, wenn nur schon eine dieser Komponenten fehlt." (34) Auf die wohl grösste Schwierigkeit und Herausforderung für ein solches Wissenschaftsverständnis verweist ein Theologe, der zu den aktuellen Problemen folgendes zählt: "Vernetzung mit anderen Wissenschaften, ohne proprium aufzugeben." (104) Ein Bibliothekar macht dazu den folgenden Vorschlag: "Veranstaltung von Kolloquien mit interdisziplinärem Ansatz an allgemein interessierenden Themata, um die Methode einmal konkret durchzuspielen." (129)

Nachdem ein – vermutlich Philosophie lehrender – Professor die schwache Dotierung von Epistemologie und Logik an Schweizer Universitäten kritisiert hat, äussert er sich prägnant zu seiner Meinung nach skandalösen Fehlen einer wissenschaftstheoretischen Reflexion: "Faut-il former des savants barbares (=sans connaissances ni de l'histoire de leurs disciplines, ni de l'évolution de leurs normes, ni du sens socio-politique de leur impact, ni du 'pouvoir' de leurs modes de pensée?) Pour moi, l'absence actuelle d'une réflexion *non-partisane* est un scandale. 'Non-partisan' veut dire *enseignable*." (73)

Zwar auf eine spezifische Disziplin bezogen, aber angesichts der Forderungen nach gesamtschweizerischer Forschungszusammenarbeit und vermehrter Interdisziplinarität bemerkenswert ist die Aussage eines Professors für Vergleichende Literaturwissenschaft unter der Frage nach den wichtigsten Problemen: "Disparition quasiment complète d'une littérature comparée spécifiquement suisse ('Helvétisme littéraire', étude comparative des littératures suisses)." (79)

Dass sich die Geisteswissenschaften dem öffentlichen Dialog über ihr Selbstverständnis stellen sollten, ist offenbar die Meinung jenes Professors für Ethik, der schreibt: "Für das wichtigste

Problem halte ich die (oft verlorene) Einheit von Fachkompetenz und Beteiligung an gesellschaftlich-politischen Diskussionen. Ohne 'Elfenbeinturm' keine öffentliche Verantwortung(-sbeteiligung) der Wissenschaften und vice versa." (88) Für eine Öffnung gegenüber breiteren Publikumskreisen plädiert offensichtlich auch der Kantonsarchäologe, der schreibt: "Die Mittelknappheit basiert in vielen Bereichen der Forschung u. E. auf der Hilflosigkeit der Forschenden (wir schliessen uns hier nicht aus), ihre Forschungsergebnisse in adäquater Weise einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln und so das nötige Verständnis zu wecken. Bei der Ausbildung von Wissenschaftlern sollte in Zukunft diesem Aspekt mehr Beachtung geschenkt werden. Zudem sollte ein Pool von anerkannten Wissenschaftsjournalisten der Wissenschaft bei der Erfüllung dieses Desiderats zur Seite stehen." (125)

3.3.4 Zur Tätigkeit des Schweizerischen Wissenschaftsrates

Etlliche Antwortende kritisieren diese neuste Umfrage des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR). Ein Germanistikprofessor bezweifelt, dass "ein Fragebogen dieser Art zu einer seriösen Standortbestimmung führen kann" (4). Ein Fachkollege von ihm und Privatdozent ist der Meinung, dass die Fragen 1 und 2 unscharf gestellt worden seien; es sei nicht deutlich geworden, ob sie sich "auf Fachinhalte oder institutionelle Fragen oder auf beides beziehen." (20) Ähnlich äussert sich ein Musikwissenschaftler: "Ich frage mich, wie ein derart offen gehaltener Fragebogen konzise ausgewertet werden kann", hält er unter Punkt 4 fest. "Begründete Skepsis gegenüber Umfragen dieser Art und – noch mehr – gegenüber deren Auswertung" hegt ein Professor für Kunst- und Architekturgeschichte, räumt aber ein, dass er "jede Initiative, die einer Diskussion über 'Stellung und Bedeutung der Geisteswissenschaft' förderlich ist", begrüsse (40). Auf die erste Frage nach den wichtigsten Veränderungen der letzten Jahre, antwortet ein Historiker: "Das Zunehmen von Umfragen (wie der vorliegenden), mit denen zu viele Instanzen und Organe (wie etwa der Wissenschaftsrat) ihre schwer erkennbare Nützlichkeit zu rechtfertigen suchen und einen damit von sinnvoller Arbeit abhalten." (93) Unbehagen bezüglich der Ergebnisse der Evaluation äussert eine Professorin für Ur- und Frühgeschichte, wenn sie sagt: "Alle warten nach den Erkenntnissen von Gewi auf konkrete Massnahmen – wann kommen sie?? Immer wieder neue Statusberichte erstellen löst das Problem nicht!" (126)

Nicht alle Antwortenden sind aber mit den Methoden des SWR unzufrieden. Unter Punkt 4 fordert eine Privatdozentin für Geschichte kurz: "Weitere solche Evaluationen." (31) Ein Kunsthistoriker ist ähnlicher Meinung: "Diese so rasch wieder lancierte Umfrage ist lebenswichtig für die weitere Entwicklung. Wünsche mir in regelmässigen Abständen kleinere Selbstevaluationen der einzelnen Fächer – begleitet von externen (internationalen?) ExpertInnen, z. B. in Form einer Art Patenschaft. (Utopie?)" (35) Ein Slavist doppelt nach: "Evaluation immer wieder (alle 5 - 10 Jahre) wiederholen." (98) Auf die Evaluation Bezug nehmend, meint ein Privatdozent der Geschichte: "Die Richtung stimmt: ich würde mir mehr ähnliche Initiativen des Wissenschaftsrates wünschen, der – in meiner Wahrnehmung – vorzügliche Arbeit leistet." (106) Die öffentliche Befragung der Geisteswissenschaften wird ein Architektur- und Kunstgeschichte-Professor als richtigen Weg ansehen, schreibt er doch: "Es ist wohl notwendig, dass (noch mehr) Druck von aussen auf die Geisteswissenschaften ausgeübt wird, damit diese ihren gesellschaftlichen Auftrag neu überdenken." (40)

In der Antwort einer Philosophin findet sich eine Idee, wie die Ergebnisse der Evaluationsarbeiten weiter verwertet werden könnten: "Erstellen einer handlichen und lesbaren Broschüre zum Problem der Geisteswissenschaften in der heutigen Gesellschaft auf der Basis der Evaluation. Verbreitung durch (... unlesbar...) an die Dekane der geisteswissenschaftlichen Fakultäten und die Rektoren." (108) Auf die Veröffentlichung auch der aktuellen Umfrage drängt ein Professor für Geschichte mit den folgenden Worten: "Es wäre schön, wenn die Ergebnisse dieser Umfrage auch wieder allen Beteiligten zugänglich gemacht werden könnten." (131)

3.4 Schlussfolgerungen

Aus den Antworten auf diese schriftliche Umfrage können keine direkten Schlüsse auf die Situation der Geisteswissenschaften und der Theologie in der Schweiz insgesamt gezogen werden. Vielmehr spiegeln sie die persönlichen Einschätzungen einer Gruppe von – mehrheitlich in den Universitätsbetrieb involvierten – Interessierten. Zu bedenken ist auch, dass diese Interessierten in der einen oder anderen Form am Evaluationsprozess teilnahmen oder ihn zumindest zur Kenntnis nahmen. Annahmen darüber, was die Fragesteller wohl am meisten interessieren dürfte oder Erfahrungen, die im Zuge der Evaluation gemacht wurden beziehungsweise Erkenntnisse, die dabei gewonnen wurden, haben die Antworten vermutlich massgeblich beeinflusst.

Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Wissenschaftsrates (SWR) hat dem Autor den Auftrag gegeben, anhand der Antworten primär die folgenden Fragen zu beantworten:

- *Wie stellen die Forscher und Lehrer die Lage ihres jeweiligen Faches sowie des Bereiches der Geisteswissenschaften und der Theologie insgesamt dar?*

Am häufigsten ist die Beobachtung, dass sich die einzelnen Fächer wie auch der ganze geisteswissenschaftliche Forschungsbereich in einem Wandel hin zu einer "kulturwissenschaftlichen" Arbeitsweise befindet; die transdisziplinäre Fragestellung und das interdisziplinäre Gespräch mit anderen Geisteswissenschaften, aber auch mit den Sozialwissenschaften und den Naturwissenschaften gehören dabei zu den wichtigsten Merkmalen dieser Arbeitsweise. Die mangelnde Förderung des akademischen Nachwuchses einerseits, die unzureichende materielle Dotierung gewisser Fachgebiete und die administrative Belastung andererseits gehören laut den zahlenmässig grössten Gruppen von Antworten auf die entsprechende Frage zu den wichtigsten Problemen, mit denen der Bereich zu kämpfen hat. Zudem hemmen die fortschreitende Spezialisierung, die Diversifizierung inhaltlicher und methodischer Art und die Fragmentierung des wissenschaftlichen Arbeitens in der Schweiz die eingangs genannten Trends aus Sicht der Antwortenden.

- *Als Resultat welcher inner- und ausserwissenschaftlicher Trends wird diese Lage dargestellt?*

Die "kulturalistische Wende" – wie die oben genannte Entwicklung genannt werden kann – hat aus Sicht vieler Antwortenden zum Kennzeichen, dass in ihrem Zuge herkömmliche Fächergrenzen verwischt und dass Textkanons und Wertungsmuster (zum Beispiel Hochkultur/Populärkultur) in Frage gestellt werden. Im Bereich der Theologie erfolgt die Ausweitung des Blickfeldes offenbar massgeblich durch eine Säkularisierung des Wissenschaftsverständnisses und damit durch eine Favorisierung religionswissenschaftlicher Ansätze. Der Rückgriff auf elektronische Hilfsmittel ermöglicht einen schnelleren Austausch unter Forschenden und hat zu einem Schub der Internationalisierung geführt. Dem Umfeld zugeschrieben wird in den Antworten eine Sparpolitik der öffentlichen Hand, die in den letzten Jahren die Geisteswissenschaften getroffen und sie teilweise bis an die Grenze der Existenzfähigkeit gebracht habe. Störungen im Verhältnis dieser Wissenschaften zur Öffentlichkeit werden als eine tieferliegende Ursache genannt. Die Erwartungen, die von aussen an die Geisteswissenschaften herangetragen werden, seien unklar, die Massstäbe, die zur Messung der Leistungen angewendet werden, seien meist den exakten Wissenschaften entlehnt und nach Meinung vieler Antwortenden deshalb unangemessen. Ebenfalls dem gesellschaftlichen und politischen Umfeld zuzuschreiben ist die erhebliche Fragmentierung der Forschungsstrukturen; die kantonale Universitätshoheit und das Abseitsstehen der Schweiz im EU-Europa sind zwei Beispiele, die in den Antworten genannt werden.

- *Wie verhalten sich die aus der Umfrage resultierenden Feststellungen zu den Befunden und Empfehlungen, die aus der Evaluation folgten?*

Die thematischen und methodischen Tendenzen, die laut den Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Sinne eines "kulturwissenschaftlichen" Ansatzes zu stärken wären, scheinen zwar nicht überall, doch zunehmend verfolgt zu werden. Darauf verweisen auch Antwortende, die diese Entwicklung aus grundsätzlichen Erwägungen ablehnen. Die Überwindung der Fragmentierung der Forschung gelingt im engeren wissenschaftlichen Bereich offenbar besser als im institutionellen und politischen Kontext. Die Misere beim Mittelbau ist noch nicht behoben; einzelne Massnahmen wie die Frauenförderung und Förderprofessuren können die zu Grunde liegenden strukturellen Probleme nicht beheben.

- *Wie verhalten sich die Ergebnisse zu aktuellen Trends und Feststellungen über die gegenwärtige Situation der Geisteswissenschaften und der Theologie, die der Vertragsnehmer auf Grund seiner anderweitig gewonnenen Einsichten kennt?*

In den Antworten auf die Umfrage spiegeln sich viele Entwicklungen und Fragen, die auch der derzeitigen Diskussion über die sogenannten Kulturwissenschaften zu Grunde liegen. Die Verwischung herkömmlicher Grenzen zwischen Fächern und Forschungszweigen vor dem Hintergrund eines ausgeweiteten Kulturbegriffs gehören zu den wesentlichen Merkmalen der sogenannten Kulturwissenschaften, ebenso wie Formen interdisziplinären Arbeitens und eine Öffnung gegenüber aktuell in der Gesellschaft aufgeworfenen Fragen. Zusätzlich weisen die Beobachtungen der Fachvertreterinnen und Fachvertreter auf eine Entwicklung im Sinne des von Peter J. Brenner beschriebenen "Strukturwandels der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft" hin²⁹ – dieser Strukturwandel in seinen vielfältigen und teilweise auch widersprüchlichen Aspekten kann viel eher als Hintergrund der beobachteten Phänomene vermutet werden als ein zentral gesteuerter, widerspruchsfreier wissenschaftspolitischer Impuls. Es sind kollektiv organisierte Formen der Wissensproduktion, deren Abhängigkeit von Drittmitteln, ein hoher Grad von Arbeitsteilung und internationalisierte Verfahren, die diesen Strukturwandel unter anderem kennzeichnen.

- *Welche Effekte werden von den Betreffenden selbst als Wirkungen der Evaluation wahrgenommen?*

Die Antworten, die von keiner Wirkung der Evaluation wissen, und jene, die gewisse Wirkungen festgestellt haben, halten sich ungefähr die Waage. Dort, wo Wirkungen wahrgenommen wurden, werden sie im wesentlichen darin gesehen, dass Probleme angesprochen und in einem grösseren Rahmen transparent gemacht worden seien. Die Sensibilisierung mindestens einer breiteren Fachöffentlichkeit habe auf diese Weise erreicht werden können. Eine grosse Zahl von Antwortenden vermisst jedoch reale Auswirkungen im Sinne der im Anschluss an die Evaluation abgegebenen Empfehlungen.

- *Welche Einsichten lassen sich insgesamt aus den Antworten und deren Interpretation für die Frage nach möglichen Wirkungen der Evaluation gewinnen?*

Abgesehen von Mängeln des Verfahrens der Evaluation, die auch in der Umfrage teilweise noch einmal zur Sprache kamen und die die Empfehlungen aus Sicht einiger Fachvertreterinnen und -vertreter von Beginn an fraglich erscheinen liessen, war der Prozess von wissenschaftlichen Leitideen geprägt, die innerhalb der Geisteswissenschaften nicht unumstritten sind. Zudem hemmten die durch die Evaluation aufgedeckten Schwächen, namentlich die forschungspolitische Fragmentierung des Bereiches, ihrerseits die Umsetzung der Verbesserungsmassnahmen. Die Tatsache, dass die Evaluation im Nachgang vor allem als ein Prozess der öffentlichen Bewusstseinsbildung wahrgenommen wurde, deutet auf das grosse Bedürfnis hin, die Stellung der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Öffentlichkeit zu klären, die Probleme und Hindernisse für deren Entwicklung bekannt zu machen und den Wert, den sie für die Gesellschaft haben kann, aufzuzeigen.

²⁹ Peter J. Brenner: Das Verschwinden des Eigensinns. Der Strukturwandel der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft." In: Ders. (1993), S. 21ff.

ZWEITER TEIL: INTERVIEWS UND EIN FAZIT

1. Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Fachgesellschaften

1.1 Zum Vorgehen

Zwischen Mitte April und Mitte Mai des Jahres 2000 führte der Autor telefonische Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der geisteswissenschaftlichen und theologischen Fachgesellschaften der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, teils in deutscher, teils in französischer Sprache. Vorgängig wurden deren Präsidentinnen und Präsidenten angeschrieben und mündlich angefragt. Sie übernahmen es teilweise selber, Auskunft zu geben, teilweise bezeichneten sie die späteren Ansprechpersonen.

Die Gespräche wurden jeweils nach einem ähnlichen Muster geführt. In einem ersten Teil wurde zunächst die Frage nach den wichtigsten Veränderungen in den jeweiligen Fachgebieten während der letzten rund fünf Jahre gestellt. Danach folgte die Frage nach der derzeit wichtigsten Problemen, und schliesslich erkundigte sich der Autor nach allfälligen Wirkungen der Evaluation der Geisteswissenschaften. In einem zweiten Teil des Gesprächs stellte der Autor dann gezielte Fragen zu Themen und Problemen, die im Zuge der Evaluation in Bezug auf die jeweiligen Fachgebiete aufgeworfen worden waren.

Damit ist klar, dass es bei diesen Gesprächen nicht um eine Nachevaluation oder um eine erneute, umfassende Bestandesaufnahme ging. Vielmehr handelte es sich um relativ gezielte "Nachfragen" oder eben "Erkundigungen" mit besonderem Interesse an den im Rahmen der Evaluation diskutierten Problemen. Da den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern die wichtigsten Ergebnisse der – in den vorhergehenden Kapiteln präsentierten – Umfrage vorgängig unterbreitet worden waren, wurden die Antworten auch auf die offenen Fragen vermutlich von den dort gewählten Begriffen beeinflusst. Der Autor stellte aber während der Gespräche wenn nötig klar, dass ein möglichst unbeeinflusstes Bild der Situation in den jeweiligen Fächern das Ziel der Recherche sei.

Die nachfolgend aufgeführten Berichte über diese Gespräche wurden den Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern im Nachgang vorgelegt und von diesen – teilweise unter Angabe hier berücksichtigter Änderungswünsche – zur Publikation freigegeben.

1.2 Gesprächsberichte

1.2.1 Religionswissenschaft

*Gespräch mit Prof. Dr. Philippe Borgeaud, Präsident der Schweizerischen
Gesellschaft für Religionswissenschaft*

Die Religionswissenschaft in der Schweiz durchläuft derzeit eine bewegte Phase. Diese Ansicht hat Philippe Borgeaud, Professor an der Universität Genf und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Religionswissenschaft, im Gespräch vertreten. Äusserlich lassen sich personelle Veränderungen einerseits auf den Lehrstühlen beobachten. Während in Bern eine neue Professorin berufen und in Zürich die Disziplin zum Hauptfach aufgewertet wurde, ist in Basel der Lehrstuhlinhaber, der nach Amerika ging, bisher nicht ersetzt worden. In Luzern hing die Einrichtung eines Lehrstuhls zum Zeitpunkt des Interviews noch von einem Volksentscheid ab. Insgesamt sind in der Schweiz derzeit fünf Lehrstühle für Religionswissenschaft besetzt, nämlich in Fribourg, Lausanne, Genf, Bern und Zürich. Zwei davon haben Frauen inne.

Bewegung findet andererseits auch auf der Seite der Studierenden statt. Borgeaud berichtet von einem starken Anstieg der Studierendenzahlen an allen Universitäten. So gebe es heute in Lausanne und Genf je über 100 Studierende, also markant mehr als noch vor Jahren. Für das Interesse am Fach sind nach Ansicht Borgeauds weniger spirituelle Bedürfnisse verantwortlich als vielmehr die Suche nach Informationen: Die Studierenden wollen augenfälligen Phänomenen wie dem Islamismus, den Konflikten auf dem Balkan oder der Verbreitung von Sekten durch historische Orientierung auf den Grund gehen.

Die neueren Entwicklungen im Fach bringen auch Probleme mit sich. An erster Stelle nennt Borgeaud einen Mangel an Kursen und Stellen für den Mittelbau. Dringend müssten mehr Stellen für Assistierende und Oberassistenten sowie Assistenzprofessuren geschaffen werden, dies auch in Verbindung mit dauerhaften Forschungsmöglichkeiten. Ohne eine Entlastung auf diesem Weg in der Lehre sei es den Professoren nicht möglich, Zeit für die postgraduale Ausbildung zu reservieren, die im Hinblick auf die Nachwuchsförderung so notwendig sei. Trotz solchen Problemen ist gemäss Borgeaud bereits heute geeigneter Nachwuchs beiderlei Geschlechts vor allem auf der Stufe der Assistierenden und Oberassistenten vorhanden.

Ein zweites Problem besteht in der Ausdehnung des Fachgebiets. Dieses erstreckt sich gewissermassen über alle Epochen und umfasst die ganze Welt! Daraus folgt die Notwendigkeit, die Tätigkeit an den nur fünf Lehrstühlen in der Schweiz zu koordinieren. Nach Borgeauds Worten besteht hierzulande zwar seit Jahren durchaus eine gemeinsame Ausrichtung der Forschung: Im Zentrum stehen Fragen der gegenseitigen Wahrnehmung und der Interaktion der Religionsgemeinschaften – die Religionswissenschaft sei per definitionem eine komparatistische Disziplin, sagt Borgeaud. Entsprechend gebe es gar keine andere Möglichkeit, als dass die einzelnen Forschenden zusammenarbeiten. Dies habe auch in mehreren Publikationen seinen Niederschlag gefunden und werde fortgesetzt. Die Möglichkeiten zur Kooperation sind trotzdem nicht ausgeschöpft. Bei der Wiederbesetzung von Professorenstellen müsste eine intensivere Abklärung stattfinden, wie die Lehr- und Forschungsgebiete an den verschiedenen Universitäten definiert, koordiniert und gegeneinander abgegrenzt werden könnten, ist der Präsident der Fachgesellschaft überzeugt. So fehle heute eine ausreichend intensive jüdische Forschung, Religionsethnologie werde in unzureichendem Masse betrieben ebenso wie Studien über afrikanische Religionen. Phänomene aus Südamerika blieben praktisch vollständig ausgeklammert.

Die Evaluation der Geisteswissenschaften in der Schweiz hat in den Religionswissenschaften einiges bewirkt. "Ça a secoué un peu les choses dans ma discipline", hält Borgeaud mit einiger Zufriedenheit fest. Dass man sich um die Disziplin überhaupt gekümmert hat, ist nur das eine. Vor allem der Kontakt mit den Theologinnen und Theologen sei intensiver geworden. Borgeaud berichtet, dass in Genf seit kurzem Kurse für Religionswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler in der Theologie angeboten werden (beispielsweise Neues und Altes Testament), während auch das umgekehrte der Fall ist (beispielsweise Methoden der Religionswissenschaft für Theologiestudierende). Das Verhältnis zur Theologie sei dabei aber mit Sorgfalt anzugehen, gelte es doch zu gewährleisten, dass religionswissenschaftliche Gebiete auch wirklich von Religionswissenschaftlern mit laizistischem Verständnis bearbeitet werden.

Die Religionswissenschaft sollte nach Ansicht Borgeauds ihre beiden Richtungen pflegen, also sowohl die historisch-philologischen Aspekte wie auch die "praxisnahe" Beschäftigung mit zeitgenössischen Fragen im Sinne eines "observatoire des religions". Religiöse Phänomene sind erst unter Berücksichtigung der Vergangenheit zu verstehen. Für beide Richtungen gebe es ein grosses öffentliches Interesse, das sich am guten Besuch öffentlicher Veranstaltungen zeige. So sieht Borgeaud die Religionswissenschaft derzeit in der Situation, von einer gesellschaftlichen Bewegung getragen zu sein.

1.2.2 Theologie

Gespräch mit Prof. Dr. Martin Rose, alt Präsident der Schweizerischen Theologischen Gesellschaft

"Das Profil der theologischen Fakultäten verändert sich". Mit diesen Worten resümiert Martin Rose, Professor für Theologie an der Universität Neuchâtel und ehemaliger Präsident der Schweizerischen Theologischen Gesellschaft, seine Ausführungen zur gegenwärtigen Situation der Theologie in der Schweiz. Äusserlich sichtbares Zeichen dafür ist einmal der Rückgang der Studierendenzahlen, besonders bei den protestantischen Fakultäten; er beträgt im Vergleich zu den achtziger Jahren durchschnittlich 25 bis 50 Prozent. Gleichzeitig haben sich die zur Verfügung stehenden Mittel vermindert. Das gute Betreuungsverhältnis ist aus Roses Sicht insofern ein Problem, als innerhalb der Universitäten der Druck, Professorenstellen an Fächer mit mehr Studierenden abzugeben, ganz erheblich ist. Die Streichung von Professorenstellen und das Verschwinden von Mittelbau-Stellen sind die Folge. Während in der deutschen Schweiz gemäss Roses Beurteilung trotzdem eine einigermaßen ausreichende Nachwuchsförderung besteht, ist die Situation in der Romandie "katastrophal", dies vor allem deshalb, weil viel zu wenig Stellen für Assistierende existieren und weil die Studierendenzahlen an sich schon relativ klein sind. Bereits heute stammen viele Professoren in der Romandie aus der Deutschschweiz, aus Deutschland und aus Frankreich. Ein Verlust an Identität ist längerfristig abzusehen. In der ganzen Schweiz mangelt es unter dem Nachwuchs nicht an Frauen. Bis sich auch auf Professorebene eine ausgeglichene Geschlechtervertretung zeigt, braucht es nach Roses Meinung aber seine Zeit.

Der Spardruck geht Hand in Hand mit der Forderung der eidgenössischen Behörden, die Kooperation zu verstärken und die Effizienz zu erhöhen. Dieser Druck besteht vor allem in der Romandie, wo die Fakultäten in Genf, Lausanne, Neuchâtel und Fribourg betroffen sind. Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit besonders im Rahmen des *3ème cycle* und zur Absprache über zu bearbeitende Gebiete steht für Rose ausser Frage. Wehren will er sich jedoch für die historisch gewachsenen Unterschiede zwischen diesen Fakultäten. Kooperationen gebe es derzeit zum Beispiel zwischen Zürich und Bern, zwischen Bern, Neuchâtel und Fribourg (Benefri), zwischen Genf, Lausanne, Fribourg und Neuchâtel (*3ème cycle*) und zwischen Bern und Luzern in verschiedenen Bereichen. Für solche Vorhaben sei die Evaluation der Geisteswissenschaften und der Theologie ein "ganz starker Impuls" gewesen, berichtet Rose. Die Zusammenarbeit mit der Religionswissenschaft findet im lokalen Kontext und auf persönlicher Ebene problemlos statt in "allen möglichen Formen des Zusammenspiels", wie Rose es ausdrückt. Diese Tatsache sollte nicht vergessen gehen angesichts offenbar immer noch bestehender Spannungen auf der institutionellen Ebene, wo sich die Fachgesellschaften in einem schmerzhaften, mancherorts auch konfliktreichen Ablösungsprozess befinden.

Während Rose den Rückgang der Studierendenzahlen unter anderem einer Verunsicherung in der Gesellschaft bezüglich der Rolle der Kirche zuschreibt, sieht er die Theologie bei der Untersuchung aktuell relevanter Probleme beteiligt. Beispiele sind die Ethik-Institute in Zürich und in der Westschweiz, wo eine Zusammenarbeit mit anderen Fächern wie der Medizin oder der Biologie stattfindet. Im Zuge der Diskussion über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und über die christlich-jüdischen Beziehungen ist das Institut für Judaistik in Luzern mehrmals an die Öffentlichkeit getreten. Im Institut für Hermeneutik in Neuchâtel schliesslich widmet man sich gegenwärtigen literarischen, musikalischen und künstlerischen Ausdrucksformen des religiösen Menschen. Schätzungsweise nehmen denn auch nur noch 60 Prozent der Absolventinnen und Absolventen eine Tätigkeit in den Kirchen auf. Andere Berufsfelder wie die Medien oder internationale Organisationen sind laut Rose in letzter Zeit zunehmend entdeckt worden. So ist auch die Theologie daran, den viel zitierten akademischen Elfenbeinturm zu verlassen. Verstärkte Bemühungen um eine Kommunikation mit der Öffentlichkeit in Form von Broschüren und öffentlichen Vorlesungen sind zusätzliche Zeichen dafür. Allein, unter Politikern und in der öffentlichen Meinung hält sich gemäss Roses Worten das Vorurteil hartnäckig, die Theologie sei eine Magd und "Zudienerin" der Kirchen. Von einem Einfluss der Kirchen auf die Theologischen Fakultäten kann aber, besonders im protestantischen Bereich, kaum noch die Rede sein (einzig in den römisch-katholischen Fakultäten gibt es noch eine

Mitsprache der kirchlichen Instanzen zum Beispiel bei der Berufung von Professoren). Rose berichtet vom Versuch der Theologischen Fakultäten, einen "wissenschaftlichen Dienst des Forschens und Nachdenkens für die Gesellschaft als Ganze zu leisten."

1.2.3 Judaistik

Gespräch mit Prof. Dr. Max Küchler, Mitglied im Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Judaistische Forschung

Die Judaistik in der Schweiz hat sich im Zuge der Diskussionen über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs in den letzten Jahren vor allem mit dem Thema Antisemitismus auseinandergesetzt. Diese thematische Konzentration verlieh dem Fach einen Aktualitätsbezug, führte aber auch zu einer einseitigen Verengung der Fragestellung. Die Entwicklung müsse wieder einen anderen Lauf nehmen, sagt Max Küchler, Professeur associé für Bibelwissenschaft an der Universität Fribourg und Mitglied im Vorstand der Schweizerischen Gesellschaft für Judaistische Forschung. Die Grundlagen für die Wiedererlangung eines breiteren Sichtwinkels sind in den letzten Jahren geschaffen worden. Zur Geschichte des Judentums existieren neue Grundlagenwerke. Zudem sind klassische Schriften wie die Kabbala durch gute Übersetzungen zugänglich gemacht worden. Die Forschung in der Schweiz war an dieser Arbeit beteiligt. So wird in Bern immer noch an einer Übersetzung von Midraschim-Schriften gearbeitet (deutende und spekulative Texte). In Luzern wird ein Langzeitprojekt zur Übersetzung jüdischer Gleichnisse und Parabeln verfolgt.

Die Schweizer Judaistik hat sich laut Küchlers Worten schon immer dem jüdisch-christlichen Gespräch verschrieben. Zu nennen sind die Herausgabe des dem religiösen Dialog gewidmeten "Freiburger Rundbriefes", die Tätigkeiten der Basler Stiftung für Kirche und Judentum, aber auch unzählige Gesprächskreise in einzelnen Kirchgemeinden. Ausstellungen etwa über die Handschriftenfunde in Qumran sind für Judaistinnen und Judaisten immer wieder eine Gelegenheit, mit Vorträgen an die Öffentlichkeit zu treten. Der Kontakt zwischen der Fachgesellschaft und der jüdischen Gemeinde ist nicht institutionalisiert, sondern wird von den einzelnen Mitgliedern getragen, die zum grössten Teil jüdischen Glaubens sind.

Wie das eingangs erwähnte Beispiel zeigt, ist das öffentliche Interesse starken Schwankungen unterworfen. Der Schritt von einer Diskussion aktueller Fragen zu einer tiefer gehenden Beschäftigung mit der Judaistik wird auch seitens Studierender in den Fächern Theologie und Religionswissenschaft eher selten gemacht, berichtet Küchler. Der sehr grosse Aufwand nur schon für das Erlernen der dafür notwendigen Sprachen mag dafür verantwortlich sein, aber auch Ängste, sich in einer sensiblen Zone des interkulturellen Austauschs zu exponieren. Forschende christlicher Herkunft sind bei dieser Tätigkeit immer auch mit Legitimitätsproblemen konfrontiert.

Neue Impulse hat die Judaistik durch die Intensivierung der religionswissenschaftlichen Forschung und Lehre an den Universitäten erhalten. Die Abkehr von einer konfessionsgebundenen Theologie, von der Küchler berichtet, habe das Judentum in den Blick gerückt und die Studierendenzahlen an judaistischen Lehrveranstaltungen an verschiedenen Universitäten auf eine sehr zufriedenstellende Höhe anwachsen lassen. Am neuen Fribourger Lehrstuhl für Religionswissenschaft ist die Judaistik ausdrücklich zu einem Teilgebiet des Faches erklärt worden. In Lausanne wird derzeit der Versuch unternommen, einen judaistischen Lehrstuhl mit Drittmitteln zu schaffen. Die Akquisition von Drittmitteln gestaltet sich, wie Küchler sagt, schwierig, exponieren sich doch Mitglieder der jüdischen Gemeinde erfahrungsgemäss nicht gerne als Bannerträger in eigener Sache. Die Aufgabe bleibe deshalb weitgehend "dem Flair und Enthusiasmus von Einzelpersonen" überlassen. Probleme gibt es im Hinblick auf die Wiederbesetzung des einzigen Judaistik-Lehrstuhls in der Schweiz in Luzern, da derzeit keine qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchsleute bereit stehen, das Amt zu übernehmen. Junge Forscherinnen und Forscher gezielt zu einer akademischen Karriere zu motivieren und entsprechend zu fördern, wäre laut Küchler in diesem Fach aber auch ein "zynisches" Unterfangen, existieren doch in ganz Europa gerade vier vollwertige judaistische Lehrstühle. Die

Nachwuchsförderung bleibt deshalb eine sehr persönliche und zeitlich auf die notwendigen Wiederbesetzungen gut abzustimmende Angelegenheit.

Allgemein sind laut Kuchler die Mittel der Universitäten für die Judaistik plafoniert worden. "Man kämpft, um nichts zu verlieren", lautet sein Fazit zur materiellen Situation. Kuchlers Wunsch wäre, dass die Universitätsträger mehr Mut zeigen würden, die sogenannten Orchideenfächer ausreichend zu dotieren. Denn wenn eine gesellschaftliche oder politische Aktualität plötzlich wieder gegeben ist wie jüngst durch die Fragen nach der Geschichte des Holocaust oder durch das Aufkommen von Sektenbewegungen, ruft die Öffentlichkeit nach dem Wissen gerade aus solchen Fächern.

1.2.4 Philosophie

*Gespräch mit Prof. Dr. Eduard Marbach, Präsident der
Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft*

Die im anglo-amerikanischen Raum seit Jahren verbreitete interdisziplinäre Forschung in Richtung einer "Naturalisierung von Geist und Bewusstsein" hat sich in der Schweiz noch nicht durchgesetzt. Diese Beobachtung macht Eduard Marbach, ausserordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft. Zwar gab es im vergangenen Jahr einen Versuch, im Rahmen einer Ausschreibung des Schweizerischen Nationalfonds ein nationales Kompetenzzentrum für kognitive Wissenschaften mit elf Teilprojekten zu gründen. Vor allem psychologische, philosophische, sprachwissenschaftliche und neurophysiologische Ansätze wären dabei zum Zuge gekommen; entsprechende Fachvertreter seien an dieser Eingabe beteiligt gewesen. Das Projekt sei aber wohl zu heterogen und anspruchsvoll gewesen, weshalb es keinen Zuschlag erhalten habe, berichtet Marbach. Die in diesem Rahmen geknüpften Kontakte bleiben jedoch bestehen, und ein neuer Anlauf soll mit einem besser eingegrenzten Projekt in einigen Jahren gewagt werden. Dass es sehr schwierig sein kann, einander über die Disziplinengrenzen hinweg zu verstehen, habe sich schon bei den Vorbereitungsarbeiten für dieses Projekt bestätigt. Es brauche viel Geduld, und hochspezialisierte Forscherinnen und Forscher mit ohnehin schon sehr vielen Verpflichtungen bringen diese Geduld nicht immer auf, zieht Marbach Bilanz.

Einen deutlichen Aufschwung hat in den letzten Jahren das Interesse an der Populärphilosophie genommen. Ein Interesse an einer Beschäftigung mit philosophischen Fragen auch über die vergleichsweise engen Grenzen von "Sofies Welt" hinaus ist an den Universitäten zu verzeichnen, wo Philosophie vermehrt als Nebenfach gewählt wird. In Bern beispielsweise sei die Philosophie dank vieler Studierender im Nebenfach neuerdings zu einem sogenannten "platzknappen" Fach geworden, sagt Marbach. Die Entwicklung fand indes in den Hauptfachstudien keinen Niederschlag, wofür gemäss Marbachs Vermutung die unsicheren Berufsperspektiven mitverantwortlich sind. Im Zuge der neuen Maturitätsverordnung (die der Philosophie als Schulfach an den Gymnasien mehr Platz einräumt) könnte es in Zukunft allerdings ein weiteres Wachstum der Studierendenzahlen geben.

Die Ergebnisse der Evaluation der Geisteswissenschaften sind im Kreis der Fachgesellschaft laut Marbachs Worten diskutiert worden. Dass die Expertinnen und Experten mehrheitlich aus der analytischen Schule gekommen seien, habe deren Kritik an einer angeblich zu einseitigen historischen Ausrichtung der Philosophie in der Schweiz zur Folge gehabt. Die historische Ausrichtung wolle und solle man aber nicht aufgeben, sei die Beschäftigung mit ihrer eigenen Geschichte doch ein grundlegender Teil der Philosophie überhaupt. Jedoch berichtet Marbach von Entwicklungen, die als Ergänzung zur traditionellen historischen Ausrichtung gesehen werden können. Bei neueren Ausschreibungen, seines Wissens besonders in der Westschweiz, sind die zeitgenössische und die systematische Philosophie vermehrt berücksichtigt worden. Auch die Ethik spielte bei Neubesetzungen eine grosse Rolle, zu nennen ist diesbezüglich auch das seit Jahren bestehende Ethik-Zentrum an der Universität Zürich. In Bern ist eine interfakultäre Professur für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte geschaffen worden.

Zu einem anderem Kritikpunkt der Evaluation: Probleme für den wissenschaftlichen Nachwuchs bestehen auch in der Philosophie weiter. Es ist für Marbach nach eigenen Worten "erschütternd", wie wenig private Mittel in der Schweiz für den akademischen Nachwuchs in Philosophie und Geisteswissenschaften zur Verfügung gestellt würden und in wie grossem Ausmass man in Kauf nehme, dass begabte Nachwuchsforscherinnen und -forscher ins Ausland gehen oder "auf der Strasse stehen." Von den Förderprofessuren des Nationalfonds hat Marbach gehört; es ist ihm jedoch nicht bekannt, ob in seinem Fachgebiet eine solche besetzt werden konnte. Dass die interuniversitäre Zusammenarbeit intensiver sein könnte, räumt Marbach ein. Seit kurzem werde denn auch eine mögliche Kooperation im Rahmen von Benefri (Bern, Neuchâtel, Fribourg) auch für die Philosophie konkret erwogen. Auch das Gespräch zwischen der Fachgesellschaft und dem Kollegium der Philosophieprofessorinnen und -professoren an Schweizer Universitäten sei geeignet, Synergien zu entwickeln. Als Damoklesschwert schwebt jedoch über allen diesen Bemühungen immer die Möglichkeit, dass Kooperationen zu Kürzungen der Mittel führen könnten, und wäre es auch nur im Bereich des administrativen Personals. Dass solches verhindert werden kann, ist Marbachs Hoffnung etwa mit Blick auf die vor kurzem erfolgte Gründung eines Departementes für Kulturwissenschaften an der Universität Bern, dem die Philosophie angehört. In diesem Rahmen ist vorgesehen, ausgewählte Lehrveranstaltungen zu koordinieren, und es ist ein interdisziplinäres Doktorandenkolloquium bereits in Gang gekommen, das abwechslungsweise unter der Leitung eines der beteiligten Institute durchgeführt wird.

1.2.5 Germanistik

Gespräch mit Prof. Dr. Alexander Schwarz, Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Germanistik

"Der Wunsch nach Freiheit ist stärker als der Wunsch nach Grösse". Mit anderen Worten ausgedrückt: Die seitens der Öffentlichkeit erhobene Forderung, gegenwartsbezogene Prioritäten zu setzen und Kooperationen einzugehen, trifft im Falle der Germanistik auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die lieber als "Einzelkämpfer" arbeiten. Zudem sind diese Forderungen mit der Funktion, der historischen Dimension und der bisherigen Arbeitsweise dieses Fachgebiets kaum kongruent. So lässt sich der Tenor eines Gesprächs mit Alexander Schwarz, Professor für Germanische Sprachwissenschaft an der Universität Lausanne und Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Germanistik, zusammenfassen.

Auch persönlich sieht Schwarz die Tendenz zu projekt- und leistungsbezogenen Finanzierungsmodellen eher als Gefahr für die germanistische Forschung denn als Chance. Basis dieser Tätigkeiten, so seine Überzeugung, seien individuelle, meist unbefragte Präferenzen, jedenfalls ein autonomer Umgang mit Information und ein autonomes Gewichten und Produzieren von Texten. In dieser Art autonomer und persönlicher Auseinandersetzung mit einer Materie sieht Schwarz Sinn und Ziel der germanistischen Ausbildung. Natürlich gibt es immer noch zahlreiche Tagungen und Publikationen, die sich vom ursprünglichen Ideal leiten lassen. Neben den eingangs erwähnten Forderungen der Öffentlichkeit gefährden aber auch universitätsinterne Entwicklungen das Germanistikstudium im umschriebenen Sinn. Namentlich die – besonders in der deutschen Schweiz – sehr grossen Studierendenzahlen sind diesbezüglich zu erwähnen.

Auch andere Probleme sind nennenswert. So gerät, wie Schwarz ausführt, die traditionelle Verbindung von Sprach- und Literaturwissenschaft unter Druck. Das Deutsche gehört in der EU nicht zu den favorisierten Sprachen; in der Romandie ist es zwar nach wie vor ein Selektionsfach an den Gymnasien, aber ein zunehmend unbeliebtes. Gleichzeitig – beziehungsweise genau aus diesen Gründen – wächst der Wunsch, die deutsche Sprache möglichst im Kontext aktueller Verwendungen wie dem Wirtschaftsleben zu lernen. Im Sinken begriffen ist gleichzeitig die Motivation zum Studium der deutschen Literatur.

Andere Probleme im Verhältnis zwischen der Linguistik und der Literaturwissenschaft sind hingegen weitgehend ausgeräumt. So gebe es zwischen den beiden Teilgebieten keine Berührungszonen und Grabenkämpfe mehr, die im Zuge des Linguistik-Booms der Sechziger Jahre geschürt wurden, berichtet Schwarz. Jubeln hingegen kann er dennoch nicht. Aus persönlicher Erfahrung weiss er, dass es möglich ist, dass auf die Ausschreibung eines auch internationalen, interdisziplinären Projekts nur eine Minderheit von Kollegen positiv reagiert. "Die Einzelkämpfer sind nach wie vor in der Mehrzahl", sagt Schwarz. Das heisst nicht, dass die Schweizer Germanistik insgesamt isoliert arbeiten würde. Ganz im Gegenteil: Der gegenseitige Austausch mit Deutschland und Österreich ist in Form von Herausgeberschaften von Zeitschriften, von Tagungen und auch bei der Besetzung von Professoren lebendig.

Dieser rege internationale Austausch scheint mit ein Grund zu sein, warum in die inner-schweizerische Kooperation in der Germanistik nicht besonders viel Energie investiert wird. Die Angst vor Provinzialität spielt dabei laut Schwarz eine gewisse Rolle. So gibt es seitens der Fachgesellschaft keine wissenschaftliche Zeitschrift. Konkrete Bestrebungen, allenfalls zusammen mit anderen Philologien die spezifische schweizerische Multikulturalität und Plurilingualität zu erforschen, sind nicht sehr häufig. Bei der Stiftung "Sprache und Kultur" mit ihrer Zeitschrift "Babylonia" seien immerhin viele Germanistinnen und Germanisten Mitglied, in Lausanne existiere ein Zentrum für literarisches Übersetzen, wo jedoch Ausbauversuche am Mangel an Mitteln scheiterten. Die Finanzierung eines Nachfolgeprojekts für den Trilateralen Forschungsschwerpunkt "Differenzierung und Integration" ist vom Nationalfonds abgelehnt worden. Neben dem fehlenden Willen von Fachvertretern macht Schwarz zu schwache nationale Impulse dafür verantwortlich, dass solche landesbezogene Themen von der Germanistik nicht häufiger aufgegriffen werden.

Die Bereitschaft in der Germanistik, sich mit der Evaluation der Geisteswissenschaften auseinanderzusetzen, sei wegen eines "Gemischs aus Desinteresse und Misstrauen" nicht sehr gross gewesen, berichtet Schwarz. Eine grosse Ausnahme jedoch gibt es. Im Nachgang zur Evaluation sei die Nachwuchsförderung erstmals zum Thema geworden. Jüngere Gesellschaftsmitglieder unternahmen es, einen Forderungskatalog zu erstellen, der schliesslich an die Akademie, den Nationalfonds und die Dekanate verschickt wurde. Aus Zürich ist bekannt, dass in der Seminarkonferenz Themen wie die Laufbahnplanung diskutiert wurden. Allerdings gibt es noch nichts über konkrete Verbesserungen zu berichten. Die Fachgesellschaft stellt neu eine Möglichkeit zur Verfügung, offene Stellen und Vertretungen im akademischen Bereich öffentlich auszuschreiben. Schwarz muss feststellen, dass davon bisher noch niemand Gebrauch gemacht hat. Die Idee, mit Neubesetzungen von Professorenstellen zuzuwarten, damit Nachwuchskräfte sich in der Zwischenzeit profilieren können, hat laut Schwarz unter Germanistinnen und Germanisten keinen Anklang gefunden. Eine wirkliche Veränderung der Strukturen zur Verbesserung der Situation des Nachwuchses sei nur möglich, wenn heutige Professorenstellen in Qualifikationsstellen umgewandelt würden, sagt Schwarz. Das sei jedoch ein Tabubereich. Infolge des Spardrucks waren in letzter Zeit vakante Professoren- und Mittelbaustellen gefährdet – oder sie verschwanden gänzlich aus den Etats der germanistischen Institute.

1.2.6 Romanistik

Gespräch mit Prof. Dr. Ottavio Lurati, Präsident des Collegium Romanicum

Die Romanistik ist daran, sich den Problemen der heutigen Gesellschaft zuzuwenden. Ottavio Lurati, Professor für Italienische Sprachwissenschaft an der Universität Basel und Präsident des Collegium Romanicum, zählt eine ganze Fülle von kürzlich abgeschlossenen oder laufenden Forschungsarbeiten in der Romanistik auf, die diese Entwicklung belegen sollen. Einige Beispiele von Themen seien auch hier genannt: Seit Jahren wird systematisch an der Erforschung der Sprache der Massenmedien gearbeitet; die Trivilliteratur und ihre Bedeutung in der Gesellschaft werden untersucht; die Literaturwissenschaft befragt vermehrt die gesellschaftliche Rolle der Literaturforschung; eine Studentin widmet sich dem Sprachgebrauch in den Chat-Rooms auf dem Internet; es existiert ein Forschungsprojekt über Sprache und Inhalt

von Internet-Zeitungen; schliesslich ist als weiteres Beispiel die Erforschung von Familien- und Ortsnamen zu nennen, die für die Identität der Menschen eine grosse Rolle spielen. Bedeutsam ist die Forschung über die Mehrsprachigkeit und den Fremdsprachenerwerb, die in Basel durch eine Gruppe um Prof. Dr. Georges Lüdi geleistet wird. Lurati verweist im Zuge dieser Aufzählung auf den interdisziplinären Charakter vieler der genannten Arbeiten.

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation der romanistischen Disziplinen nennt Lurati zwei gravierende Probleme. Er spricht einmal von einer regelrechten "Verfolgung durch die Bürokratie". Zu viel Zeit musste seiner Ansicht nach in den vergangenen Jahren aufgewendet werden für Administratives. Das Erarbeiten neuer Studienreglemente (mit einer Tendenz zur Verschulung des Studiums) und eine wachsende Zahl von Sitzungen in der Universität gehören dazu. Zum andern besteht ein gravierendes Nachwuchsproblem. Aus Luratis Sicht – er ist Mitglied der Nachwuchsförderungskommission seiner Universität – besteht es darin, dass die Ausbildung der Doktorierenden und Habilitierenden teilweise zu gründlich und generell entschieden zu langsam verläuft. Im internationalen Vergleich belaufe sich die "Verspätung" des Schweizer Nachwuchses auf rund fünf Jahre. Unter anderem aus finanziellen Gründen werden bei Berufungen jüngere Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt. Zwar gebe es nach wie vor Berufungen von Schweizerinnen und Schweizern auf Lehrstühle im Ausland, besonders in Deutschland. Die Ausstrahlung der hiesigen Universitäten nehme aber wegen des genannten Problems ab. Die Situation der Frauen unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs stellt aus Luratis Sicht keinerlei spezifischen Probleme. Das Collegium Romanicum vergibt im Herbst 2000 erstmals einen Nachwuchsförderungspreis je für eine Person aus der Linguistik und aus der Literaturwissenschaft, der mit 4000 Franken und einem Druckbeitrag für die Dissertation beziehungsweise für die Habilitationsschrift dotiert ist. Die Zahl von bisher 40 Anmeldungen kann als Zeichen für ein grosses Interesse an diesem Preis gewertet werden.

Eigentliche Geldprobleme kennt Lurati in seinem an den Universitäten vergleichsweise gut etablierten Fachgebiet nicht. Einzig die Drittmittel von Stiftungen und Sponsoren für Forschungsvorhaben haben laut seiner Beobachtung in letzter Zeit abgenommen.

Die Ergebnisse der Evaluation der Geisteswissenschaften sind in Romanistenkreisen gemäss Luratis Auskunft gründlich diskutiert und wenn möglich berücksichtigt worden. Neben gescheiterten Versuchen zur interuniversitären Kooperation gibt es laut Lurati "verschiedene Kontakte" unter Fachvertretern aller Universitäten, teilweise auch im Rahmen grösserer Forschungsvorhaben. International genieisse die Schweizer Romanistik einen guten Ruf, der Austausch mit Italien, Spanien, Frankreich, aber auch mit den USA sei intensiv.

Ein besonderes Thema in der Evaluation war die Forderung, in der kulturwissenschaftlichen Forschung vermehrt Eigenheiten der Schweiz zu berücksichtigen. Luratis Kommentar dazu lautet: "Das ist völlig realisiert worden." Wiederum nennt er eine Fülle von Forschungsarbeiten, darunter nicht nur die Wörterbücher, sondern auch neuere empirische Untersuchungen über die viersprachige Schweiz oder über die Situation der Sprachen in einzelnen Landesteilen, beispielsweise ein Wörterbuch des schweizerischen Französisch, das in Frankreich, Kanada und Belgien grosse Beachtung gefunden hat. Auch an der Alpenforschung ist die Romanistik beteiligt. Die im Rahmen der Evaluation aufgeworfene Idee, ein Institut auf nationaler Ebene zu gründen, das Bemühungen um die Erforschung von "Helvetizität" bündeln und koordinieren könnte, ist bisher nicht konkret weiterverfolgt worden. Der Grund dafür sei nicht etwa, dass man die Idee nicht unterstützen würde, meint Lurati. Vielmehr haben die Ereignisse und Entwicklungen der letzten Jahre keine Zeit gelassen, auch noch diesen Plan zu konkretisieren. Interuniversitäre Forschungsgruppen, die diese Idee bereits heute durch ihre Tätigkeit – wenn auch ohne festes institutionelles Kleid – verwirklichen, sieht Lurati viele am Werk.

1.2.7 Rätoromanische Studien

Gespräch mit Dr. Felix Giger, Vorstandsmitglied der Società Retorumantscha

Es gibt in der Schweiz praktisch keine Forschungsarbeiten über die Einführung der Dachsprache Rumantsch grischun im Kanton Graubünden. Dies bezeichnet Felix Giger, Chefredaktor des Dicziunari Rumantsch Grischun und Vorstandsmitglied der Società Retorumantscha, als eine der gravierendsten Lücken in der Erforschung der rätoromanischen Sprache und Kultur in der Schweiz. Unverständlich ist sie für Giger nicht zuletzt deshalb, weil er die Dotierung des Faches an den Universitäten als grundsätzlich zufriedenstellend beurteilt. Einzige Ausnahme allerdings stellt die zwischen ETH Zürich und Universität Zürich geteilte Professorenstelle dar, die seit dem Abgang Iso Camartins bis heute vakant geblieben ist – ein Umstand, den Giger harsch kritisiert, seien doch hervorragend qualifizierte Nachwuchsleute vorhanden gewesen. Generell sind aus seiner Sicht zu starre universitätsinterne Strukturen für diese Vakanz verantwortlich. (Kürzlich ist die Stelle nun öffentlich ausgeschrieben worden).

Die Grundlagen für die Sprachpolitik in Bezug auf das Rätoromanische seien mangels sozio-linguistischer Forschung praktisch nicht vorhanden, stellt Giger fest. Bedauerlich ist diese Tatsache nicht nur deshalb, weil dies zu Missverständnissen in der Öffentlichkeit führen kann. Bedauerlich ist sie auch, weil die Grundlagen für eine solche Forschung (wie beispielsweise Sprachaufnahmen aus verschiedenen Regionen Graubündens) vorhanden wären. Die Ausgangslage für die Forschung ist derzeit aber insofern schwierig, als die Spezialisierung innerhalb der Romanistik weiter voranschreitet. Dass von den Studierenden die Kenntnis dreier Sprachen verlangt werde, ist heute nicht mehr der Fall. Zudem dominieren die Methoden und Auffassungen der modernen Linguistik. Dies hat seine Auswirkungen auf die Arbeit am Dicziunari Rumantsch Grischun. Wie Giger berichtet, können Kenntnisse in historischer Grammatik und Lautlehre bei jüngeren Redaktorinnen und Redaktoren nicht mehr vorausgesetzt werden, weshalb zusätzliche Ausbildungsleistungen erbracht werden müssen (dazu auch das Gespräch mit Prof. Dr. I. Werlen).

Abgesehen davon geht es dem rätoromanischen Wörterbuch gemäss Gigers Beurteilung "sehr gut". Eine Wirkung der Evaluation der Geisteswissenschaften sei die Aufstockung der Stellen beim Wörterbuch gewesen (es wird von der Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, vom Bund und vom Kanton Graubünden getragen). Heute komme man mit 8 Personen auf 6,8 Stellen zügig voran. Die Arbeit ist seit 10 Jahren digitalisiert; der 10. Band (von geplanten 24 Bänden) soll im Laufe dieses Jahres erscheinen. Das Interesse der Öffentlichkeit an der Erforschung des Rätoromanischen hat laut Giger in letzter Zeit zugenommen. Äusserlich sichtbar ist diese Entwicklung unter anderem an den steigenden Studierendenzahlen und an erfreulichen Auflagezahlen selbst von Titeln aus der Fachliteratur. Der folgende "psychologische Effekt" könnte dabei laut Giger eine Rolle spielen: Hinter einer Kleinsprache wird eine kleine, übersichtliche Welt vermutet, die in einer Zeit der gesellschaftlichen Verunsicherung und Neuorientierung attraktiv erscheint. Seit der Öffnung der Grenzen gegen Osteuropa bestehen vermehrte Kontakte etwa nach Rumänien oder nach Russland, wo das Rätoromanische ebenfalls Gegenstand des Forschungsinteresses ist.

1.2.8 Hispanistik

Gespräch mit Prof. Dr. Irene Andres-Suárez, Präsidentin der Sociedad suiza de estudios hispánicos

An einer Tatsache kann in den Diskussionen über Forschung und Lehre im Bereich der Hispanistik nicht vorbeigesehen werden: In der abendländischen Welt ist das Spanische – noch vor dem Englischen – die am meisten verbreitete Muttersprache. Dabei wächst die spanischsprachige Bevölkerung beispielsweise in den USA fünfmal schneller als die englischsprachige. Mit diesen Feststellungen beginnt Frau Irene Andres-Suárez, Professorin für Spanische Sprache und Literatur an der Universität Neuchâtel und Präsidentin der Sociedad suiza de estudios hispánicos, das Gespräch.

Zwar ist das Fach an allen Schweizer Universitäten mit einem Lehrstuhl oder mit zwei Lehrstühlen vertreten (insgesamt 11 ganze und zwei halbe Lehrstühle in der Schweiz). Angesichts des ständigen Wachstums der Studierendenzahlen wäre es jedoch nötig, deutlich mehr Professorinnen und Professoren anzustellen, sagt Frau Andres-Suárez; die Studierenden nähmen jährlich zwischen 10 und 20 Prozent zu. Der wachsende touristische, aber auch wirtschaftliche Austausch mit Lateinamerika trage zu dieser Entwicklung massgeblich bei. Auch die neue Maturitätsverordnung ist ein Grund für dieses Wachstum.

Angesichts seiner Bedeutung ist das Fachgebiet aus Sicht der Präsidentin der Sociedad in der Evaluation unangemessen und unglücklich behandelt worden (nämlich lediglich als ein Teil der Romanistik). Auch sei die Sicht einseitig auf die Linguistik konzentriert gewesen, was deshalb problematisch sei, weil die Mehrzahl der Spanisch-Lehrstühle in der Schweiz der Literatur oder zumindest beidem, der Literatur und der Linguistik, gewidmet seien. Portugiesisch – dies zur Ergänzung – wird in Zürich, Basel und in Fribourg unterrichtet, Katalanisch in Basel und Fribourg.

Notwendig für ein angemessenes Angebot wären an jeder Universität je ein Lehrstuhl für Sprache und für Literatur und ein Ausbau der Mittelbau-Stellen. Bei 90 Prozent der Professoren in der Schweiz handelt es sich heute um Ausländerinnen und Ausländer. Die Chancen für den schweizerischen Nachwuchs seien damit weitgehend verbaut, meint Frau Andres-Suárez – dies, obwohl es nicht an den sprachlichen Voraussetzungen fehle. Auch bei den jüngsten Lehrstuhlbesetzungen kamen Ausländer zum Zug. Eine Reziprozität an ausländischen Universitäten für Schweizerinnen und Schweizer gibt es dabei aber nicht.

Abgesehen von gemeinsamen Lehrangeboten innerhalb der Kooperation "Benefri" sind der interuniversitären Zusammenarbeit Grenzen gesetzt: Frau Andres-Suárez nennt als Gründe die grossen Studierendenzahlen und die je verschiedene Spezialisierung der Lehrenden und Forschenden. Die Notwendigkeit eines gemeinsamen schweizerischen Forschungszentrums unterstreicht die Präsidentin der Fachgesellschaft, weiss aber von keinen Plänen zur Realisierung. Nicht zuletzt dank Internet und dem E-Mail-Verkehr sei es heute fast einfacher, mit Forscherkolleginnen und -kollegen im Ausland zusammenzuarbeiten, die eine ähnliche Spezialisierung aufweisen. Dieser internationale Austausch sei denn auch sehr rege. Institutionalisiert ist innerhalb der Schweiz das von der Fachgesellschaft organisierte jährliche Treffen zu einem Thema. Der Austausch mit ausseruniversitären Organisationen ist besonders im Fall der spanischen Botschaft relativ intensiv. Obwohl man einer Zusammenarbeit mit Privatunternehmen gegenüber offen sei, habe sich in dieser Beziehung bisher eher wenig getan – sieht man von den vielen Studierenden ab, die nach dem Studium des Spanischen nicht nur im diplomatischen Korps, sondern auch in Banken und Versicherungen arbeiten und ihre kulturwissenschaftlichen Kenntnisse auf diese Weise in die Praxis einbringen können.

1.2.9 Anglistik

Gespräch mit Prof. Dr. Balz Engler, Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft der Anglisten

"Die Hektik der letzten Jahre nützt der Wissenschaft nicht." Die Aussage stammt von Balz Engler, Professor für Englische Literatur an der Universität Basel und Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft der Anglisten. Er sieht hinter dem "unglaublichen Reform- und Aktivitätsdruck" an den Universitäten massgeblich einen "marktbedingten Zwang" zu einer Form der Legitimation, die den Geisteswissenschaften nicht angemessen sei. Auch bei der seinerzeitigen Evaluation des Schweizerischen Wissenschaftsrates handelte es sich seiner Ansicht nach nicht nur um eine Massnahme, um die Situation zu verbessern, sondern auch um einen Versuch, diesem Wissenschaftsbereich eine bestimmte Form der Legitimation aufzuzwingen. Die Evaluationsergebnisse seien in der Anglistik, die in der Evaluation nicht berücksichtigt wurde, zwar zur Kenntnis genommen, aber nicht intensiver diskutiert worden.

Diese kritischen Töne sind allerdings nur die eine Antwort Englers auf die Frage nach den wichtigsten Veränderungen der letzten Jahre in seinem Fachgebiet. Positiv zu vermerken ist gemäss seinen Worten eine bisher in diesem Ausmass unbekannte Vernetzung der Forschung in Europa. Sie zeigt sich einmal in einer fleissigen Benutzung von Austauschmöglichkeiten mit ausländischen Universitäten durch Studierende. Im Austausch unter Forschenden spielen der "europäische Gedanke" eine zentrale Rolle. Engler nennt als Beispiele das Kongressthema "Shakespeare in Europe" und ein Forschungsprojekt über die europäische Geschichte der Anglistik. Diese Internationalisierung ermöglicht haben unter anderem die elektronischen Kommunikationsmittel; nach längerem Zögern ist laut Engler bei deren Verwendung nun der Durchbruch gekommen. Selbst in der Lehre am eigenen Institut würden heute E-Mails eingesetzt. Noch zuwenig genutzt sieht der Literaturwissenschaftler die Publikationsmöglichkeiten auf dem Internet, wobei er dies massgeblich einer mentalen Einstellung zuschreibt: "Papier ist immer noch heilig."

Nicht zuletzt angesichts des dynamischen internationalen Forschungsgeschehens will Engler nicht von einer spezifischen "Schweizer Anglistik" sprechen. Wissenschaftspolitischen Versuchen, im Inland Kooperationen zu forcieren, steht er eher kritisch gegenüber. Mit Blick auf den Nachwuchs legt er mehr Gewicht auf Vielfalt, die Ausbildung persönlicher Unverwechselbarkeit und auf das Knüpfen eines internationalen Bezugsnetzes. Hinter der Forderung, sogenannte "Gegenwartsfragen" zu bearbeiten, stehen seiner Ansicht nach Klischeevorstellungen. Die Aufgabe der Kulturwissenschaften besteht für ihn zunächst einmal darin sehen zu lernen, was Gegenwartsfragen überhaupt sind. Und: "Man sollte lieber zukunftsrelevant als gegenwartsrelevant sein." Die Forderung, Anglistinnen und Anglisten sollten sich mit ihrer Tätigkeit vermehrt in der Öffentlichkeit exponieren, unterstützt Engler.

Englers Meinung ist, dass für die Nachwuchsförderung nicht unbedingt zuwenig getan wird, sondern dass tendenziell das Falsche getan wird. Als einen Hauptgrund für die häufigere Besetzung von Lehrstühlen durch Ausländerinnen und Ausländer sieht er in seinem Fach in der Überlegenheit muttersprachlicher Fachpersonen. Dies zeige sich in besonders prekären Ausmass in der französischen Schweiz. Generell beschneidet die geringe Grösse des akademischen "Arbeitsmarktes" in der Schweiz die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, was wiederum für die Westschweiz in besonderer Weise gilt. Eine andere Ursache für das Nachwuchsproblem ist die nach wie vor bestehende Lücke in der Stellenstruktur im Bereich des oberen Mittelbaus. Statt einer breiten Förderung empfiehlt Engler die intensivere Förderung von weniger Nachwuchsleuten, wofür es insgesamt nicht unbedingt mehr Mittel als heute brauchen würde. Unfair sei der Unterschied zwischen den Arbeitsbedingungen jener, die vom Nationalfonds in den USA oder Grossbritannien gefördert werden und jener, die in der Schweiz Assistierendenstellen innehaben, an denen administrativen Arbeiten erledigt werden und Unterrichtspensen geleistet werden müssen.

Nach Englers Ansicht werden zwei an sich unabhängige Forderungen häufig miteinander vermischt, nämlich diejenige nach einer besseren Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in der Forschung und diejenige nach einem Ausgleich ungerechter Geschlechtervertretungen auf den akademischen Stellen. Die Erhöhung des Frauenanteils im Lehrkörper gehe in den Geisteswissenschaften zwar langsam vor sich, aber doch rascher als an anderen Fakultäten, stellt Engler fest.

1.2.10 Nordamerikanistik

*Gespräch mit Prof. Dr. Fritz Gysin, Präsident der
Swiss Association for North-American Studies*

Das Konzept von "area studies", dessen Anwendung bei der Evaluation der Geisteswissenschaften in der Schweiz empfohlen wurde, ist aus Sicht eines Kenners der nordamerikanischen Forschung überholt. Seit den 50er Jahren in den USA angewendet, sei diese Art, Interdisziplinarität zu üben, zunehmend Gefahr gelaufen, sich ins Amateurhafte zu entwickeln, berichtet Fritz Gysin, Professor für Amerikanische Literatur an der Universität Bern und Präsident der Swiss Association for North-American Studies. Grund dafür sei, dass die Forschenden in keinem Fachgebiet wirklich zu Hause seien. Zu den wichtigsten Erscheinungen in der Nordamerikanistik der letzten Jahre gehört als Reaktion darauf die Entwicklung neuer Forschungsansätze, die sich von den "area studies" unterscheiden. Laut Gysins Worten sind es vor allem eine solide Basis in einem Fach wie der Englischen Literaturwissenschaft und ein überregional vergleichendes Vorgehen, welche diese neuen Ansätze auszeichnen. Europäische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, unter ihnen massgeblich auch solche aus der Schweiz, sind bei der Entwicklung dieser Ansätze führend tätig.

Was die meist von Literaturwissenschaftlern betriebene nordamerikanistische Forschung in der Schweiz betrifft, ist eine besondere Betonung der Kultur von Minoritäten in Nordamerika zu verzeichnen. So stehen beispielsweise die afroamerikanische, die sinoamerikanische und die indianische Literatur Amerikas im Zentrum des Interesses. Auf europäischer Ebene wurde – und dies ist ebenfalls als Zeichen der Abwendung von den "area studies" zu verstehen – ein Kollegium für afroamerikanische Forschung gegründet. Seit Beginn der neunziger Jahre ist der Austausch mit amerikanischen Kolleginnen und Kollegen intensiver geworden, berichtet Gysin. Das interdisziplinäre Gespräch, das zu den Nordamerika-Studien zweifellos wesentlich dazugehört, wird laut Gysins Worten gegenwärtig durch die fehlende Kapazität von Vertretern anderer Fächer behindert. Das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit an dem Fachgebiet ist eher beschränkt, dies vor allem wegen des Gebrauchs des Englischen in der Wissenschaft und wegen des Fehlens deutscher Übersetzungen von Werken aus den oben erwähnten, sich derzeit sehr dynamisch entwickelnden Literaturen.

Die vom Nationalfonds angebotene Möglichkeit, Schwerpunktprogramme zu beantragen, wird von Gysin als für die Geisteswissenschaften untauglich erachtet, weil solche Projekte zu umfangreich und zu detailliert umschrieben sein müssten. "Es sollte mit viel kleinerer Kelle angerichtet werden", lautet sein entschiedenes Votum. Ein zu grosser Zeitbedarf für die Vorbereitung der Eingabe, zu viel Aufwand für die Organisation eines Projekts und ein unangemessener Versuch, die Forschungen inhaltlich "über einen Leisten zu schlagen", sind seine wesentlichen Einwendungen gegen diese Art von Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung.

Für den demnächst anstehenden Generationenwechsel auf den Lehrstühlen gibt es genügend hochqualifizierten Nachwuchs. Zweierlei Probleme sieht Gysin aber dennoch. Einerseits sei es schwierig geworden, Studierende zu einem Doktorat zu motivieren, weil der Studienabschluss oft erst relativ spät erfolge und das Ansehen des Titels in den Gymnasien und in der Wirtschaft gesunken sei. Andererseits weist Gysin auf das Problem fehlender Stellen nach der Habilitation hin. Die vom Bund angebotenen Assistenzprofessuren seien nicht nur in ungenügender Zahl vorhanden. Gysin kritisiert auch das dahinter liegende Konzept. In dieser Phase einer wissenschaftlichen Laufbahn müsse jemand publizieren und an Kongressen auftreten, weshalb es ein Unsinn sei, den Antrag für eine Assistenzprofessur mit steigenden Studierendenzahlen begründen zu müssen. Bezahlte Stellen für Doktorierende, wie sie in den Naturwissenschaften und in der Industrie üblich seien, sähe Gysin als eine sinnvolle Massnahme der Nachwuchsförderung an.

Das amerikanische forschungspolitische System soll nicht mehr länger als Vorbild für die Schweiz angesehen werden, fordert Gysin vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen in den USA. Wettbewerb unter Hochschulen als Ersatz für fehlende Finanzmittel einführen zu

wollen, sei für die Betroffenen demotivierend. Der Aufwand für die Akquisition von Drittmitteln ist im geisteswissenschaftlichen Bereich unverhältnismässig gross; es fehlt auch an einer entsprechenden Schulung der Personen. Diese Arbeiten durch Professoren erledigen zu lassen, ist in Anbetracht der Höhe ihrer Löhne aus Gysin's Sicht nicht sinnvoll.

1.2.11 Altertumswissenschaften

Gespräch mit Prof. Dr. Heinz-Günther Nesselrath, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Altertumswissenschaften

Der Kampf um die Verteilung der materiellen Mittel und Veränderungen in der Einstellung gegenüber alten Sprachen sind die beiden wichtigsten Probleme, mit denen sich die Altertumswissenschaften in der Schweiz in den letzten Jahren auseinandersetzen mussten. Die Tendenz, die Kapazitäten in diesen Fächern an den Universitäten abzubauen, sei in der Schweiz zwar noch nicht so stark wie beispielsweise in Deutschland, aber ebenfalls spürbar, sagt Heinz-Günther Nesselrath, Professor für Klassische Philologie an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Altertumswissenschaften. "Das Problem lauert aber immer irgendwo im Busch", berichtet er. So gab es vor seiner eigenen Berufung nach Bern Diskussionen um die Weiterführung dieses einen von zwei Lehrstühlen für Altphilologie an der Universität.

Hintergrund von Reduktionsforderungen seitens der Politik sind die relativ niedrigen Studierendenzahlen. In Zukunft könnte es noch weniger Studierende geben; mit den im Zuge des neuen Maturitätsreglementes erweiterten Wahlmöglichkeiten in den Gymnasien dürfte ihre Zahl ganz besonders im Altgriechischen zurückgehen. Zu dieser Vermutung sieht sich Nesselrath angesichts der Entwicklungen in Deutschland veranlasst. Entsprechend könnte sich der Druck auf eine Redimensionierung der Stellendotierungen an den Universitäten noch erhöhen.

Bestrebungen, den Nutzen eines altphilologischen Studiums im Berufsleben ausserhalb der Schule zu eruieren und darzustellen, sind seitens der Fachgesellschaft und des Altphilologenverbandes in Form einer Umfrage unter Absolventinnen und Absolventen im Gang. Ebenso bemüht man sich an den Mittelschulen um intensivere Informationen für Schülerinnen und Schüler im 7. Schuljahr über die Konsequenzen der Wahl von Sprachfächern im Hinblick auf das spätere Studium.

Nicht nur in der Mittelschülerschaft, sondern auch im akademischen Bereich geht das Verständnis für die alten Sprachen mehr und mehr verloren. Nesselrath macht dafür in erster Linie einen "grassierenden Utilitarismus" verantwortlich. Angesichts der offensichtlichen Nützlichkeit etwa des Englischen, Französischen oder Spanischen in der modernen Welt haben es die alten Sprachen schwer. Aufgabe der Fachvertreter ist es, die "indirekte Nützlichkeit" um so mehr herauszustreichen. Nesselrath spricht davon, dass das Latein- und Griechischstudium den analytischen Zugang zu Sprachen überhaupt ermögliche, vergleichbar etwa den Effekten der Beschäftigung mit Mathematik im Bereich des logischen Denkens. Den Sinn für solche Zusammenhänge zu schärfen, ist wohl eine der wichtigsten Aufgaben, die im Interesse des Fachgebiets wahrgenommen werden müssen.

Die Evaluation der Geisteswissenschaften ist unter Altertumswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern zur Kenntnis genommen worden; reale Auswirkungen kann Nesselrath aber kaum erkennen. Das Nachwuchsproblem hängt für ihn wesentlich mit der eingangs angesprochenen Frage nach den materiellen Mitteln zusammen. Assistierenden Feedbacks auf ihre Arbeiten zu geben und Kontakte zu vermitteln, genüge eben nicht, sagt er. Auch nach der Evaluation sind nicht mehr Mittel geflossen. In der Berner Fakultät habe man immerhin Verbesserungsvorschläge zugunsten des Nachwuchses eingebracht. Sie betrafen unter anderem Semester ohne Lehrverpflichtungen für die Assistierenden.

Das gemeinsame Aufgreifen allenfalls auch neuer Themen – im Rahmen der Evaluation war beispielsweise von mittellateinischen Forschungen unter besonderer Berücksichtigung der

Schweiz die Rede – wird gemäss Nesselraths Worten massgeblich durch den Mangel an Kapazitäten verhindert, der angesichts der Grösse der zu bearbeitenden Zeiträume um so mehr spürbar ist. Behindernd für Kooperationsvorhaben ist zudem, dass in anderen Randbereichen wie der frühromanistischen Forschung in letzter Zeit Sparschnitte erfolgten. Die "Benefri"-Kooperation in der Westschweiz erstreckt sich auch auf die Altertumswissenschaften. So gibt es neu ein gemeinsames Doktorandenkolloquium der Institute für Klassische Philologie der Universitäten Bern, Neuchâtel und Fribourg (jeweils dreimal pro Semester) und Austauschvorlesungen. Die Sprachbarriere zwischen französischer und deutscher Schweiz behindert den Austausch aber vor allem noch auf der Ebene der Studierenden. Hemmend auf Kooperationsprojekte wirkt sich auch aus, dass hinter einschlägigen Aufrufen seitens der Behörden – wohl nicht zu Unrecht – die Absicht vermutet wird, später einmal Mittel einzusparen. Genau dies wollen die Fachvertreter natürlich unter allen Umständen verhindern.

Eine erfreuliche Entwicklung stellt aus Nesselraths Sicht die Tatsache dar, dass die elektronischen Medien die Zusammenarbeit im In- und Ausland enorm erleichtert haben und auch sehr stark anwachsen liessen. Es gibt auch in der Althilologie bereits elektronische Zeitschriften. Dadurch ist die Vernetzung der schweizerischen Forschung mit dem Ausland noch einmal intensiver geworden, was Nesselrath positiv beurteilt.

1.2.12 Altorientalistik

Gespräch mit PD Dr. Christoph Uehlinger, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft

Das Interesse seitens der Öffentlichkeit wie auch seitens Studierender an den Fachgebieten Ägyptologie, Assyrologie, Vorderasiatische Archäologie und an der Bibelwissenschaft ist vorhanden und ruft danach, dass eine Minimalausstattung an den Universitäten gewährleistet ist. Diesbezüglich ist erfreulich, dass in Genf ein vakanter Lehrstuhl in Assyrologie zumindest als Teilzeitstelle wiederbesetzt worden ist, wie Christoph Uehlinger, Privatdozent an der Universität Fribourg und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Orientalische Altertumswissenschaft, berichtet. In Zürich hingegen soll diesen Herbst ein Extraordinariat in einen Lehrauftrag umgewandelt werden. Ansonsten waren in den letzten Jahren Uehlingers Angaben zufolge keine gravierenden Einsparungen hinsichtlich der Stellendotation zu verzeichnen gewesen. Der Spardruck sei aber bei den Oberassistenten und Assistenten deutlich spürbar.

Die Minimalausstattung, die Uehlinger fordert, beläuft sich sowohl für die Gebiete Ägypten und Sudan wie auch für Mesopotamien und die Randgebiete auf je einen Lehrstuhl für Archäologie einerseits und für Literaturwissenschaft, Religion und Kulturgeschichte andererseits. Dies gälte dabei für die deutsche und die französische Schweiz gleichermassen, was landesweit acht Lehrstühle erfordern würde. Angesichts der kantonalen Universitätshoheit und der binnenfakultären Auseinandersetzungen um Mittel wäre es nach Ansicht des Präsidenten der Fachgesellschaft Sache der Bundesinstanzen, diese Minimalausstattung zu gewährleisten. Derzeit werde mit einigem Erfolg versucht, an Universitäten ohne vollamtliche Ordinariate wie beispielsweise Zürich, Neuchâtel oder Fribourg mit Lehrbeauftragten den Studierenden einen Einstieg in gewisse Fächer zu ermöglichen. In diesem Sinne scheint die Koordination unter den Universitäten in der Schweiz einige Früchte zu tragen. Bei der Forschung lassen sich die Fachvertreter aber weitgehend von ihren persönlichen Interessen und Spezialisierungen leiten. Dank elektronischer Kommunikationsmittel hat – ganz im Gegensatz zur nationalen Kooperation – der internationale Austausch enorm zugenommen. So arbeitet der Bibelwissenschaftler Uehlinger sehr nahe mit Kollegen beispielsweise aus Amerika und Israel zusammen.

Nur qualifizierte Kräfte können dafür sorgen, dass Sammlungsgut aus Museen und Instituten in der Öffentlichkeit ausgestellt, dokumentiert und erläutert werden kann. Und bezüglich solcher Ausstellungen – sie fanden in letzten Jahren über Ägypten und Syrien statt – berichtet Uehlinger von einem sehr grossen Publikumsinteresse. Die bis in die Renaissance zurück-

gehende Ägyptophilie, die Faszination durch die Tempel und Götterstatuen, gebe es immer noch. In Mesopotamien finden sich erste Zeugnisse von Landwirtschaft, Handwerk, Verwaltung und Schrift. Die Forschung profitiert entsprechend von der Aura der "Ursprünge", aber auch von der neuen Reflexion über mediengeschichtliche Zusammenhänge. Zusätzlich spielen heute laut Uehlinger auch spirituell-esoterische und psychoanalytische Bewegungen eine Rolle. Museen werden zu einer Art "Kulturkirche". Wichtig ist, dass man auf diese Interessenlagen mit fundiertem und strukturiertem Wissen antworten kann: Altorientalische Wissenschaften erhalten ein Mandat zur Sinnvermittlung.

Die Ergebnisse der Evaluation der Geisteswissenschaften wurden durch die Fachgesellschaft bekannt gemacht. Es entstand seitens Uehlingers aber nicht der Eindruck, dass diese Berichte in den Diskussionen um die Neubesetzung von Lehrstühlen eine Rolle spielten. Die durch den Bund finanzierten Nachwuchsstellen sind, so Uehlinger, lediglich Notmassnahmen, die einer gewissen Zahl von Leuten für eine gewisse Zeit etwas nützen. Erforderlich wären strukturelle Änderungen wie Forschungsstellen oder Finanzpools von Universitäten für Habilitationstellen.

1.2.13 Slavistik

Gespräch mit Prof. Dr. Jochen-Ulrich Peters, Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Slavisten

Die Slavistik befindet sich an allen Schweizer Universitäten, an denen sie als Fach betrieben wird, in einem Wandel, der in die Richtung des Konzeptes der "area studies" geht. Die Bemühung um eine Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit ist das prägende Merkmal dieses Wandels. Darauf angesprochen, woran dieser – von ihm selber konstatierte – Wandel konkret sichtbar wird, nennt Jochen-Ulrich Peters, Professor für Slavische Philologie an der Universität Zürich und Präsident der Schweizerischen Akademischen Gesellschaft für Slavisten, im wesentlichen folgende Neuerungen der letzten Jahre: In Fribourg wurde ein sogenannter Integrierter Studiengang "Ost- und Mitteleuropa" eingerichtet, in dessen Rahmen nicht nur die Slavistik, sondern auch die Kulturphilosophie und Politologie, Ostrecht, Ostethnologie und Ostkirchenwissenschaft zum Zuge kommen. Ebenfalls in Fribourg ist die Slavistik am Diplomstudiengang für sozialwissenschaftliche Studien beteiligt. In Zürich werden Bestrebungen, zusammen mit St. Gallen und Basel einen Studiengang nach dem Fribourger Modell einzurichten, trotz vorläufigen Scheiterns längerfristig weiterverfolgt. Hier hat die Zusammenarbeit mit Osteuropa-Historikern aber ohnehin Tradition. Sie wird laut Peters' Worten auf jeden Fall intensiv weitergeführt.

Für die slavische Philologie bedeutet der Wandel Richtung "area studies" keinen Rückfall in die alte "Landeskunde". Vielmehr umschreibt Peters die Aufgabe dahingehend, es würden "an Texten neuere kulturelle Entwicklungen studiert", so beispielsweise der Umbruch während der Perestrojka-Ära in der ehemaligen Sowjetunion. Während sich an der traditionellen Konzentration der sehr knapp dotierten Westschweizer Lehrstühle auf die russische Sprache, Literatur und Kultur nichts ändert, ist in der deutschen Schweiz eine inhaltliche Verschiebung der Slavistik selber zu beobachten. So wird neben der Russistik in Zukunft vermehrt auch die Polonistik und die Bohemistik (Studien über die tschechische und slowakische Kultur) gepflegt. Die in der Evaluation erhobene Forderung nach einer Berücksichtigung des Serbokroatischen ist insofern erfüllt worden, als die Südslavistik am Berner Lehrstuhl stärker gewichtet werden soll und in Zürich regelmässig Kurse und Seminare zur kroatischen und serbischen Sprache und Literatur angeboten werden.

Deutlich verändert hat sich in den letzten Jahren das öffentliche Interesse am Fach. So rege, wie es während den Umbrüchen der Gorbatschow-Ära war, ist es heute nämlich nicht mehr. Peters umschreibt die Situation heute als eine gewisse "Durststrecke". Solche Phasen habe es in der Geschichte des Faches je nach politischer Situation immer wieder gegeben. Wenn auch unter Präsident Putin mittelfristig wieder eine Orientierung Russlands nach Europa erwartet werden könne, herrsche derzeit noch Verunsicherung über den Kurs. In Russland selber sind die nationalistischen Strömungen deutlich erstarkt. Diese Verunsicherung hat für das Fach etliche

Folgen. So sind die Studierendenzahlen im Vergleich zur Perestrojka-Zeit gesunken und verharren laut Peters nun auf niedrigerem Niveau. Eine Stagnation lässt sich auch bezüglich der Schülerzahlen im Russischen auf Mittelschulstufe verzeichnen. Peters lobt aber den Willen der Kantone, wenn nötig auch Kleinklassen zu führen. Der unter anderem auf Stipendien basierende Austausch von Studierenden und der Kontakt unter Forschenden ist im Zuge der politischen Entwicklung in Russland deutlich zurückgegangen. Hier sind praktisch nur noch persönliche Netzwerke vorhanden. Die Berufsaussichten für Absolventinnen und Absolventen sind gemäss Peters' Beobachtung deutlich schmaler geworden, wenn auch der Bedarf von diplomatischem Dienst und Privatunternehmen, aber auch in der Publizistik und in der Forschung nicht zu unterschätzen ist.

Schmalere Berufsperspektiven – zu diesem Thema gehört selbstredend auch die Tatsache, dass auch im akademischen Bereich die Möglichkeiten für Absolventinnen und Absolventen beschränkt sind. Peters verweist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit, zeitlich befristete Professuren zwischen der Habilitation und der Berufung auf ein Ordinariat sowie Junior-Professuren für den unteren Mittelbau zu schaffen. Die Forschungsprofessuren des Nationalfonds seien ein sinnvolles Angebot, allerdings sei die Ablehnungsquote relativ hoch: ein kleines Fach wie die Slavistik habe zwangsläufig eine geringere Chance, hier oder auch bei den wenigen Assistenzprofessuren an den Universitäten berücksichtigt zu werden. Gedanken in Richtung der Abschaffung der Habilitation als Voraussetzung für eine Berufung steht Peters offen gegenüber. Im Vergleich zu den deutschen Verhältnissen hat es seiner Ansicht nach der Nachwuchs in der Schweiz schlechter.

1.2.14 Skandinavistik

Gespräch mit Prof. Dr. Jürg Glauser, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Skandinavische Studien

"Die Skandinavistik gibt es nicht." Damit ist nicht nur angedeutet, dass unter dieser Fachbezeichnung Disziplinen zusammengefasst werden, die sich auf unterschiedliche Sprachen und Kulturen beziehen. Die Feststellung bekommt angesichts einer Öffnung der Skandinavistik gegenüber Nachbarwissenschaften und angesichts neuer interdisziplinärer Arbeitsformen auch einen zusätzlichen aktuellen Sinn. Sie stammt von Jürg Glauser, Professor für Nordische Philologie an den Universitäten Zürich und Basel und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Skandinavische Studien. Glauser sieht in der Öffnung des Faches eine Entwicklung "von der Philologie zur Kulturwissenschaft". Er räumt dabei ein, dass der Begriff von Kulturwissenschaften ein überaus schillernder ist. Aus seiner Sicht bezeichnend an der Entwicklung jedoch ist, dass das eigene Fach zwar an Profil verliert, in der Zusammenarbeit mit anderen Fächern aber sichtbar werde, dass es ähnliche Bedürfnisse und Fragestellungen thematischer und methodischer Natur gibt.

Als Beispiel für diese Tendenz kann das jüngste, von Glauser mitinitiierte Graduiertenkolleg "Unfester Text" gelten, das von den Universitäten Zürich, Basel und Bern veranstaltet wurde und an dem Graduierte aus Mediävistik und Anglistik, Germanistik, Nordistik und Komparatistik teilgenommen haben. Ein neues interdisziplinäres Forschungsprojekt soll wiederum mit Unterstützung des Nationalfonds anlaufen und sich auf Transmissionsphänomene in frühneuzeitlichen Texten beziehen.

Die Entwicklung zur Kulturwissenschaft steht auch im Zeichen eines gestiegenen Legitimationsdrucks auf die geisteswissenschaftlichen Fächer innerhalb und ausserhalb der Universitäten. Andere Wissenschaften wie Biologie und Ökonomie hätten eben, so Glauser, die "Leitfunktion" übernommen. Die etatmässige Dotierung der Skandinavistik war schon immer sehr knapp. Neu beschränken nun auch Bürokratie und Hierarchisierung die Forschungstätigkeit. Sie sind aus Glausers Sicht eine Folge der – an sich positiv zu beurteilenden – Autonomisierungsprozesse, in denen sich die Universitäten befinden. Die Bürokratisierung ist eine Hürde speziell auch für die Lancierung interdisziplinärer Forschungsprojekte. Das Stellen von

Gesuchen ist aufwendig, was in den "Einpersonenbetrieben", als welche viele Lehrstühle angesehen werden müssen, um so negativer ins Gewicht fällt. Eine Gefahr bei der Bestrebung, möglichst nationale, interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte zu bilden, sieht Glauser in der Homogenisierung. Sie läuft nach seinem Verständnis der kulturwissenschaftlichen Arbeitsweise zuwider. Zudem ist die innerschweizerische Kooperation nicht an sich ein erstrebenswertes Ziel. Die wissenschaftliche Diversität und fortschreitende Spezialisierung der Einzelnen führe dazu, dass Kontakte ins Ausland oft enger und einfacher zu knüpfen seien als solche zu Kolleginnen und Kollegen im Inland, erläutert Glauser.

Die Ergebnisse der Evaluation der Geisteswissenschaften sind in der Skandinavistik diskutiert worden. Glauser beobachtete, dass die Probleme dadurch manifest gemacht und in eine allgemeine, gesamtschweizerische Dimension gerückt wurden. Intensive Diskussionen hat er seither zum Problem der Nachwuchsförderung erlebt. Ein Forderungskatalog am deutschen Seminar in Zürich (zu dem die Skandinavistik gehört) umfasst unter anderem die öffentliche Rekrutierung von Mittelbau-Stellen, die Frauenförderung, die Möglichkeit zur Lehre durch Nachwuchskräfte bei Vakanz und Graduiertenkurse (siehe auch das Gespräch mit Prof. Alexander Schwarz). Überlegt wird derzeit auch, wie Forschende in der Phase zwischen Habilitationsprozess und Berufung an das Deutsche Seminar angebunden werden könnten, wobei die Meinungen diesbezüglich geteilt seien, wie Glauser berichtet. Er bedauert, dass willkommene Massnahmen zur Nachwuchsförderung teilweise zu spät kommen, weil der Generationenwechsel auf den Lehrstühlen schon begonnen hat.

1.2.15 Islamwissenschaft

Gespräch mit Dr. Hilary Waardenburg-Kilpatrick, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen

Der Islam ist neben dem Christentum zur "zweiten Religion" in der Schweiz geworden. Diese Tatsache rückt, nicht zuletzt dank Publikationen wie dem Bericht der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, allmählich ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Auch wenn das Interesse an der Wissenschaft, die den traditionellen islamischen Kulturraum erforscht, seitens dieser Öffentlichkeit sehr schwankend ist, sind in den letzten Jahren gemäss den Aussagen von Hilary Waardenburg-Kilpatrick, Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen, Fortschritte bezüglich der Dotierung des Faches an den Schweizer Universitäten erzielt worden. Am Lehrstuhl in Bern existiert seit kurzem eine Assistenzprofessur für Zentralasiatische Studien, und es wird ein Zuwachs von Assistierenden und Oberassistierenden verzeichnet. Der Zürcher Lehrstuhl konnte kürzlich wiederbesetzt werden. Auch an den Universitäten von Basel und Genf wird je ein Lehrstuhl unterhalten.

Die Bereitschaft zur interuniversitären Kooperation ist bei den Lehrstuhlinhabern vorhanden. Erstmals konnte ein Programm für den Besuch von Sprachkursen in einem arabischen Land entworfen werden. Beabsichtigt ist, dass Studierende der Arabistik oder Islamwissenschaft an den Universitäten Genf, Bern, Basel und Zürich ein halbes Jahr an der Universität Alexandria einen Intensiv-Sprachkurs besuchen und während dieser Periode im alten Schweizer Konsulat untergebracht werden können. Von den Universitäten Genf, Bern und Zürich wurde eine finanzielle Unterstützung für die Studierenden schon zugesprochen. Leider, so sagt Frau Waardenburg-Kilpatrick, werde die anfänglich vorhandene Unterstützungsbereitschaft des Bundes immer unsicherer. Eine Unterstützung des Bundes würde sie als Zeichen der Anerkennung der Bedeutung des Faches werten. Die von der Gesellschaft ergriffene Initiative, im Rahmen des Programmes "Virtueller Campus Schweiz" ein gemeinsames Projekt einzugeben, ist gescheitert.

Als "Schlüsselproblem" bezeichnet Frau Waardenburg-Kilpatrick die fehlenden Stellen für Nachwuchskräfte nach dem Doktorat oder nach einer Habilitation. Vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Erfahrungen in England, Amerika und Holland ist es für sie nicht verständlich, wie in der Schweiz die persönliche Enttäuschung bei den Betroffenen und der Verlust von Wissen, in das die öffentliche Hand einmal investiert hat, in Kauf genommen werden. Der von

Frau Waardenburg-Kilpatrick unterstützte Vorschlag, die Islamwissenschaften für die deutsche Schweiz an der Universität Bern zu konzentrieren, um auf diese Weise mehr Mittel für Nachwuchs- und Forschungsstellen zur Verfügung zu haben, konnte nicht realisiert werden. Keiner der drei Lehrstuhlinhaber in der deutschen Schweiz ist schweizerischer Herkunft. Als Schwierigkeit bezeichnet Hilary Waardenburg-Kilpatrick den fehlenden Willen bei gewissen Fachvertretern, die Islamwissenschaft für eine Zusammenarbeit mit Sozial-, Politik-, Geschichts- und Religionswissenschaftlern zu öffnen.

Die Präsidentin der Fachgesellschaft vermisst nationale Impulse in der Wissenschaftspolitik. Angesichts der vielen im Lande anwesenden Türkinnen und Türken wäre es beispielsweise von nationalem Interesse, so sagt sie, einen Lehrstuhl für Türkologie zu errichten. Die Fachgesellschaft versucht, durch eigene Veranstaltungen den Kontakt zur Öffentlichkeit zu pflegen. Zusätzlich ist ein Fachspezialisten-Pool eingerichtet worden für Anfragen von Journalisten, Erziehungsdepartementen und anderen Interessenten an islamwissenschaftlichen Erkenntnissen.

1.2.16 Linguistik

Gespräch mit Prof. Dr. Iwar Werlen, Präsident der Schweizerischen Sprachwissenschaftlichen Gesellschaft

Es sei symptomatisch gewesen, dass in der Evaluation durch den Wissenschaftsrat die Linguistik nicht als eigenständiges Fachgebiet, sondern nur im Rahmen der grossen philologischen Fächer berücksichtigt worden sei, sagt Iwar Werlen, Professor für Allgemeine Sprachwissenschaft an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Sprachwissenschaftlichen Gesellschaft. Es fehle in der Schweiz nämlich eine einheitliche Forschungsphilosophie, es mangle an Kooperation und an einer Definition gemeinsamer Forschungsziele. Generelle Trends in diesem Fachgebiet auszumachen, erscheint entsprechend schwierig.

Eine verstärkte Zusammenarbeit besonders im Rahmen von Studienangeboten für Postgraduierte ist allerdings in der Westschweiz und in Bern und Basel zu verzeichnen. Eine "Ecole doctorale suisse" mit modularem Aufbau hat vor zwei Jahren begonnen; sie schliesst auch die jeweils von der Fachgesellschaft alle zwei Jahre durchgeführte Sommerschule ein. Die die Ecole betreuende Kommission hat primär koordinierende Funktion; es obliegt weiterhin den einzelnen Dozierenden, die Themen in einem allgemeinen Rahmen ("analyses de discours") festzulegen; in diesem Sinn hat die Kommission keine Planungskompetenz, sondern eher eine Animationsfunktion. In der deutschen Schweiz sei die interuniversitäre Kooperation weniger gut entwickelt als in der Romandie. Die von Werlen unterstützten Forderungen nach einem gesamtschweizerischen linguistischen Curriculum und nach der Bearbeitung von Themen (etwa die Sprachenpolitik oder die Psycho-, Sozio- und Neurolinguistik betreffend) über die Sprachgrenzen hinweg bleiben unerfüllt.

Eines der wichtigsten derzeitigen Probleme ist laut Werlen der Abbau der traditionellen Romanischen Philologie, in der Leistungen aus der Schweiz hohes Ansehen genossen. Der Abbau sei sozusagen schleichend, also ohne ausdrücklichen Plan erfolgt, massgeblich infolge der Neudefinition einzelner Lehrstühle. Die historische Ausrichtung der linguistischen Forschung und die vergleichende Arbeit wie auch die vergleichende Sprachwissenschaft überhaupt sind dadurch geschwächt und durch eine synchron arbeitende Linguistik ersetzt worden. Diese Entwicklung hänge zusammen mit dem verbreiteten Verständnis der Linguistik als "Dienstleistung" für die Literaturwissenschaften. Ebenso sei, so Werlen, die schweizerische Tradition der Dialektgeographie (die beispielsweise den Sprachatlas Italiens und der Südschweiz und den Sprachatlas der deutschen Schweiz hervorgebracht hat) auf universitärer Ebene praktisch am Verschwinden. Auf der anderen Seite habe es die Schweizer Linguistik aber nicht geschafft, neue internationale Entwicklungen wie beispielsweise die Psycholinguistik, die Neurolinguistik oder die kognitive Linguistik institutionell zu verankern. Hier fehlt nach Werlens Beurteilung eine "konzertierte Aktion zur Konsolidierung" solcher Forschungsrichtungen. Die Fachgesellschaft verstehe sich nicht als Instanz, die ihren Mitgliedern Forschungsthemen vorschreibe; mit ihrem minimalen Budget wäre sie zu solchen Aktivitäten auch gar nicht in der Lage. Immerhin befindet sich die Datenbank der Schweizer

Linguistik im Aufbau, in die sich jeder Linguist und jede Linguistin eintragen kann. Die Datenbank richtet sich an jene, die auf der Suche nach "linguistischer Kompetenz" in der Schweiz sind.

Einzelne Vertreter der Linguistik haben sich in den vergangenen Jahren mit Fragen beschäftigt, welche für die heutige Gesellschaft von grosser Bedeutung sind, und damit eine schweizerische Forschungstradition fortgesetzt. Bei der Auswertung der letzten Volkszählung, bei der Untersuchung von Phänomenen der Mehrsprachigkeit im Zusammenhang mit der Migration, bei der Erarbeitung eines Gesamtsprachenkonzepts für die Schweizer Schulen, in den Nationalen Forschungsprogrammen "Kulturelle Vielfalt und nationale Identität" und "Wirksamkeit der Bildungssysteme" sowie bei der Umsetzung des neuen Sprachenartikels in der Bundesverfassung – um einige Beispiele zu nennen – waren Linguistinnen und Linguisten nach Werlens Berichten massgeblich vertreten. Pläne für die Schaffung eines linguistischen Kompetenzzentrums zur weiteren Bündelung der Kräfte hätten allerdings nicht realisiert werden können.

Die Vertretung des Nachwuchses gerade in nationalen Forschungsprojekten war nach Werlens Beurteilung sehr gut. Das grosse Problem stellt sich im weiteren Verlauf der Karrieren. Als "ganz schlimm" für den schweizerischen Nachwuchs beurteilt Werlen die in der Berufungspolitik sich abzeichnende Tendenz, für fremde Sprachen nur noch *native speakers* zu berücksichtigen. Damit haben Schweizer Linguisten, die sich etwa mit Englisch oder Spanisch beschäftigen und keine *native speakers* sind, keine Chancen für die Übernahme einer Professur im eigenen Land. Es gebe heute zwar gut qualifizierte Habilitierte, aber zu wenig offene Stellen. In etwa fünf Jahren soll sich das ändern. Bezüglich der Vertretung der Frauen in der Professorenschaft ist zwar kein Gleichstand vorhanden, die Anzahl der Professorinnen ist aber höher als in anderen Fachbereichen.

1.2.17 Semiotik

Gespräch mit Prof. Dr. Peter Fröhlicher, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Semiotik

Mit der Schweizerischen Gesellschaft für Semiotik existiert seit Beginn der 80er Jahre eine Plattform für das interdisziplinäre Gespräch von – unter anderem – Literatur-, Sprach-, Kunstwissenschaftlern, von Psychologen und Architekten über kulturwissenschaftliche Fragestellungen. Wie der Präsident Peter Fröhlicher, Professor für Neuere Französische Literaturwissenschaft an der Universität Zürich darlegt, hat sich seit der Zeit der Gründung an der Daseinsberechtigung der Gesellschaft nichts geändert. Sie zählt heute rund hundert, mehrheitlich aus der Romandie stammende Mitglieder. Fröhlicher berichtet von Bestrebungen an der Universität Zürich vor einigen Jahren, ein kulturwissenschaftliches Institut zu gründen, die im Sand verlaufen seien. Für interdisziplinäres Arbeiten sei es nach wie vor nötig, über die gewachsenen universitären Strukturen hinauszugehen. Nebst der Interdisziplinarität ist für die Gesellschaft auch das theoretische Interesse wichtig.

Es findet jährlich eine Tagung statt, wobei die Themen vielfältig sind. So standen beziehungsweise stehen das Museum als kulturelles Phänomen, Fragen der Argumentation und Strukturen der Wahrnehmung zur Diskussion. Es referieren jeweils auch ausländische Gäste. Das öffentliche Interesse sei unterschiedlich, halte sich jeweils aber in engen Grenzen. Besonders für jüngere Gesellschaftsmitglieder steht ein *atelier de travail* offen, in dessen Rahmen eigene Forschungsprojekte vorgestellt werden können. Die Kongressakte werden jeweils veröffentlicht, ebenso wie ein Bulletin mit Gesellschaftsinformationen.

Semiotik ist ein schillernder, in verschiedenen Ländern und Wissenschaftskulturen auf unterschiedliche Weise verstandener Begriff. Entsprechend unterschiedlich fällt auch das Echo auf die Aktivitäten der Gesellschaft aus. Laut Fröhlicher ist es aus diesem Grund nicht so, dass der Gesellschaft für Semiotik eine treibende Funktion für das interdisziplinäre Gespräch in der

Schweiz zugeschrieben werden könnte. Die Ergebnisse der Evaluation der Geisteswissenschaften sind in dieser Fachgesellschaft nicht ausführlicher diskutiert worden.

1.2.18 Komparatistik

Gespräch mit Prof. Dr. Peter Schnyder, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft

In einem Land mit vier Sprachen und Kulturen könnte die Komparatistik von besonderer Bedeutung sein. Stattdessen hat die institutionelle Entwicklung des Fachs in den letzten Jahren an den Universitäten stagniert. Diese Botschaft überbrachte der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft, Peter Schnyder, Berner Privatdozent für Französische Literaturwissenschaft und *Professeur associé* an der Université de Haute-Alsace, einem Internationalen Komparatisten-Kolloquium, das kürzlich in Strassburg stattfand. Um so erstaunlicher ist diese Tatsache, als die Schweiz auch eine komparatistische Tradition *avant la lettre* beziehungsweise ausserhalb eigentlicher komparatistischer Institutionen aufweist; Autoren wie Béat Louis von Muralt, Madame de Staël, Benjamin Constant, Jean Rodolphe von Salis, Max Rychner, Denis de Rougemont oder Herbert Lüthy stehen dafür. Paradoxerweise könnte die Selbstverständlichkeit des Plurikulturellen in der Schweiz mit ein Grund für den schwachen Institutionalisierungsgrad des Faches sein: Weil man schon immer eine Art von vergleichender Forschung betrieb, sah man die Notwendigkeit besonderer Institutionen nicht ein. Ein anderer Grund muss aus Schnyders Sicht in der föderalistischen politischen und wissenschaftspolitischen Struktur des Landes gesehen werden, die zentrale Impulse für dieses national bedeutsame Fachgebiet verhindert hat.

Dass die Lehrstühle in Lausanne und Zürich nach dem Abgang von deren langjährigen Inhabern vorerst nicht wiederbesetzt wurden, führte in den letzten Jahren zu einer schwierigen Situation. In Fribourg wurde nun aber ein Institut de Littérature générale et comparée ins Leben gerufen mit einem Nebenfachangebot. An der Universität Lausanne wird neu ein interdisziplinäres Studienprogramm "*Littératures européennes comparées*" angeboten mit dem Ziel, es in bestehende literaturwissenschaftliche *curricula* einzubauen. Das dortige Centre de traduction littéraire bezeichnet Schnyder als ein mögliches Zukunftsmodell für die Komparatistik in der Schweiz. Als zeitweisen Ersatz für die Wiederbesetzung des Lehrstuhls in Zürich hat ein Kuratorium von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Philologien mit eigenen Lehrveranstaltungen das Fach am Leben erhalten. Bestrebungen im Hinblick auf eine Wiederbesetzung sind nun im Gang; ein Ordinariat wird demnächst ausgeschrieben.

Schnyders Forderung für die Zukunft lautet: Die Komparatistik muss angesichts der Aktualität ihrer Fragestellung für die moderne Weltliteratur in die Studienprogramme der Universitäten eingebunden werden. Auf dem Weg zu diesem Ziel ist es aus seiner Sicht nötig, eine komparatistische Propädeutik einzurichten und eine methodische und theoretische Diskussion unter Schweizer Komparatistinnen und Komparatisten zu lancieren. Dies könnte auch der komparatistischen Forschung, die in den traditionell definierten nationalphilologischen Seminarien betrieben wird, zu neuen Anstössen verhelfen. Neben den genannten landesspezifischen Problemen sieht Schnyder allerdings auch eine "antiliterarische, antipoetische Strömung" in der Gesellschaft als Hindernis für ein solches geisteswissenschaftliches Aufbauprojekt. Die Komparatistik sei als kleines Fach für die Sparmassnahmen eine leichte Beute gewesen. Dies habe man auch in Deutschland beobachten können.

Für Nachwuchsforscherinnen und -forscher spielt die Interuniversitäre Arbeitsgruppe der Fachgesellschaft eine wichtige Rolle. Deren Arbeitsphasen werden jeweils mit einer nationalen Tagung abgeschlossen, wobei die Referate dieser Tagung im Anschluss publiziert werden. Schnyder möchte seitens der Fachgesellschaft künftig einen Preis für Arbeiten auf dem Feld der Theorie der Komparatistik ausschreiben. Damit sich die Lage grundlegend bessern könnte, kann seiner Ansicht nach aber nicht auf Forschungszentren wie dasjenige für die Übersetzungsforschung in Lausanne verzichtet werden, die eigene Bibliotheken pflegen und Schriften herausgeben. Nur über die Einrichtung solcher Zentren könnte dereinst die Schweizer Kompa-

ratistik den ihr gebührenden Platz im viersprachigen Land erhalten – und könnten vor allem ihre Vertreter auch im Ausland wieder einmal stärker als heute vertreten sein.

1.2.19 Geschichte

*Gespräch mit Prof. Dr. Guy P. Marchal, Präsident der
Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft*

Die Historikerin und der Historiker, sie befinden sich in einer zwiespältigen Position. Da verlangt einerseits die Öffentlichkeit von der Wissenschaft Orientierungshilfen und ein "objektives" Bild der Vergangenheit, so kürzlich wieder im Fall der Kommission Bergier. Auf der anderen Seite ist man im fachlichen Diskurs gerade daran, "gültige" Geschichtsbilder zu relativieren: Die Idee, es könnten vergangene Wirklichkeiten durch die Geschichtsforschung tatsächlich rekonstruiert werden, wird fallengelassen. Zentrale Themen sind die Revision von Geschichtsbildern und eine kritische Selbstreflexion der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die in den letzten Jahren erfolgte Aufwertung der Zeitgeschichte wird entsprechend begleitet von fachinternen Meinungsverschiedenheiten und nachgerade einer "neuen Gehässigkeit" innerhalb der Wissenschaft, die massgeblich entlang der Grenze zwischen der französischen und der deutschen Schweiz spürbar. So die Beurteilung von Guy P. Marchal, Professor für Allgemeine und Schweizer Geschichte an der Hochschule Luzern und Präsident der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft.

Zeichen dafür, dass die Geschichtswissenschaft keine "staatsbestätigende Funktion" (Marchal) mehr übernehmen will oder übernehmen kann, ist auch die folgende Episode. Die Eidgenossenschaft verlangte nach historischen Darstellungen zum Bundesjubiläum 1998, bei dem die Gründung des Bundesstaates 1848 im Vordergrund stehen sollte. Unter anderem durch eine CD-Rom über die Zeit der Helvetik war es dann aber diese Epoche, die in der Öffentlichkeit auf ein grösseres Interesse stiess. Marchal spricht von einem "Musterbeispiel von Wissenstransfer" – nur eben war es kein "Musterbeispiel" für die getreue Erfüllung eines "Auftrags" an die Wissenschaft.

Aus Marchals Sicht gibt es zwei bedeutende Hürden für die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Erstens sei das Geschichtsbewusstsein in der breiten Bevölkerung nach wie vor sehr traditionell orientiert, was die Auseinandersetzung mit neuen Sichtweisen erschwert. Zweitens sei unter den Schweizer Historikerinnen und Historikern die Tradition, spannende und populäre Bücher zu schreiben, im Gegensatz etwa zu Frankreich oder England nur sehr schwach ausgebildet. Notwendig wäre auch die Entwicklung von Vermittlungsformen, die sich für die – vor allem auf Unterhaltung zielenden – elektronischen Medien eignen würden.

An den Universitäten ist die Geschichte traditionellerweise in eine enge Zusammenarbeit mit anderen Fächern eingebunden, so im Fall der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte oder der Volkskunde. Neueres Beispiel dafür sind die in Basel, Zürich, Bern und Fribourg präsentierten Angebote im Rahmen "Mediävistischer Institute": Gemeinsame Vorlesungsverzeichnisse und Veranstaltungen von Musik-, Literatur-, Kunst- und Geschichtswissenschaften in der Mittelalterforschung. Auf nationaler Ebene aber besteht diesbezüglich laut Marchal noch ein Nachholbedarf. Historikerinnen und Historiker seien in nationalen Grossprojekten zu wenig vertreten; auch fehle bisher ein Graduiertenkolleg. Dieser Umstand ist um so erstaunlicher, als das Fach immer noch eine der höchsten Studierendenzahlen innerhalb der Geisteswissenschaften aufweist.

Die Verbesserung der Vertretung des Faches in den wissenschaftspolitischen Initiativen ist denn auch eines der Ziele der Reform, der sich die Fachgesellschaft unterziehen will. Es sollen künftig Tagungen zu aktuellen Forschungsthemen veranstaltet werden, und einzelne Abteilungen werden sich künftig kontinuierlich um Aufgaben wie die Pflege der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen und die Grundlagenforschung in der Schweiz kümmern. Die Nachwuchsförderung ist laut Marchals Beurteilung nach wie vor eines der düstersten Kapitel.

Grund ist in erster Linie das Fehlen intermediärer Stellen im oberen Mittelbau und in der Forschung. Bei der jüngsten Einrichtung von Förderprofessuren ist das Fach Geschichte allerdings berücksichtigt worden. Eine eigentliche "Lobby" der Historiker werde es künftig brauchen, um von solchen Massnahmen profitieren zu können, sagt Marchal. Auch die in der Evaluation der Geisteswissenschaften kritisch beurteilte Präsenz von Nachwuchsleuten im Ausland sei besser geworden. An Forschungszentren im Ausland und in internationalen Fachzeitschriften seien Schweizerinnen und Schweizer nicht schlecht vertreten – was die Fachgesellschaft jedoch nicht daran hindern wird, diesbezüglich weitere Anstrengungen zu unternehmen. Während der Frauenanteil unter Studierenden sehr gross ist, nimmt er auf jeder höheren Stufe der universitären Hierarchie ab. Dem Beispiel der Vertreterinnen und Vertreter der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte folgend, gründeten kürzlich mit der Geschlechterforschung Beschäftigte innerhalb der Fachgesellschaft eine eigene Sektion. Die Idee, für Nachwuchskräfte in der Forschung ein universitätsunabhängiges Schweizerisches Historisches Institut zu schaffen, ist laut Marchal nicht aufgegeben worden; allerdings fehlten derzeit die Mittel für ein solches Vorhaben. Die Herausgabe des Historischen Lexikons der Schweiz beginnt im Jahr 2002 (die elektronische Edition ist bereits in der Realisierung). Wenn dieses Projekt dereinst abgeschlossen sein wird, könnte allenfalls mit den frei werdenden Mitteln und der für das Lexikon aufgebauten Infrastruktur ein Historisches Institut ins Leben gerufen werden, spekuliert Marchal.

1.2.20 Ethnologie

Gespräch mit Prof. Dr. Hans-Rudolf Wicker, Präsident der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft

Die Stadt Bern hat dem Institut für Ethnologie der örtlichen Universität vor einiger Zeit den Auftrag gegeben, ein Leitbild für die lokale Integrationspolitik zu erarbeiten. Dies ist nicht nur erfreulich für die Beteiligten. Es kann auch als typisches Beispiel für eine Entwicklung gelten, von der Hans-Rudolf Wicker, Professor für Ethnologie an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft, das Fachgebiet in der ganzen Schweiz erfasst sieht. Die öffentliche Aufmerksamkeit für ethnologische Leistungen und gleichzeitig die Hinwendung der Forscherinnen und Forscher zu aktuellen Problemen hat seiner Ansicht nach sehr deutlich zugenommen. Dem damit einher gehenden Druck, neben der Grundlagenforschung über die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Dritten Welt auch angewandte Forschung zu betreiben, habe man zwangsläufig nachgegeben, so dass aktuelle Themen heute auch in die Lehre einfließen und Gegenstand von Seminar- und Abschlussarbeiten geworden sind.

Es sind vor allem die globalen Migrationswellen, die diese Entwicklung möglich gemacht beziehungsweise verursacht haben. Auftragsforschung wird auch für Bundesämter und Nichtregierungsorganisationen betrieben. Seit kurzem sind Ethnologen laut Wicker sogar bei Gerichtsgutachten beteiligt. Gerufen werden sie auch für die Weiterbildung in Medizin und Pädagogik. Neben Phänomenen der Integration und Segregation sind Aids, die Gesundheit von Ausländern der zweiten Generation in der Schweiz und das hiesige Einbürgerungsverfahren Beispiele für Themen, mit denen sich die Ethnologie beschäftigt. In zwanzig Jahren, so resümiert Wicker, sei die Ethnologie von einem Orchideenfach zu einer öffentlich anerkannten Wissenschaft geworden. Ein positiver Effekt ist nicht zuletzt, dass Absolventinnen und Absolventen praktisch immer eine Arbeitsstelle finden. Die Forschungsarbeiten im Umfeld der Migrationsproblematik sind dabei stets von interdisziplinärer Anlage. Zugespielt lässt sich sagen, dass schon die ethnologische Pionierforschung über Rituale in Papua-Neuguinea eine interdisziplinäre Forschung war. Als Partner der Ethnologie treten heute vor allem die Volkskunde, die Soziologie, die Geschichte und seit einiger Zeit auch die Medizin auf. Einen neuen dritten Lehrstuhl an der Universität Bern soll den Schwerpunkt Medizinethnologie erhalten.

Abgesehen davon, dass sie einen Ritterschlag zur anerkannten Kulturwissenschaft von praktischer Relevanz erlebt hat, kennt die Ethnologie auch Probleme. An erster Stelle nennt Wicker diesbezüglich "enorm expandierende" Studierendenzahlen ausgerechnet zur gleichen Zeit, da an

allen Universitäten Sparrunden stattfinden. Die Ethnologie gehöre mittlerweile überall zu den "platzknappen" Fächern. In Bern beispielsweise fielen bisher auf zwei Professuren rund 370 Studierende. Auf den Soziologieboom der 70er und den Psychologieboom der 80er Jahre sei in den 90ern nun ein Ethnologieboom gefolgt, sagt Wicker. Die Verunsicherung durch die Transformation der Gesellschaft ist ein häufiger Beweggrund für das Studium. Wenn sich erhoffte Sinnangebote nicht einstellen, wird das Studium nicht selten aber auch abgebrochen. Die missliche Lage des akademischen Nachwuchses ist ebenfalls keineswegs behoben. Begabte junge Fachkolleginnen und -kollegen würden intensiver betreut als früher und wenn möglich in die – vergleichsweise zahlreichen – Drittmittelprojekte eingebunden, berichtet Wicker. Für strukturierte Angebote im Postgraduiertenbereich fehlten aber ganz eindeutig die Mittel. Hinzu kommt, dass der Wettbewerb um Drittmittel härter geworden ist.

Die Kooperation der Ethnologie mit anderen Fächern aus anderen Universitäten funktioniert laut Wicker fast besser als die Zusammenarbeit innerhalb des Faches oder innerhalb der eigenen Fakultät. Dennoch sind zwei der wichtigen Ziele der Fachgesellschaft in letzter Zeit erreicht worden. Das eine bestand in der Etablierung der Medizinethnologie. Das andere bestand in der Gründung eines interdisziplinären Forschungsinstituts, des "Schweizerischen Forums für Migrationsstudien" in Neuchâtel.

1.2.21 Volkskunde

Gespräch mit Prof. Dr. Theodor Bühler, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde

Die Volkskunde wendet sich neuen, bisher nicht oder kaum beachteten Gegenständen zu. Dies bezeichnet Theodor Bühler, Titularprofessor für Rechtsgeschichte an der Universität Zürich und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Volkskunde, als eine grundlegende Tatsache, auf die viele Entwicklungen und Probleme innerhalb dieses Fachgebiets zurückzuführen sind. War in den Anfängen des Forschungsgebiets vor allem das Brauchtum der Hauptgegenstand des Interesses, und nahm man später auch Häuser als volkskundliche Untersuchungsobjekte in den Blick, so findet heute eine Wende zur sogenannten "Gegenwartsvolkskunde" statt, wie Bühler es nennt. Er beurteilt dies aus zwei Gründen als problematisch. Erstens werde die historische Dimension unterbewertet oder ganz ausgeblendet – teilweise auch deshalb, weil die Studierenden sich dafür immer weniger interessierten –, und zweitens komme das Fach dadurch in die Nähe von Ethnologie und Soziologie. Diesen Fächern gegenüber könne sich die Volkskunde jedoch nur schwer behaupten.

Dennoch sind die seitens der öffentlichen Universitätsträgerschaften zur Verfügung gestellten Mittel in den letzten Jahren insgesamt nicht kleiner geworden. Sie sind aber auch nicht gewachsen. In Basel habe es Diskussionen über eine allfällige Zusammenlegung mit der Ethnologie gegeben. Dort wie auch in Zürich sei eine Wiederbesetzung der Lehrstühle mit Volkskundlern aber in Aussicht gestellt. Ausser in Zürich und in Basel wird das Fach in der Schweiz nirgendwo akademisch betrieben. (Zusätzlich existiert aber das Institut der Gesellschaft für Volkskunde in Basel).

Mit dem Trend zur Gegenwartsvolkskunde scheint ein Generationenkonflikt verbunden zu sein, was Bühler ausdrücklich einräumt. Unter anderem ist die Hinwendung zur Gegenwart als Absage der Nachkriegsgeneration an den Missbrauch der Volkskunde durch die Nationalsozialisten zu verstehen; letztere hätten die Suche nach historischen Konstanten nämlich, so Bühler, mit einer "Germanentümelei" verbunden. Der angesprochene Generationenkonflikt wird an der Überalterung der Fachgesellschaft sichtbar. Es seien just die älteren Mitglieder der Gesellschaft, welche die Hinwendung zu Gegenwartsphänomenen ablehnten. Die Jüngeren blieben dem Kreis der Gesellschaft entsprechend eher fern.

Ein Nachwuchsproblem besteht aus Büblers Sicht auch in der Volkskunde. Allenfalls fehlende Mittel für Feldforschungen und das Fehlen von Qualifikationsstellen sind seiner Ansicht nach aber nur die eine Seite dieses Problems. Zusätzlich beklagt er einen "Opportunismus", der darin

zum Ausdruck komme, dass nur wenige ausgebildete Volkskundlerinnen und Volkskundler dem Fach auch wirklich treu blieben. Häufiger wechselten sie in die Wirtschaft. Bühler sieht beispielsweise in den Museen, namentlich auch in den fast überall vorhandenen Ortsmuseen, zu wenig ausgenutzte Arbeitsmöglichkeiten.

Mit dem frühen Einsatz der Fotografie und des Tonbandes (zur Aufnahme beispielsweise von Volksliedern) nutzte die Volkskunde seit jeher neu aufkommende Medien. Kürzlich haben Studierende aus Zürich zusammen mit ihrem Professor und einem externen Filmspezialisten Filme über den Hauptbahnhof in Zürich gedreht. Ein Einsatz neuester elektronischer Mittel ist gemäss Bühler etwa bei Computerkatalogen in Bibliotheken zu verzeichnen. Es gebe diesbezüglich aber grosse Unterschiede zwischen den Kantonen, weil die Computerisierung immer auch eine Frage des Geldes ist. Erst in den Anfängen steckt die gesamtschweizerische Vernetzung von Museumskatalogen. Angesprochen auf die Behandlung der schweizerischen Eigenheiten durch die Volkskunde, verweist der Präsident der Fachgesellschaft auf die – übrigens interdisziplinär zusammen mit Linguisten erzielten – Leistungen von Volkskudlern im Rahmen der nationalen Wörterbücher und des Atlas. Die Angst, einem "Folklorismus" zu verfallen, sei jedoch ständig präsent. Eine laufende, enge Zusammenarbeit findet mit den Denkmalpflegern im Zusammenhang mit der Inventarisierung von Bauten beziehungsweise bei der Herausgabe der grossangelegten Sammlung "Bauernhäuser der Schweiz" statt.

1.2.22 Asienwissenschaften

Gespräch mit Prof. Dr. Eduard Klopfenstein, Präsident der Schweizerischen Asiengesellschaft

"Die Asienwissenschaften im Dialog mit Politik und Wirtschaft" – so lautete der Titel einer Tagung, die im Mai 2000 in Zürich über die Bühne ging. In der schriftlichen Einführung zur Tagung hiess es, die Bedeutung Asiens werde heute vor allem in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erkannt. Es folgte der Satz: "Diese instrumentelle Sicht auf die Asienwissenschaften steht nicht nur in deutlichem Gegensatz zu den differenzierten innerfachlichen Entwicklungen, sondern geht in ihrem Anspruch nach konkreten Dienstleistungen von Grössenordnungen und Vorstellungen aus, die sich kaum je mit der Realität der personellen und infrastrukturellen Ausstattungen decken." Damit ist der Tenor bezeichnet, der auch die Äusserungen von Eduard Klopfenstein, Professor für Japanologie an der Universität Zürich und Präsident der Schweizerischen Asiengesellschaft, durchzieht. Die Bedeutung Asiens – gewiss, sie äussere sich in der im Vergleich zum Beginn der 80er Jahre ungefähr verdoppelten Zahl der Studierenden in Japanologie und Sinologie, berichtet Klopfenstein. Und seit den 60er Jahren werde über die Gründung eines schweizerischen Asienzentrums gesprochen, wobei eine Bibliothek bereits vorhanden wäre, die das Kernstück eines solchen Zentrums bilden könnte. In den 90er Jahren erfolgte aber lediglich die Gründung einer Asienstiftung und eines Asienrats. Die Asienstiftung ist inzwischen wieder eingegangen, weil sie zu wenig Unterstützung fand. Insgesamt vermag Klopfenstein keine entscheidende Verbesserung der materiellen Situation seines Fachgebiets zu erkennen. Vorurteile gegenüber den Asienwissenschaften ("die exotische Ecke") hielten sich hartnäckig, stellt er fest.

Die oben angesprochene "Realität der personellen und infrastrukturellen Ausstattungen" präsentiert sich also nicht sehr vorteilhaft. Klopfenstein beschreibt die Asienwissenschaften als ein Gebiet, auf dem "Einzelkämpfer" in den verschiedenen Bereichen wie Indologie, Sinologie, Japanologie und Buddhologie sich zu behaupten versuchen. Er selber betreut derzeit in der Japanologie in Zürich über 50 Hauptfach- und rund 30 Nebenfachstudierende. Zur Verfügung steht ihm lediglich eine Assistierendenstelle, die er auf drei Personen aufgeteilt hat. Einzelne Personen üben unbezahlte Lehrtätigkeiten aus. Nur diese Gratisleistungen und die Unterstützung einiger Sponsoren machen es möglich, das 1996 eingeführte Zürcher "Kompaktstudium" mit einer Kombination aus Sprach- und Kulturausbildung anzubieten. Der interuniversitären Kooperation zwischen Genf und Zürich – wo allein die Japanologie und Sinologie angeboten werden – sind wegen der Sprachbarriere Grenzen gesetzt.

Klopfensteins Befund ist eindeutig: Wichtigste Forderung für die Zukunft ist eine bessere Dotierung von Japanologie und Sinologie. Der Ausbau müsste auf eine Zahl von je insgesamt vier bis sechs Professuren in der Schweiz erfolgen, die verschiedene asienwissenschaftliche Gebiete abzudecken hätten. Derzeit muss der auf japanische Literatur und Theater spezialisierte Klopfenstein den Studierenden auch Kenntnisse über das japanische Gesellschaftssystem und die Religion vermitteln. Zur Minimalausstattung des Fachs gehörten zudem Gastprofessuren. Nur über diesen Weg wäre es nach Klopfensteins Ansicht möglich, das Konzept von "*area studies*" zu verwirklichen. In Form von Fächerkombinationen der Studierenden (sie belegen nebenher unter anderem Film-, Geschichts-, Gesellschafts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften) existiert jedoch bereits heute eine gelebte Interdisziplinarität. Die Spezialisierungen von Soziologen und Historikern auf Ostasien anerkennt Klopfenstein, beurteilt das Fehlen von Sprachkenntnissen aber kritisch.

In der Sinologie in Zürich wird demnächst eine zweite Professur eingerichtet, was laut Klopfenstein erfreulich ist. Die Nachwuchsförderungsmassnahmen (Oberassistenten und Assistenzprofessuren) im Rahmen der "Sondermassnahmen des Bundes zur Förderung des akademischen Nachwuchses" begrüsst der Japanologe ebenfalls. Er spricht aber von punktuellen Verbesserungen; die Lage des Faches sei dadurch nicht entscheidend verbessert worden.

1.2.23 Amerikanistik

Gespräch mit Dr. Louis Necker, Präsident der Société suisse des Américanistes

Das Konzept der "*area studies*", das seitens der Wissenschaftspolitik häufig als Modell für interdisziplinäres kulturwissenschaftliches Arbeiten empfohlen wird, muss hinterfragt werden. Diesen Standpunkt vertritt Louis Necker, Direktor des ethnographischen Museums der Stadt Genf und Präsident der Schweizerischen Amerikanistengesellschaft (die Gesellschaft ist ethnographisch orientiert, mit besonderer Aufmerksamkeit für Südamerika). Zwar sei das Konzept der "*area studies*" insofern gültig, als man in ethnographischen Fächern nicht darum herum komme, sich auf eine bestimmte Region zu konzentrieren. Im engeren Sinne nehme es in seinem Fachgebiet aber keine dominierende Stellung mehr ein, hält Necker fest. Im historischen Zusammenhang und kritisch betrachtet, stehe es nämlich in einem direkten Zusammenhang mit dem Kolonialismus und mit dem Neokolonialismus und ihren jeweils spezifischen Machtverhältnissen. Kein Zufall sei es denn auch, dass "*area studies*" in den USA, der "Weltpolizei" von heute, noch immer intensiv betrieben würden.

Als einer der wichtigsten Entwicklungen in der Amerikanistik der letzten Jahre bezeichnet Necker im Gegensatz dazu die Öffnung der traditionellen Ethnologie und – damit verbunden – die kritische Befragung der abendländischen Darstellung südamerikanischer Kulturen. Im Zuge dieser Entwicklung ist der Kampf autochthoner Völker um Eigenständigkeit und staatliche Anerkennung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Dadurch werde das traditionelle Studium sozialer Organisation und kultureller Phänomene um ein politisches Moment erweitert. Ziel sei es, fasst Necker zusammen, die herkömmliche wissenschaftliche "Einbahnstrasse" zu verlassen und den Weg einer wechselseitigen Verständigung zwischen den Kulturen zu verfolgen.

In diesem Sinne ist auch ein wachsendes Interesse des Laienpublikums und der Studierenden zu verzeichnen: Besucherzahlen im Museum und Studierendenzahlen seien angewachsen, berichtet Necker. Jedoch fristet das Fach Amerikanistik an den meisten Universitäten ein bescheiden dotiertes Dasein. Auch wenn sich die Schweizerische Fachgesellschaft nicht über Nachwuchsprobleme beklagen kann, sind ihre finanziellen Mittel – die durch Mitgliederbeiträge und Zuwendungen von privaten Stiftungen gewährleistet werden – unverändert knapp bemessen. Stünden der Gesellschaft mehr Mittel zur Verfügung, könnte sie aktiver in Erscheinung treten, als dies bis anhin mit einer alle zwei Jahre stattfindenden Tagung und mit einer jährlichen Publikation der Fall ist. Mit Beiträgen von namhaften Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland ist diese Zeitschrift in über 300 Bibliotheken erhältlich. Die Bibliothek des

ethnographischen Museums der Stadt Genf hat sich zur wichtigsten Adresse für Amerikanistik in der Schweiz entwickelt.

1.2.24 Afrika-Studien

Gespräch mit Dr. Beat Sottas, Präsident der Schweizerischen Afrika-Gesellschaft

Völkermord in Rwanda und Liberia, Gewaltexzesse in Südafrika und Zimbabwe, Weltuntergangssekten: Bei Ereignissen, die Schlagzeilen machen, steigt der Bedarf der Öffentlichkeit nach Erklärungen und Analysen jeweils sprunghaft. Sind die Ereignisse aus den Schlagzeilen verschwunden, ist meist auch der Bedarf nach Erklärungen vergessen. So ist die Bereitschaft klein, Mittel bereitzustellen, damit in der Schweiz ein Grundstock an Wissen über den afrikanischen Kontinent aufgebaut werden könnte, der dann bei aktuellen Fragen zur Verfügung stünde. So beschreibt Beat Sottas, tätig beim Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und Präsident der Schweizerischen Afrika-Gesellschaft, die Situation seines Fachbereichs. Neben dem genannten gibt es noch ein zweites auffälliges Paradox: Afrika ist zwar für viele der Problemkontinent schlechthin. Dass der Konsum von afrikanischer Musik-, Theater- und Religionskultur blüht und Europa von afrikanischer Vitalität profitiert, müsste jedoch gleichermassen ernst genommen werden.

Immerhin ist bezüglich der letzten Jahre von einem entscheidenden Fortschritt bei der Etablierung des Fachgebiets in der Universitätslandschaft zu berichten. Wie Beat Sottas ausführt, sind die Pläne für ein schweizerisches "Curriculum Afrikastudien" konkretisiert worden. Damit wird es möglich sein, die Afrikastudien als Nebenfach einzuführen, ohne neue Lehrstühle schaffen oder Studienordnungen ändern zu müssen. Es werden lediglich bestehende Lehrangebote u. a. aus den Fächern Geschichte, Ethnologie, Politologie, Pädagogik, Linguistik und Geographie an den Universitäten Basel, Genf, Zürich, Lausanne und Bern koordiniert angeboten. Noch dieses Jahr soll das Curriculum (das als interuniversitäres Koordinationsprojekt eingegeben wurde) weiter konkretisiert und dann auch realisiert werden.³⁰ Eine Umfrage unter Studierenden zeigte laut Sottas, dass die Bereitschaft zur Mobilität vorhanden ist. An der Universität Basel, wo in einem Dutzend Fächer Afrika-bezogene Inhalte gelehrt werden, wurde schon zu früherem Zeitpunkt eine Koordinationsassistentin geschaffen. In Zukunft wird der Betrieb eines schweizerischen Koordinationsbüros angestrebt, da der Wunsch nach einem Schweizerischen Afrika-Institut derzeit klar unerfüllbar ist.

Katalysator für die schweizerische Zusammenarbeit sei die Evaluation der Geisteswissenschaften gewesen, sagt Sottas. Insofern sei es auch ein "Glücksfall" gewesen, dass das Fachgebiet bei der Evaluation berücksichtigt wurde. Allerdings hat sich eine Frustration darüber breitgemacht, dass auf der wissenschaftspolitischen Ebene nicht mehr Konsequenzen aus den Evaluationsergebnissen gezogen wurden. Im Kreis der Fachgesellschaft besteht nach Sottas' Angaben Einigkeit darüber, dass man sich in der Schweiz mit einer pluridisziplinären Optik auf die Erforschung des subsaharischen Raums konzentrieren will, so, wie es im Konzept der "area studies" vorgesehen ist. Es bestehe beispielsweise der Wille, politische Entscheidungsprozesse zu untersuchen, welche die internationale Politik beeinflussen, aus westlicher Sicht aber zunächst unverständlich sind. Dies soll aus kultur-, sprach- und politikwissenschaftlicher Warte geschehen. Solche Projekte haben aber derzeit kaum Chancen auf eine Realisierung. Am besten präsentiert sich die Situation für die auf Afrika bezogene naturwissenschaftliche Forschung, die in nationalen Programmen vertreten ist. Eine Testreihe über in Afrika aufgetauchte Krankheitserreger zu finanzieren, ist einfacher, als eine kulturwissenschaftliche Studie über risikoreiche Lebensstile bzw. Überlebensstrategien in Afrika zu lancieren. Sottas weist im weiteren darauf hin, dass der Anteil der sogenannten Ressortforschung der öffentlichen Hand an den Forschungsausgaben abgenommen habe. Instanzen wie die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit oder das Bundesamt für Flüchtlinge greifen heute mehr als vor einigen Jahren auf Dokumentationen von Partnerorganisationen im Ausland

³⁰ Wie Beat Sottas kurz vor Drucklegung dieses Berichtes mitteilt, ist dieses Projekt von den zuständigen Stellen inzwischen allerdings abgelehnt worden.

zurück. Zudem sind frühere Vertreter der universitären Afrika-Forschung mittlerweile in solchen Organisationen tätig, was ebenfalls den extern zu deckenden Bedarf an Forschungsarbeiten kleiner werden liess.

Es existieren zwar rund 20 Kooperationsverträge zwischen der Schweiz und afrikanischen Universitäten. Trotzdem gibt es zahlreiche Afrika-Forschungsprojekte in der Schweiz, die zu wenig "partnerschaftlich" konzipiert sind, da Forscherinnen und Forscher in Afrika unter sehr schlechten infrastrukturellen Voraussetzungen für ihre Arbeit litten, sagt Sottas. Viele von ihnen seien ohnehin nicht in Afrika, sondern in Europa oder in Amerika tätig. Dies ist der Grund, weshalb nur wenige der erwähnten Kooperationsabkommen derzeit auch wirklich genutzt werden. Die Einstellung des Erscheinens der Zeitschrift "Genève-Afrique" vor zehn Jahren war gemäss den Worten Beat Sottas' ein "schwerer Schlag". In der Zwischenzeit verfolgte Pläne für eine Internet-Publikation der Fachgesellschaft werden nach einem tragischen Unfall der Betreuungsperson derzeit nicht weiterverfolgt.

1.2.25 Kommunikations- und Medienwissenschaft

Gespräch mit Prof. Dr. Roger Blum, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Während die geisteswissenschaftlichen Disziplinen Aspekte der Medientheorie und der Mediengeschichte in ihren Bereichen entdecken, erleben die Kommunikations- und Medienwissenschaften selber einen eigentlichen Boom. Von allen Universitäten werden stark wachsende Studierendenzahlen gemeldet. Die Faszination der Medien und ihre Präsenz im Alltag, aber auch die Erkenntnis, dass Kommunikations- und Medienkompetenzen im 21. Jahrhundert ein Kapital sein werden, können als Gründe für diesen Boom angesehen werden, erläutert Roger Blum, Professor für Medienwissenschaft an der Universität Bern und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft im Gespräch. Zwar ist in den letzten rund 25 Jahren die Zahl der Lehrstühle von drei auf rund 13 (mit 4 weiteren in Planung) gestiegen. Dieses Wachstum ist zu einem guten Teil aber auf die Gründung neuer Institute (in St. Gallen und Lugano) sowie neuer Lehrgänge (in Basel und Genf) zurückzuführen. Die Dotierung an Universitäten, wo das Fach seit längerem betrieben wird, konnte nicht in einem Ausmass erhöht werden, das dem Boom bei den Studierendenzahlen entsprochen hätte.

Wie Blum ausführt, ist die Forschung im Bereich der Medien und der Kommunikation aber dabei, sich zu etablieren. Zu den bisherigen Forschungsaufträgen seitens des SRG-Forschungsdienstes, der öffentlichen Hand (zum Beispiel bei der Einführung der Lokalradios) oder des Nationalfonds sind die jährlich ausgeschriebenen Projekte des Bundesamtes für Kommunikation getreten. Das Fach ist – dies als Folge der Evaluation der Sozialwissenschaften – auch in das Schwerpunktprogramm "Zukunft Schweiz" aufgenommen worden.

Interdisziplinäres Arbeiten ist dabei für die Kommunikations- und Medienwissenschaft in zweierlei Hinsicht selbstverständlich. Erstens haben etliche Fachvertreter eine geisteswissenschaftliche Ausbildung durchlaufen und halten deshalb, wie Blum sagt, in dieser Richtung "eine Tür offen". Zweitens gibt es verschiedene kultur- und geisteswissenschaftliche Institute, die sich an der Forschung beteiligen. So gibt es an den Universitäten von Bern, Basel und Zürich kommunikationswissenschaftliche Zweige innerhalb der Germanistik. Nach Blums Beurteilung "funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Kulturwissenschaften technisch gut", werde aber durch die Unterschiede der Fachsprachen und -traditionen auch behindert: Beispielsweise wegen der unterschiedlichen Verwendung gewisser Begriffe (Was ist eine "Nachricht"?) entstehen immer wieder zeitraubende Missverständnisse. Die Kommunikations- und Medienwissenschaft kann nach Blums Worten selber als eine Kulturwissenschaft angesehen werden, wo sie sich mittels Text- und Bildanalysen in verstehender Absicht beispielsweise um die Vermittlung von Mythen und Idolen durch Massenmedien oder die Erforschung der durch Medien geprägten "Lebenswelt" kümmert.

In Bezug auf die interdisziplinäre Orientierung gibt es, wie Blum ausführt, unter den Fachvertreterinnen und Fachvertretern zwei unterschiedliche Auffassungen. Die eine Gruppe pocht darauf, dass die noch junge Wissenschaft auf eine gewisse Eigenständigkeit angewiesen ist, um sich im Kampf um die Verteilung der Mittel erfolgreich behaupten zu können. Der Boom der Kommunikationswissenschaft ist nämlich in erster Linie ein Boom der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Fragestellungen und somit für das Fach selber noch nicht *per se* gewonnenes Geld. Die andere Gruppe verweist auf die im internationalen Vergleich immer noch bescheidene Ausstattung in der Schweiz, die es zum Gebot mache, die kommunikationswissenschaftliche Forschung in allen Gebieten zu vernetzen und zu bündeln. Die Fachgesellschaft erscheint in dieser Perspektive als eine Art "Vorhut", unter deren Dach dann verschiedene Ansätze ihren Platz haben könnten.

Die Zusammenarbeit innerhalb des Fachgebietes in der Schweiz stösst immer wieder auf die Schwierigkeit, dass gemeinsame Forschungsprojekte wegen spezifischer Interessen einzelner Institute und Universitäten scheitern. Blum weist darüber hinaus darauf hin, dass durch sein Fach ein "Röstigraben" verlaufe. Der wissenschaftliche Austausch erfolge im wesentlichen innerhalb der Sprachgebiete und ihrer wissenschaftlichen Traditionen. So sei die französischsprachige Kommunikationswissenschaft eher philosophisch-theoretisch ausgerichtet, während die deutschsprachigen Forscherinnen und Forscher an einem angelsächsisch-deutsch-schweizerischen Wissenstransfer teilnähmen, dessen Merkmal ein Akzent auf Empirie und Praxisnähe ist. Ausser auf dem Gebiet des schweizerischen und europäischen Medienrechts werde in der Schweiz die Chance, zwischen diesen beiden "Welten" einen Brückenschlag zu machen, zu wenig wahrgenommen, sagt Blum.

In der Fachgesellschaft sind verschiedene Bestrebungen im Gang, die Vernetzung gegen innen und gegen aussen voranzutreiben. Der Ausbau der Zeitschrift auf ein viermal jährliches Erscheinen gehört dazu, wobei eine stärkere Selektion der Beiträge, die Berücksichtigung von Nachwuchsautorinnen und -autoren und interdisziplinäre Themen geplant sind. Tagungen sollen gemäss Blums Worten künftig ebenfalls für das Gespräch mit anderen wissenschaftlichen Richtungen geöffnet werden. Schliesslich soll im Rahmen eines "Professorenrats" der interdisziplinäre Austausch gefördert werden.

Zwar gibt es seit kurzem ein erstes, dreijähriges Graduiertenkolleg. Doch die Förderung des akademischen Nachwuchses bleibt nach Blums Beurteilung ein grosses Problem. Dies insbesondere infolge der immer noch kleinen Zahl von Lehrstühlen und der teilweise relativ engen Umschreibung der Lehrgebiete (Kommunikationssoziologie oder Medienmanagement). Dass die Kommunikations- und Medienwissenschaft nun an mehreren Orten zum Hauptfach aufgewertet wurde, wird in nächster Zeit zu Dissertationen und Habilitationen führen, wobei die akademischen Perspektiven für die einzelnen Forschenden für die Zeit nach dem Abschluss nicht gut sind. Im Gegensatz dazu stehen die Chancen von Absolventinnen und Absolventen gut, in zeitlich befristeten Forschungsprojekten und in der Privatwirtschaft – etwa in der Meinungsforschung, in der Öffentlichkeitsarbeit oder im Journalismus – eine Tätigkeit zu finden. Die Vertretung der Frauen ist unter Studierenden und Assistierenden angemessen, auf Professorenstufe jedoch noch nicht gegeben.

1.2.26 Musikwissenschaft

Gespräch mit Dr. Joseph Willimann, Präsident der Schweizerischen Musikforschenden Gesellschaft

"Die Verankerung der historischen Musikwissenschaft in einer allgemeinen Kulturwissenschaft ist der Hauptstrang der jüngsten Entwicklungen im Fachgebiet." Joseph Willimann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am musikwissenschaftlichen Institut der Universität Basel und Präsident der Schweizerischen Musikforschenden Gesellschaft, sieht hinter seiner Diagnose ein Postulat und eine Problematik zugleich. Das Postulat erwächst aus dem Bedürfnis, einen Gegenpol zur bisherigen, oft auf ein Werk bezogenen Musikanalyse zu bilden und im interdisziplinären Gespräch etwa mit der Geschichte und der Ästhetik ein Gesamtbild einer

bestimmten historischen Epoche zu zeichnen. Die Problematik besteht allerdings darin, dass daraus ein "enormer Bedarf an interdisziplinärer Zusammenarbeit" erwachse, der in einem Spannungsverhältnis zu den jüngsten Einsparungen in den Universitäten und den dadurch gestiegenen Anforderungen an einzelne Fachvertreter stehe, wie Willimann ausführt. Beispiele für das Gelingen solcher kulturwissenschaftlicher Vorhaben kennt der Musikwissenschaftler im Fall der Mediävistik aus Basel und Fribourg.

Einen Hintergrund für die stagnierende bis zurückgehende Dotierung des Faches an den Universitäten bildet aus Willimanns Sicht die Frage, wie die Musikwissenschaft ihre Erkenntnisse zunächst interdisziplinär, dann aber auch einem "konzertliebenden Publikum" vermitteln kann. Nur über den Weg solcher Vermittlungen könnte es gelingen, breitere Kreise von der Notwendigkeit dieser Wissenschaft zu überzeugen. Nicht nur die Fachsprache ist hierfür eine Hürde. Das "kanonische Repertoire", dem sich Musikwissenschaftlerinnen und Musikwissenschaftler meist zuwenden, sei auch unbedingt zu ergänzen, und zwar um die Untersuchung aktueller populärer musikalischer Strömungen wie Rock, Pop oder "Techno", die im heutigen Musikkonsum eine immense Rolle spielen, sagt Willimann.

Die Evaluation der Geisteswissenschaften sei in seinem Bereich sehr wohl zur Kenntnis genommen und diskutiert worden, berichtet der Präsident der Fachgesellschaft. Bezüglich des darin diskutierten Nachwuchsproblems habe es seither auch Fortschritte gegeben. So ist an der Universität Genf eine Mittelbaustelle für einen Habilitanden oder eine Habilitandin geschaffen worden, und auch an den anderen Universitäten versuche man nun bewusst, Assistierende stärker von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Die Universitäten Basel, Bern und Zürich haben mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds ein Graduiertenkolleg organisiert, in dessen Rahmen zusammen mit ausländischen Gästen künftig über Methoden der Musikwissenschaft diskutiert werden soll. Für die Musikethnologie, bei der die Experten in der Evaluation eine Forschungslücke orteten, ist im Etat der Universität Zürich inzwischen eine halbe Professur (zusammen mit der Ethnologie) vorgesehen. Derzeit läuft die Suche nach einer dafür geeigneten Person. Nicht reagiert worden ist auf die in der Evaluation erhobene Forderung nach einem Lehrstuhl für Musiksoziologie. Einerseits sei es ein Konsens innerhalb des Fachgebiets, dass man in erster Linie den historischen Zugang sichern wolle, berichtet Willimann. Andererseits scheiterten notwendige Ausbaupläne klar an den finanziellen Realitäten. Die U-Musik gerät laut Willimanns Worten zwar teilweise in einzelnen Lehrveranstaltungen, aber nur am Rande ins Blickfeld der Musikwissenschaft in der Schweiz. Im Zuge der Zusammenarbeit von Universitäten mit den Fachhochschulen (und damit mit Jazzschulen) könnte sich diesbezüglich in nächster Zeit aber einiges ändern. Diese Zusammenarbeit mit Fachhochschulen ist traditionell recht intensiv (so beispielsweise in Zürich, Bern und Genf).

Das in der Evaluation angesprochene Finanzierungsproblem beim Verein Répertoire International des Sources Musicales ist laut Willimann inzwischen behoben: ein Trägerverein wurde gegründet, zu dem die Fachgesellschaft gehört und der namhafte Beiträge von der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften zufließen. Seit einigen Jahren wird die Datenbank auf CD-Rom bearbeitet.

Der Austausch von Musikwissenschaftlern mit einer breiteren Öffentlichkeit schält sich im Laufe des Gesprächs mit Willimann als eines der zentralen Probleme heraus. Diesbezüglich bemerkenswert ist der gute Verkauf des Jahrbuches der Gesellschaft und die Kooperation mit der Schweizerischen Musikzeitung zur Publikation des Bulletins der Gesellschaft. Doch für eine weitere Öffnung braucht es nach Willimanns Überzeugung neue Impulse; neue Vermittlungsformen müssten entwickelt werden. In der Gunst des Publikums steht heute klar das kommentierte Konzert, teilweise auch das Komponistengespräch. Man kann sich aber vorstellen, dass es künftig noch weitere Formen der Vermittlung geben wird.

1.2.27 Kunstgeschichte

Gespräch mit Prof. Dr. Pascal Griener, Präsident der Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker in der Schweiz

Die Rückbesinnung auf historiographische Methoden, das neue Interesse an der Aufarbeitung der Quellen und die Wiederentdeckung der "Materialität" von Kunstwerken, also der Produktionstechniken und -bedingungen, sind zu den wichtigsten Entwicklungen in der Kunstgeschichte der letzten Jahre zu zählen. Diese Auffassung vertritt Pascal Griener, Professor für Kunstgeschichte an der Universität Neuchâtel und Mitglied des Vorstandes der Vereinigung der Kunsthistorikerinnen und Kunsthistoriker in der Schweiz. Die drei Tendenzen haben aus seiner Sicht gemeinsam, dass sie Transdisziplinarität zwar zulassen, aber nicht als Dogma sehen, und dass sie nicht unbedingt den Modethemen folgen, die dem Fach in der Vergangenheit anempfohlen wurden. Die Periode, da sich die Kunstgeschichte in anderen Disziplinen "verloren" habe, sei zu Ende, hält Griener fest. Diese Feststellungen sind aus seiner Sicht insofern wichtig, als er der Evaluation der Geisteswissenschaften in der Schweiz eine allzu reduzierte Sicht auf das Thema Interdisziplinarität vorwirft. Die damals beteiligten Experten hätten – nach in Kunsthistorikerkreisen verbreiteter Meinung – auf zu schmaler Basis operiert, weshalb auch Griener persönlich einen Gegenbericht verfasste.

Die "von Fall zu Fall" durchaus erwünschte und sinnvolle Interdisziplinarität hat es in Grieners Beobachtung in der Schweiz auch schwer. Beim Nationalfonds hätten interdisziplinäre Projekte geringere Chancen, bewilligt zu werden, und Nachwuchsforscherinnen oder Nachwuchsforscher gingen geradezu ein Karriererisiko ein, wenn sie eine Arbeit beispielsweise im Grenzbereich zwischen Kunst und Literatur in Angriff nehmen. Die Geldflüsse, so Griener, folgten den traditionellen Fachgrenzen. Auch bei den Nominationen in der Kunstgeschichte in letzter Zeit habe die interdisziplinäre Kompetenz nur eine geringe bis sogar negative Rolle gespielt.

Infolge seiner negativen Beurteilung des Evaluationsprozesses ist für Griener die damals aufgestellte "Mängelliste" kein Leitfaden für ein sinnvolles Gespräch über die heutige Situation der Disziplin. Die Kritik an einer angeblich fehlenden Ausweitung des Themenfeldes in Richtung aktueller gesellschaftlicher Phänomene ("Visualisierung" gesellschaftlicher Prozesse) oder an einer zu schwachen Berücksichtigung aktueller Kunst sei nachgerade lächerlich gewesen. Mittlerweile gebe es in Bern sogar einen eigenen Lehrstuhl für zeitgenössische Kunst. Die Zusammenarbeit mit Galerien und Museen, beispielsweise bei der Erarbeitung von Katalogen durch jüngere Forscherinnen und Forscher, sei "so rege wie noch nie", hält Griener fest. Die Museologie sei zudem als Teildisziplin innerhalb des Faches sehr wichtig geworden, was sich auch in Studienangeboten niederschläge. Die Kritik an einer angeblichen Personalisierung und Individualisierung der Forschungsförderung lässt Griener insofern gelten, als er kantonale Strukturen auf Seite der Universitätsträger für wenig sinnvoll hält. Der Wille zur Zusammenarbeit sei aber exzellent, wie der rege Austausch der Schweizer Kunstgeschichte mit dem Ausland beweise. Er stosse aber dort auf Grenzen, wo die interuniversitäre Zusammenarbeit mit dem Ziel lanciert werde, Mittel einzusparen. In den Sparrunden der letzten Jahre seien die Geisteswissenschaften die "grossen Verlierer" gewesen, führt Griener dazu aus. Im Fall der Kunstgeschichte ist die Situation um so gravierender, als die Studierendenzahlen in letzter Zeit pro Jahr um fünf bis zehn Prozent zugenommen haben. Das habe seine Auswirkung unter anderem darin, dass für die Anstellung von Assistierenden zu wenig Mittel zur Verfügung stünden. Auch der Nationalfonds habe zu wenig Geld für eine echte Nachwuchsförderung. Problematisch beispielsweise sei die Tatsache, dass der Fonds die Gebühren an ausländischen Universitäten nicht mehr bezahle. Die Evaluation sei nun der Versuch gewesen, die Verantwortung für diese Missstände den Professoren zuzuschieben.

Bezüglich der Vertretung der Frauen ist Griener einigermaßen zuversichtlich. Zwar seien Frauen unter Studierenden in der Mehrheit, es gebe aber erst zwei Professorinnen des Faches in der Schweiz. Da derzeit jedoch viele Doktorandinnen an der Arbeit seien, werde das Fach in ein paar Jahren über einen ausreichenden Pool fähiger Forscherinnen verfügen. Als gravierendsten Mangel ("*manque terrible*") empfindet Griener das Fehlen eines Institutes for advanced studies in der Schweiz ähnlich der Bibliothek Warburg in Hamburg. Es gebe keinen

Ort, an dem Nachwuchsleute interdisziplinäre Arbeiten verfassen können. Im internationalen Vergleich befinde sich die Schweiz diesbezüglich klar im Hintertreffen.

1.2.28 Archäologie

Gespräch mit Dr. Stefan Hochuli, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte

"Es ist schade, dass wir in den Geisteswissenschaften immer zuerst übers Geld reden müssen." Mit diesem Satz beginnt Stefan Hochuli, Kantonsarchäologe von Zug und Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte, seine Antwort auf die Frage nach den Veränderungen in seinem Fachgebiet während der letzten Jahre. Übers Geld zu reden sieht er sich deshalb gezwungen, weil er die Archäologen in der Schweiz mit einem härteren Verteilungskampf konfrontiert sieht. Bei den Kantonen angesiedelte archäologische Fachstellen, die den Hauptanteil an der archäologischen Forschung in der Schweiz leisten, beschäftigen eine Vielzahl freier Mitarbeiter oder "Daueraushilfen", deren Beschäftigung in Zukunft nicht gesichert ist. Der Spardruck seitens der Politik ist dafür verantwortlich ebenso wie die Tatsache, dass mit den zu Ende gehenden Grossprojekten für den Nationalstrassenbau auch die entsprechenden archäologischen Arbeiten bzw. die entsprechenden Finanzierungen wegfallen. Hochuli sieht das letztgenannte Problem besonders für die freien Mitarbeiter der Westschweizer kantonsarchäologischen Stellen als besonders gross an.

Die ausgeprägte kantonale Strukturierung archäologischen Arbeitens steht laut Hochuli in eminentem Widerspruch zur nationalen Dimension vieler der anstehenden Aufgaben. Die Forschung sei atomisiert, sagt er: Was sich ausserhalb der Zuger Kantons Grenzen befindet, darf ihn als Kantonsarchäologen von Amtes wegen nur bedingt interessieren.

Immerhin hat im Rahmen der Fachgesellschaft und der Berufsverbände die Vernetzung der Archäologinnen und Archäologen in der Schweiz laut Hochuli zugenommen. Es gibt Arbeitsgemeinschaften zur Ur- und Frühgeschichte, zur Mittelalterforschung und zur provinzialrömischen Archäologie in der Schweiz. Die Fachgesellschaft hat ihr Projekt "Die Schweiz vom Paläolithikum bis zum Mittelalter (SPM)" erfolgreich fortgesetzt. Bisher sind vier von Forschergruppen gemeinsam geschriebene Bände erschienen, zwei weitere sind für die nächsten Jahre geplant. Damit ist ein Schritt zur – auch im Rahmen der Evaluation geforderten – Erarbeitung von allgemeinverständlichen Synthesen getan. Die Gesellschaft ist zudem in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizer Kantonsarchäologen daran, eine Synthese der Ergebnisse der Nationalstrassenarchäologie vorzubereiten. Die Chancen, dafür Mittel zu erhalten, stehen gemäss Hochulis Einschätzung nicht schlecht.

Wenn, wie kürzlich im Kanton Zug geschehen, aus der Bevölkerung die Initiative zur Einrichtung eines Industrielehrpfades kommt, so ist das ein Symptom für ein breites Bedürfnis nach einer Erhaltung von und einer Beschäftigung mit Denkmälern und anderen Zeugnissen vergangener Zeit. Nach Hochulis Schilderung wird auf dieses Bedürfnis auch reagiert. Erwähnenswert sind Gründungen oder Neueinrichtungen von archäologischen Museen beispielsweise in Zug, Frauenfeld und Neuchâtel. Der lebendigen Veranschaulichung und Popularisierung archäologischer Forschungsergebnisse dienen auch Videofilme und vermehrte Aktivitäten in der Erwachsenenbildung (Erlebnis- und Experimentalarchäologie).

Für die Schliessung der im Rahmen der Evaluation monierten Forschungslücken in der Mittelalterarchäologie sieht Hochuli die dotierungsmässigen Voraussetzungen an den Universitäten nicht gegeben. Da die Mehrheit der Altstädte in absehbarer Zukunft praktisch vollständig saniert und so weit wie möglich archäologisch untersucht sein wird, sei im Bereich der archäologischen Stadtkernforschung eine Abnahme der Tätigkeiten zu erwarten. Die Industriearchäologie hingegen ist ein Feld, das in den letzten Jahren namentlich durch lokale Initiativen besetzt worden ist. Bis dieses Interesse an der Industriegeschichte in der universitären archäologischen Forschung und Lehre seinen Niederschlag finde, brauche es wohl noch seine Zeit, meint Hochuli. Andere Empfehlungen aus der Evaluation lauteten auf die Veranstaltung

eines nationalen Kolloquiums zur Planung nationaler Forschungsvorhaben und auf die Einrichtung eines nationalen Archäologierates. In dieser Richtung sind Hochuli keine konkreten Anstrengungen bekannt. Es fehle klar eine forschungspolitische Führung auf Bundesebene. Sehr zu beklagen sei die Tatsache, dass bis auf eine Ausnahme (die Interkantonale Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung anthropologischer Funde) kein interkantonaler Pool existiert, aus dem die Arbeit archäologischer Fachspezialisten bezahlt werden könnte, die in allen Kantonen gefragt ist, dies aber je nur in sehr geringem Umfang.

Während die politischen Strukturen solchen Kooperationsvorhaben also eher zuwiderlaufen, ist die Archäologie seit jeher ein gutes Beispiel für wissenschaftliche Interdisziplinarität. Die Zusammenarbeit mit den Natur- und Geschichtswissenschaften gehört zwangsläufig und selbstverständlich zur Forschung und funktioniert aus Hochulis Sicht bestens.

1.2.29 Kulturgüter

Gespräch mit Prof. Dr. Dr. h. c. Johannes Andereg, Präsident der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte

„Die Kunstgeschichte hat sich internationalisiert. Es ist schwieriger geworden, sich nur mit Kunstwerken in der Schweiz beschäftigen zu wollen, obwohl genau das unser Auftrag ist.“ Johannes Andereg, Professor für Deutsche Sprache und Literatur an der Universität St. Gallen und Präsident der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, berichtet vor allem von Schwierigkeiten, jüngere Forschende für eine Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zu motivieren. Auch die Finanzierung der Tätigkeiten sei mit zusätzlichen Problemen verbunden gewesen. Die Kritik, die im Zuge der Evaluation der Geisteswissenschaften formuliert worden sei – dass sich die Gesellschaft nämlich nur mit Kulturdenkmälern in der Schweiz beschäftige – lehnt Andereg unter Hinweis auf deren Auftrag ab. Wenn nicht geographisch, so hat sich das Tätigkeitsgebiet doch inhaltlich enorm ausgeweitet. In den letzten Jahren zu den untersuchten Objekten hinzugekommen sind beispielsweise Industriedenkmäler und militärhistorische Bauzeugen. Der Blick der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat sich laut Andereggs Worten zudem von der isolierten Betrachtung von Einzelobjekten gelöst und vermehrt der Gesamtschau von Ortsbildern, aber auch der Bauentwicklung ganzer Gemeinden und Städte zugewendet.

Die Ergebnisse der Evaluation sind gemäss Andereggs Worten im Kreis der Gesellschaft zur Kenntnis genommen und diskutiert worden. In der Folge habe man bewusst versucht, junge Autorinnen und Autoren für die Publikationen der Gesellschaft zu gewinnen. Derzeit sind auch Überlegungen im Gang, wie die Zeitschrift („Kunst und Architektur“) vermehrt als Forum für den wissenschaftlichen Nachwuchs genutzt werden könnte. Die Gesellschaft ist im Bereich der kunstgeschichtlichen Forschung immerhin einer der grössten „Arbeitgeber“ in der Schweiz. Die Kontakte zu den Museen sind laut Andereg eher beschränkt, verlaufen aber problemlos. Traditionell intensiv ist die Kooperation mit Denkmalpflegern, Archäologen und Architekten. Die Zusammenarbeit mit der universitären Forschung dagegen gestaltet sich tendenziell schwierig, dies auf Grund der eingangs erwähnten starken Internationalisierung in der Auswahl der Forschungsgegenstände und des Forschungsgeschehens selber. Eine verbesserte Kooperation mit den Universitäten, die die Gesellschaft anstrebt, könnte allenfalls durch Praktikumsstellen für Studierende erreicht werden. Seitens des Bundes sind kürzlich für die Bände „Kunstdenkmäler der Schweiz“ Gelder gesprochen worden, die den Rückgang der Mitgliederzahlen in der Gesellschaft und die Verteuerung der Buchproduktion wettmachen. Zwar sind die Arbeitsvorgänge bei der Gesellschaft selber elektronisiert, und die Gesellschaft besitzt auch eine eigene Website. Man sei jedoch der Ansicht, dass es einen kulturpolitischen Auftrag gebe, weiterhin Druckerzeugnisse herauszugeben. Die „Identifikationsangebote“, welche die Gesellschaft über ihre reine Dokumentationsfunktion hinaus bereitstellen kann, könnten auf diesem Weg besser wahrgenommen werden, ist Andereg überzeugt. Er räumt ein, dass die Elektronisierung der Publikationen auch eine Frage der Altersstruktur des Publikums und damit eine Frage der Zeit ist.

2. Ein Fazit: Der Aufbruch der “Kulturwissenschaften” stösst an Grenzen

2.1 Der Ruf nach Leuchttürmen

Wenn die Stadt Bern Ethnologen den Auftrag erteilt, Grundlagen für die Integrationspolitik zu erarbeiten, wenn eine Romanistin Chat-Rooms auf dem Internet untersucht, eine Archäologengruppe für das Publikum ein Pfahlbauerdorf in Originalgrösse nachbildet und die Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften einen Preis für die öffentliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse ausschreibt, dann kann etwas nicht mehr stimmen am Klischee vom Elfenbeinturm, das in der Debatte über die Geisteswissenschaften immer wieder bemüht wird. Das Selbstverständnis und die Tätigkeiten dieser Forscherinnen und Forscher haben sich verändert. Welches andere Bild wäre stattdessen zutreffend für die Art, wie sich Menschen jeden Alters heute in Bibliotheken, Archiven, Museen und Grabungsstätten mit der Kultur von Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzen? Sind sie zu Wissensarbeitern im Auftragsverhältnis geworden, zu Trendforscherinnen im Dienste von Sponsoren? Versuchen sie als Animatoren, im Karussell der Kulturevents mitzuhalten und der Kunst Konkurrenz zu machen? Oder trösten sie mit Geschichten über das Gestern den Menschen von heute über seine Entwurzelung, über die Hast des globalisierten Wirtschaftslebens hinweg?

Sicher ist nur eines: Bleibt das Bild vom Elfenbeinturm der Ausgangspunkt, so stehen dort die Zügelkisten herum. Viele Räume sind schon verlassen. Andere werden verteidigt mit dem Argument, dass ein Auszug der Geisteswissenschaft ihr den "Eigensinn"³¹ rauben und ihre Existenzberechtigung vollständig zerstören könnte. An die Türen unten wird heftig geklopft. Die Öffentlichkeit will, wenn nicht Einlass, so doch Auskunft über das, was hier drinnen geschieht. Und sie fordert von Zeit zu Zeit ein Zeichen, dass die Arbeit ihren Fortgang nehme und Früchte trage. Vor den Fenstern stehen Baugespanne. Die öffentliche Hand baut transparente Glashäuser für Natur- und Technikwissenschaften, in die zu investieren sie mehr als je zuvor bereit ist. Wenn der Elfenbeinturm zum Leuchtturm würde, an dem sich das Treiben der ganzen Gesellschaft orientieren könnte, so heisst es in Zeitungen, Vorträgen und offiziellen Unterlagen, dann wäre man bereit, Geld auch in dieses Gebäude zu stecken.

In dieses geisteswissenschaftliche Gebäude – wie auch immer man es bezeichnen möchte – ist denn auch Betrieb gekommen. Viele haben den Ruf von aussen vernommen. Wenn ihr nach Orientierung ruft, so teilen die Bewohnerinnen und Bewohner der Öffentlichkeit mit, dann brauchen wir zunächst einmal Zeit, uns selber zu orientieren. Bevor wir einen Leuchtturm bauen, brauchen wir ein Observatorium. Wir müssen und wollen Forschung betreiben. Möglich, dass wir Dinge entdecken werden, von denen heute noch niemand weiss. Möglich, dass der spätere Leuchtturm dann in andere Richtungen weisen wird, als ihr es heute vermutet. Möglich auch, dass wir sehr viele Leuchttürme brauchen werden, um euer grosses Bedürfnis nach Orientierung zu stillen. Dann wird man neue Beobachtungsstationen errichten müssen, um sich in der Vielfalt von Leuchttürmen überhaupt noch zurechtfinden zu können.

Die künftigen Leuchtturmwarte sitzen an Computern und schreiben ihren Fachkollegen und anderen Partnern in Wolkenkratzern, in Fabriken, Museen, Bibliotheken oder anderen Kulturinstitutionen, die an ihrem Wissen interessiert sind oder ihnen Informationen liefern. Sie sind vielleicht auch Nomaden, die Forschungscamps in der Realität draussen aufbauen und diese von Zeit zu Zeit verschieben – ihr Thema also von Zeit zu Zeit wechseln. Sie sind an allem interessiert, was die Welt in ihrer kulturellen Gestalt ausmacht. Weil man nicht so recht weiss, welchen Namen man für diese Spezies von Forschenden wählen soll, hat man ein einfaches Etikett erfunden, das einiges aussagt, noch mehr aber offen lässt: Man nennt sie “Kulturwissenschaftlerinnen” und “Kulturwissenschaftler”.

³¹ Siehe Peter J. Brenner: Das Verschwinden des Eigensinns. Der Strukturwandel der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft. In: Ders. (1993), S. 21 ff.

2.2 *“Kulturwissenschaften” als Schlagwort*

Beobachtungen, Meinungen und Positionen bezüglich der “Kulturwissenschaften” sind Thema des vorliegenden Berichtes. Der Begriff “Kulturwissenschaften” wurde den Gesprächspartnern allerdings nie explizit zur Stellungnahme unterbreitet. Dies hätte nur Streitigkeiten um ein Wort provoziert, statt eine Auseinandersetzung mit der Sache. Die Sache: Das waren die Themen, die vor Jahren im Zuge der Evaluation der Geisteswissenschaften und der Theologie aufgeworfen worden waren. Ziel war es gewesen, die Stellung dieser Wissenschaften gegenüber den Konkurrenten um Forschungsmittel und den derzeitigen Lieblingen der öffentlichen Meinung zu stärken. Man tat es nicht, weil man Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften für unnötig gehalten hätte. Man tat es, weil der Beitrag der Geisteswissenschaften für die moderne Gesellschaft neben ihnen von ebenfalls entscheidender Bedeutung sein könnte: Die Datenmenge explodiert, die Kontaktmöglichkeiten steigern sich ins Uferlose. So ertönt der Ruf nach Orientierung, nach Erlebnis, nach Sinn und nach Werten. Manche beginnen sich daran zu erinnern, dass in der Kultur der Gesellschaft ein Reservoir an Orientierungsmustern, Dramaturgien, Sinnstrukturen und Wertesystemen zur Verfügung steht, das seit Menschengedenken angereichert wurde und sich ständig weiterentwickelt. Man muss nur wissen, wo und wie man suchen soll. Und sorgen muss man dafür, dass dieser Schatz dem menschlichen Gedächtnis erhalten bleibt.³²

Der damalige Schweizerische Wissenschaftsrat empfahl nach der Evaluation einige Schritte, damit die Verwaltung, Bewahrung, die Kenntnis dieses Reservoirs, aber auch ein kreativer Umgang mit diesen Ressourcen im Dienste einer breiten Öffentlichkeit möglichst noch verbessert und von aussen sichtbar gemacht werden könne. Er rief zur intensiveren Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Disziplinen und zwischen ihnen sowie unter den Universitäten auf, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, zur Beschäftigung mit Gegenwartsfragen und zur Vermittlung der Erkenntnisse an die Öffentlichkeit. Nicht alle, aber viele dieser Empfehlungen stehen mit dem in Zusammenhang, was auch innerhalb der wissenschaftlichen Welt unter dem Begriff der Kulturwissenschaften diskutiert wird. “Dehnbar wie ein Hosenträger”³³ ist der Begriff schon in diesen wissenschaftlichen Zusammenhängen, doch genau deshalb Symptom für den von verschiedenen Akteuren auf ganz verschiedene Weise unternommenen Versuch, unter dem Druck verschärfter Kämpfe um die Verteilung der Mittel an den Universitäten und bei den Forschungsfonds, im Zuge eines sich wandelnden Kulturbegriffs, eine Neuorientierung zu wagen. Der Wissenschaftsrat hat das Etikett deshalb nicht zufällig für seine Empfehlungen in Anspruch genommen.

Im Bild von einem Elfenbeinturm mit Zügelkisten und offenen Türen klang es schon an: Herkömmliche fachliche und institutionelle Grenzen werden zunehmend durchlässig oder sie werden ganz überwunden. Die Tatsache, dass Fachvertreterinnen und Fachvertreter, die mit dieser Entwicklung einverstanden sind, ebenso davon berichten wie solche, die damit gar nicht einverstanden sind, lässt vermuten, dass dieser zunehmende Austausch und die zunehmende Durchlässigkeit nicht nur ein Gerücht sind. Ethnologen, die an Gerichtsgutachten arbeiten, Linguistinnen, die sich mit Amtssprachen beschäftigen, Philosophen, die bei Neurologen und Computerwissenschaftlern anfragen, ob man nicht zusammen die Geheimnisse des Bewusstseins ergründen wolle – sie alle verkörpern auf ihre Weise diese Entwicklung. Eine Folge davon ist unter anderem, dass die “kulturwissenschaftliche” Arbeit nicht darum herumkommt, Projekte bei Dritten einzugeben und Forschungsteams zu bilden. Die Arbeitsweisen unterscheiden sich mehr und mehr von individuell entwickelten – und auf ein einzelnes Individuum bezogenen – Verfahren. Institutionell angesiedelt ist diese Art von geisteswissenschaftlicher Forschung denn auch in erster Linie in den von nationalen Fonds initiierten Programmen oder bei den interuniversitären Initiativen. Die universitären Strukturen selber haben sich dieser Tendenz aus

³² Anregend dazu Beat Sitter-Liver über die Geisteswissenschaften (in NZZ 10./11. August 1991, S. 9): “Sie vermitteln die Erfahrung, dass und wie man sich orientieren kann, nicht jedoch fixe Anweisungen. Sie befähigen zu Verantwortung, nehmen diese nicht ab. Eben hierin liegen ihre humanisierende Funktion und ihre sittliche Bedeutung.”

³³ Christian L. Hart Nibbrig: Zwischen den Kulturen. Kulturwissenschaft als Grenzwissenschaft. In: Anderegg/Kunz (1999), S. 95

verschiedenen Gründen bisher wenig geöffnet. Ausnahmen bilden unter anderem "Mediävistische Institute" an einigen Universitäten oder Disziplinen, die seit jeher von interdisziplinärer Anlage waren wie die Ethnologie und die Medien- und Kommunikationswissenschaft.

Viele sehen in dieser "Programmforschung" ein neues Übel, das von der eigentlichen Arbeit nur ablenke und Mittel binde, die ohnehin schon spärlich genug vorhanden seien. Andere halten beispielsweise den Ansatz der "area studies", der für solche Bestrebungen steht, für ein überholtes Modell wissenschaftlichen Arbeitens, das nicht mehr in eine postkolonialistische, multikulturelle Welt passe: Dass ein geographisches Gebiet und bestimmte kulturelle Gepflogenheiten eine Einheit darstellen könnten, sei eine irriige Annahme. Dann gibt es Forscherinnen und Forscher, die sich um interdisziplinäre Projekte bemüht haben, aber die Erfahrung machten, dass das Gespräch sehr schwierig sein kann. Zu viele reden von zu vielen verschiedenen Dingen, als dass man auf eine gemeinsame Frage auch eine gemeinsame Antwort finden könnte. Beispielhaft dafür ist die Situation der Geschichtsforschung. Politische Gremien beauftragten ganze Teams damit, objektive Bilder gewisser Epochen zu zeichnen. Der Moment war ungünstig: Gerade war diese Wissenschaft dabei, die Idee realitätsgerechter Objektivität zu verabschieden und die Pluralität von Geschichtsbildern und ihre Bedingtheit durch bestimmte Interessen auch darzulegen.

2.3 Grenzen der "Kulturwissenschaften"

So ist der Aufbruch der "Kulturwissenschaften" auf gewisse Schwierigkeiten gestossen, die sich von der Sache her ergeben haben. Zusätzlich aber wurde er durch äussere Umstände massgeblich gehemmt. Denn die Erwartungen der Öffentlichkeit waren zwar hoch, von einer Bereitschaft, für den Aufbruch auch die nötigen Mittel bereitzustellen, haben die Fachvertreterinnen und -vertreter aber kaum etwas gespürt. "Man muss kämpfen, um nicht zu verlieren": Diese Aussage eines Vertreters der Judaistik, also eines kleinen Faches, ist typisch für die Erfahrung vieler anderer Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler in den vergangenen Jahren der Rezession und der Sparpolitik der öffentlichen Hand. An vielen Universitäten und in vielen Fächern hatten sie eine zunehmende Zahl von Studierenden zu betreuen. Die interdisziplinäre und die interuniversitäre Zusammenarbeit, die man von ihnen forderte, würde mehr Kraft, Zeit und Geld brauchen; die Mittel sind aber schon für die üblichen Aufgaben nur in unzureichendem oder knappem Ausmass vorhanden. Es gibt kaum einen Gesprächspartner oder eine Gesprächspartnerin, der oder die sich der Kooperation aus wissenschaftlichen Erwägungen verschliessen würde. Doch möchte niemand Hand bieten, damit über den Weg von Kooperationen noch mehr Mittel eingespart werden können. Das Zauberwort "Synergien" zeigt hier sein fatales Doppelgesicht. Zudem ist die Forderung nach Kooperation geradezu ein Hohn, wenn sie in Bezug auf ein Fach erhoben wird, das in der schweizerischen Universitätslandschaft ohnehin nur mit einem oder höchstens mit zwei ganzen Lehrstühlen vertreten ist; in der Japanologie, der Komparatistik oder der Judaistik ist das beispielsweise der Fall.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum sich in der Schweiz die Geisteswissenschaftlerinnen und Geisteswissenschaftler nicht derart oft zu gemeinsamen Tagungen, Institutsgründungen und in gemeinsamen Studiengängen treffen, wie die Politik das gerne sähe. Partnerschaft um ihrer selbst willen ist wissenschaftlich nämlich sinnlos. Es braucht auch gemeinsame Fragen und eine gemeinsame Methode, damit sie fruchtbar wird. So ist von mehreren Seiten zu hören, Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen im Ausland seien heute im Vergleich zu früher dank elektronischer Arbeitsmittel einfacher zu knüpfen und oft auch wissenschaftlich sinnvoller als Kontakte im Inland: Die Spezialisierung ist ebenfalls Kennzeichen einer modernen Geisteswissenschaft. Sie schreitet weiter voran und hält sich nicht an nationale Reservate. Wer die schweizerische Anglistik fördern will, kann nichts einzuwenden haben, wenn sich Schweizer Anglistinnen und Anglisten an internationalen Kongressen mit der europäischen Kultur- und Literaturgeschichte beschäftigen. Eine Beurteilung der Perspektive, dass sich deutschsprachige und französischsprachige Schweizerinnen und Schweizer in ferner Zukunft einmal in englischer Sprache miteinander unterhalten könnten oder müssten, ist nur

von jemandem zu erwarten, der sich mit der englischen Sprache und Kultur im europäischen Rahmen beschäftigt hat. Spezialisierung ist der wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch positive Begriff für das, was im negativen Sinne Fragmentierung der Forschung genannt wird.

Unter anderem aus den genannten Gründen sind die Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates nur teilweise befolgt worden. Doch wenigstens wurden sie in praktisch allen Fachbereichen zur Kenntnis genommen. Die Probleme seien erstmals erkannt und in ihrer ganzen Tragweite ins Bewusstsein der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der Öffentlichkeit getragen worden, lautet die am häufigsten gegebene Auskunft. Die Evaluation führte zu einer Klärung der Sachlage und stärkte diejenigen, die mit ihrer Stossrichtung einverstanden waren. So gab sie beispielsweise in den Afrika-Studien und in der Religionswissenschaft eigentliche Impulse für die weitere Entwicklung. Da und dort gehen aber die Meinungen darüber, was eine moderne Geisteswissenschaft sein soll, einfach zu weit auseinander, als dass sich eine durchschlagende Wirkung hätte entfalten können. Genau das war wiederum ein Grund für die intensive Diskussion.³⁴

2.4 Die Zukunft der Wissenschaft des Kulturellen

Das wohl grösste und drängendste Problem der Geisteswissenschaften in der Schweiz ist das Fehlen einer ausreichenden und systematischen Nachwuchsförderung. Diese Feststellung prägte nicht nur die Evaluationsergebnisse vor gut drei Jahren, sondern auch die neuen Erkundigungen zur Vorbereitung dieses Berichts. Hat sich also ausgerechnet in Bezug auf diese Kardinalfrage gar nichts geändert? Die Antwort fällt nicht einfach aus. Da sind einerseits die relativ häufigen Meldungen über Graduiertenkollegs in einigen Fächern. Veranstaltungen im Rahmen des *3ème cycle* in der Westschweiz werden ebenfalls als Teil des Angebots genannt. Da und dort wird zudem versucht, die administrative Belastung von Assistierenden möglichst gering zu halten. Eine erste Serie von Förderprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds wurde installiert. In der Germanistik ist eine Diskussion über die Situation der Nachwuchsforscherinnen und –forscher in Gang gekommen.

Doch es scheint, als würden solche Massnahmen nur punktuelle Abhilfe schaffen. Die strukturelle Lücke in der Zeit zwischen Doktorat und allfälliger Berufung auf einen Lehrstuhl bleibt nach wie vor ein Abgrund, den Nachwuchsleute in grosser Einsamkeit und unter Verzicht beispielsweise auf eine Lehrtätigkeit und auf angemessene Entschädigungen mühsam auf der wackligen Seilbrücke von Stipendien überqueren müssen. Niemand weiss, wie viele vor dieser Überquerung selbst dann zurückschrecken, wenn ihre Fähigkeiten ausgewiesen und der Bedarf im Grunde vorhanden wäre. Trotz einzelner Verbesserungen bleibt das Problem in struktureller Hinsicht (mangelnde Mittel, spärliche Professorenstellen, fehlende intermediäre Positionen und Forscherstellen) bestehen. An der besonderen Situation der Frauen hat sich übers Ganze gesehen nichts wesentliches verbessert. Während sie unter Studierenden und Assistierenden sehr gut vertreten sind, treffen sie auf den Lehrstühlen nur auf vereinzelte Geschlechtsgenossinnen. Etliche Befragte vertreten die Ansicht, dass es eine Frage der Zeit sei, bis sich das ändern werde. Hingewiesen wird auch darauf, dass die zahlenmässige Geschlechtervertretung in den Geisteswissenschaften bereits heute ausgewogener sei als in anderen Wissenschaften.

“Kulturwissenschaften” in der Schweiz: Das ist die Bezeichnung für einen wissenschaftlichen und institutionellen Aufbruch, der zwar stattfindet, sich aber in Grenzen hält. Gezogen wurden und werden diese Grenzen auf der einen Seite durch einen teilweise fehlenden Willen, das bisherige Verständnis wissenschaftlichen Arbeitens durch einen umfassenden Kulturbegriff zu transzendieren und dadurch neuen personellen, methodischen und inhaltlichen Konstellationen zum Durchbruch zu verhelfen. Die Formulierung ist bewusst neutral gehalten: Denn das Fehlen

³⁴ Siehe dazu Renate Schlesier: Kulturwissenschaft heute – eine Chimäre. In: Neue Zürcher Zeitung, 26. Oktober 1996, S. 69: “Die Ungenauigkeit des Kulturbegriffs, ja noch das Unbehagen daran gehören zu seiner Erfolgsgeschichte.”

dieses Willens kann nicht generell und vereinfachend der Unbelehrbarkeit zugeschrieben werden. Hinter dieser Weigerung stehen auch Gründe, über die zu diskutieren sich lohnen würde. So darf ein weiter Kulturbegriff gewiss nicht zur Beliebigkeit bei der Wahl von Gegenstand und Methode führen, die interdisziplinäre Kooperation enthebt die Forschenden nicht vor einer Reflexion über die eigenen Begriffe und Standpunkte – ganz im Gegenteil. Die Vernetzung zu ermöglichen und dabei das *proprium* zu bewahren – wie es ein Fachvertreter gegenüber dem Wissenschafts- und Technologierat ausdrückt – wird zu Recht von vielen Kritikern als eine Aufgabe bezeichnet, die noch längst nicht gelöst ist.

Auf der anderen Seite sind dem Aufbruch Grenzen gesetzt, weil die Mittel und Strukturen für das angestrebte Modell wissenschaftlichen Arbeitens fehlen. Wenn die vitalen Kulturen Afrikas der schweizerischen Öffentlichkeit näher gebracht und erklärt werden sollen, bräuchte es zunächst einmal einen schweizerischen Studiengang, damit sich Interessierte mit diesen Kulturen näher vertraut machen können. Ein Anlauf, einen solchen Studiengang ins Leben zu rufen, ist gerade gescheitert, obwohl dafür keine zusätzlichen Mittel hätten gesprochen und keine Studienpläne hätten geändert werden müssen, wie ein Fachvertreter berichtet. Auch etliche andere Disziplinen befinden sich in einer prekären materiellen Situation.

Bedenkenswert ist dabei der mehrmals zu hörende Hinweis, dass man nicht nur über das Geld reden müsste, um die Geldprobleme zu lösen. Vielmehr tue die Vermittlung der Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit not, um das Verständnis für diesen Wissenschaftsbereich zu fördern und den Boden für die erhoffte Unterstützung zu bereiten. Dabei ginge es um weit mehr als um das Rühren einer Werbetrommel; es müsste an einer Kultur der Vermittlung und an mediengerechten Formen dafür gearbeitet werden.

Der eingangs erwähnte Preis der Akademie für die Vermittlung kulturwissenschaftlicher Erkenntnisse an eine breite Öffentlichkeit heisst "Goldene Brille". Ist das, mit bissiger Ironie, ein Fingerzeig auf die ungenügende Ausstattung dieser Fächer durch die Wissenschaftspolitik bei den Kantonen und beim Bund? Oder ist es ein Hinweis auf den Nutzen, den die Gesellschaft aus einem Blick durch die kulturwissenschaftliche "Brille" auf Vergangenheit und Gegenwart der menschlichen Lebensformen ziehen könnte? Beides mag zutreffen. Das Bild der Brille steht für eine Schwäche und für eine Stärke zugleich.

Literatur

Publikationen des Schweizerischen Wissenschaftsrates, u.a.:

- FOP 41/1997: Evaluation de la recherche en sciences humaines en Suisse. Rapport rédigé par la commission internationale d'experts. Bern 1997
- FOP 42/1997: Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz. Zusammenfassender Bericht der Schlusskonferenz vom 15. Februar 1997 in Bern. Bern 1997
- FOP 50/1998: Evaluation der geisteswissenschaftlichen Forschung in der Schweiz. Schlussbericht: Ergebnisse und Empfehlungen des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Bern 1998

Zur neueren Diskussion über die Geisteswissenschaften:

- Anderegg, Johannes/
Kunz, E. Anna (Hg.): Kulturwissenschaften. Positionen und Perspektiven. Bielefeld 1999
- Brenner,
Peter J. (Hg.): Geist, Geld und Wissenschaft. Arbeits- und Darstellungsformen von Literaturwissenschaft. Frankfurt a. M. 1993
- Frühwald, Wolfgang/
Jauss, Robert/
Koselleck, Reinhart/
Mittelstrass, Jürgen/
Steinwachs,
Burkhardt (Hg.): Geisteswissenschaften heute. Eine Denkschrift. Frankfurt a. M. 1991
- Konersmann, Ralf: Die Kultur kann sterben. Der "cultural turn" im philosophischen Denken der Gegenwart. In: Neue Zürcher Zeitung, 8./9. April 2000, Nr. 84, S. 78
- Mittelstrass, Jürgen: Glanz und Elend der Geisteswissenschaften (Oldenburger Universitätsreden). Oldenburg 1989
- Pestalozzi, Karl: Zur Aufgabe der Geisteswissenschaften. Rektoratsrede, gehalten an der Jahresfeier der Universität Basel am 29. November 1991. Basel 1991
- Prinz, Wolfgang/
Weingart, Peter (Hg.): Die sog. Geisteswissenschaften: Innenansichten. Frankfurt a. M. 1990
- Reinalter, Helmut/
Benedikter,
Roland (Hg.): Geisteswissenschaften wozu? Studien zur Situation der Geisteswissenschaften. Thaur, Wien, München 1997
- Schlesier, Renate: Kulturwissenschaft heute – eine Chimäre? Warum Vieldeutigkeit kein Mangel sein muss. In: Neue Zürcher Zeitung, 26. Oktober 1996, Nr. 250, S. 69

- Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Hg.): Zukunft der Geisteswissenschaften. Herbsttagung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften und des Schweizerischen Wissenschaftsrates. Zürich, 14. November 1997. Bern 1997
- Sitter-Liver, Beat: Stunde der Geisteswissenschaften? In: Neue Zürcher Zeitung, 10./11. August 1991, Nr. 183, S. 9
- Stücheli, Peter: Der Ruf nach zündenden Geistern. Zur Förderung der wiederentdeckten Geisteswissenschaften. In: Neue Zürcher Zeitung, 9. November 1999, Nr. 261, S. B 3

Zur Methode dieses Berichtes:

- Atteslander, Peter: Methoden der empirischen Sozialforschung. 5., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin, New York 1984
- Jarren, Otfried (Hg.): Medien und Journalismus. Eine Einführung. 2 Bände. Opladen 1994